

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

BALANCE HALTEN



9. März 2023
**11. Ingelheimer
Fachkongress**
Infos auf der
Rückseite

Balance finden und stärken: Pilotprojekt BEWARE

Bildungsstudien: Sinkende Kompetenzen

Auf dem Weg zum Traumberuf: Lena Zimmermann

Elternkommunikation: Regeln für den Einsatz digitaler Werkzeuge

Demokratie braucht Demokraten! Gespräch mit Dr. Bernhard Vogel

In Balance? Lehrkräftegesundheit

KlarText: Lehrkräftemangel – Fünf nach Zwölf



www.vrb-rlp.de

Inhalt

Ausgabe November 2022

Editorial	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
Titelthema	
► BEWARE – Bewusstsein. Aufklärung. Resilienz. Ein schulisches Projekt in Rheinland-Pfalz	6
Statistik: Höchste Zahl der Einschulungen an Grundschulen seit 2005	9
Fundsache: Interview KMK-Präsidentin Prien	9
Bildungspolitik	
► Bildungsstudien: Sinkende Kompetenzen an den Schulen	10
Haiku	13
Durchblick bei der Berufswahl	14
Kinderreport 2022: Junge Menschen wollen mehr Beteiligung und Gerechtigkeit	14
VRB-Verbandsarbeit	
Glückwunsch zum Siebzigsten Ehrenvorsitzender Bernd Karst ist eine Institution im Verband	15
Leitlinien der Vorstandsarbeit: „Faktencheck – Orientierung – Wegweisung“	16
Holpriger Schuljahresbeginn – VRB fordert Korrekturen	19
VRB-Landesvorstand tagt mit den Bezirksvorständen Im Mittelpunkt „Schule der Zukunft“ und „Lehrkräftegesundheit“	20
dbb bundesfrauenvertretung New Work: Chance und Risiken für die Gleichstellung der Geschlechter	22
dbb frauenvertretung Erfolgreiche Zusammenarbeit durch wertschätzende Kommunikation ...	23
VDRjugend-Seminar in Königswinter Berufsbedingungen im Ländervergleich unter der Lupe	24
Schule in Rheinland-Pfalz	
Bericht eines ehemaligen Klassenleiters: Was ist aus meiner 10e geworden?	25
Im Gespräch mit Monika aus der ehemaligen 10e	30
Schule und Recht	
► Wilfried Rausch im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu: Einsatz digitaler Werkzeuge in der Elternarbeit	32
Schülerbeförderung: Keine Erstattung von Taxikosten	35
Forderung nach Abschaffung der beihilferechtlichen Kostendämpfungspauschale	36
Dr. Kirsten Hillert neue Landeselternsprecherin	36
VRB gratuliert neuem VBE-Landesvorsitzenden	36
Online-Portale für Lehramtsinteressenten	37
Bürgerbüro feiert 20. Geburtstag	37
Gesellschaft	
► „Die Pflege“ – Herausforderung für Politik und Gesellschaft Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – eine Balanceakt Teil II unseres Beitrags zur „kleinen“ Pflegereform	38



6 **BALANCE FINDEN UND STÄRKEN**



20 **SCHULE DER ZUKUNFT**



38 **BALANCEAKT
PFLEGEREFORM**



42 **GESUNDHEITSSCHUTZ
FÜR LEHRKRÄFTE**



47 DR. BERNHARD VOGEL



52 TRAUMBERUF GEFUNDEN



Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

In Balance?

Belastungen und gesundheitserhaltende Maßnahmen für Lehrkräfte ...	42	◀
Vertrauensverlust	45	
Anke Engelke sieht sich als verkappte Lehrerin	45	

Gesellschaft

Unsere Demokratie steht unter Druck

Bundespräsident fordert „Widerstandskraft“	46	
--	----	--

Gemeinsam sind wir Rheinland-Pfalz

Vielfalt der Menschen und Regionen ist der Schatz unseres Landes ...	46	
--	----	--

Demokratie braucht Demokraten

Im Gespräch mit Dr. Bernhard Vogel, einem Politiker aus Leidenschaft...	47	◀
---	----	---

Lehrkräfteausbildung und Berufseinstieg

Lehrkräfte gesucht. Jetzt. Für die Schule mit Zukunft.	51	
---	----	--

Seminar teilnehmerinnen und -teilnehmer in RLP nach angestrebtem Lehramt	51	
--	----	--

Auf dem Weg zum Traumberuf

Regina Sersch im Gespräch mit Referendarin Lena Zimmermann	52	◀
--	----	---

Portrait

Nicole Weiß-Urbach im Gespräch mit Nicolas Cordes – Lehrbeauftragter im Fachbereich Geographie an der Uni Koblenz-Landau	55	
--	----	--

Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

Solarboot-Regatta 2022

Interesse an technischen Zukunftsberufen stärken – PL-Team organisiert beeindruckenden Wettbewerb	57	
---	----	--

Cybermobbing – Mädchen stärker betroffen	59	
--	----	--

Neuaufgabe VRB-Handbuch für Lehrkräfte	59	
--	----	--

VRB-Bezirk Koblenz

Studienseminar Koblenz: VRB-Informationsveranstaltung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter	61	
--	----	--

VRB-Bezirk Neustadt

Bezirksversammlung: Fortbildungsangebot Autismus im Schulalltag	62	
--	----	--

Ausstellungsbesuche: Einladung nach Speyer und Mannheim	63	
--	----	--

VRB-Bezirk Trier

VRB-Grundlagenfortbildung: Arbeiten mit dem Lehrkräfte iPad	64	
--	----	--

Museumsbesuch: VRB-Mitglieder im Landesmuseum in Trier	65	
---	----	--

HERZenssache: VRB-Mitglieder besuchen KÖRPERWELTEN-Ausstellung	65	
---	----	--

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche	66	
--------------------------	----	--

Briefe an die Redaktion	68	
-------------------------------	----	--

Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar	68	
--	----	--

Ratgeber für Senioren	68	
-----------------------------	----	--

Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum	69	
---	----	--

KlarText!

Lehrkräftemangel – Fünf nach Zwölf	70	◀
---	----	---

Beitrittserklärung	71	
---------------------------------	----	--

Ingelheimer Fachkongress 2023	72	
--	----	--

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



Unser Alltag hat sich entscheidend verändert. Politik und Gesellschaft ringen um die besten Konzepte, ihn in Balance zu halten. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob und wie das gelingt.

Titelthema

Auch in unseren Schulen geht es darum, die Balance zu halten. Das ist unser Titelthema, das wir in drei Beiträgen beleuchten.

Ziel des Pilotprojekts BEWARE ist, dass Jugendliche Verständnis für Stressreaktionen, mentale Gesundheit und psychische Probleme entwickeln. Psychische Probleme dürfen kein Tabuthema mehr sein. Monika Antoni stellt das Projekt vor, an dem auch das Leibniz-Institut für Resilienzforschung beteiligt ist.

Prof. Dr. Stephan Letzel leitet das bei der Universität Mainz angesiedelte Institut für Lehrergesundheit. Wir konnten ihn für einen Impulsvortrag gewinnen. Darin stellte er mögliche Belastungen an den Schulen, den Gesundheitsschutz und die schulische Unterstützung durch sein Institut in den Mittelpunkt.

In unserer Beitragsreihe zur Pflege gehen wir auf die besonderen Herausforderungen in der häuslichen Pflege ein. Obwohl es dafür ein Unterstützungssystem gibt, lassen sich viele Angehörige zeitmäßig zu stark in die Pflege einbinden und das in der Regel zu Lasten ihres ausgeübten Berufs. Wir stellen bestehende Regelungen vor und zeigen darüber hinaus notwendige strukturelle Lösungen auf.

Balance halten

Gespräche und Interviews

Über die Initiative „Schule der Zukunft“ tauschte sich der Landesvorstand mit Staatssekretärin Bettina Brück aus. Denkprozesse sollten ergebnisoffen angestoßen werden. Das sei das Ziel der Initialisierungsphase.

Rechtsanwältin Antonia Dufeu erläutert im Interview mit Wilfried Rausch die rechtlichen Rahmenbedingungen beim Einsatz digitaler Werkzeuge in der Elternarbeit.

Er sei leidenschaftlich gerne Kultusminister gewesen. Das berichtete Dr. Bernhard Vogel im Interview mit unserer Zeitschrift. Die Demokratie sei anstrengend und schwierig. Sie brauche Menschen, die mitmachen und sich engagieren.

Lena Zimmermann hat ihren Traumberuf gefunden. Sie wird Realschullehrerin. Im Gespräch mit Regina Sersch erzählt sie, worin für sie der Reiz bestand, diesen Beruf anzustreben.

Nicolas Cordes ist Lehrbeauftragter für Didaktik der Geographie an der Uni Koblenz-Landau. Nicole Weiß-Urbach fragte ihn nach den Erwartungen, die er an seine Tätigkeit stellt.

Monika Henigin organisiert die Klassentreffen ihrer 10e seit 1982. Bernd Karst, ihr früherer Klassenleiter, spricht mit ihr über 40 Jahre Zusammenhalt. Mitschülerinnen und Mitschüler berichten über ihre Berufswege und ihre Schulzeiterinnerungen.

Auch das gibt es

in dieser Ausgabe zu entdecken:

KlarText. Der Lehrkräftemangel schlägt inzwischen an immer mehr Realschulen plus und Gesamtschulen durch. Michael Eich verlangt von der Politik, die Attraktivität des Lehramts zu steigern. Das geht nicht ohne eine Reduzierung der Belastungen.

Bildungsstudien. Die aktuellen Bildungsstudien belegen, dass die Kompetenzen

der Schülerinnen und Schüler abnehmen. Wolfgang Häring fordert angesichts der dramatischen Befunde eine gesamtgesellschaftliche Debatte um Konsequenzen, die daraus abzuleiten sind.

Cybermobbing. Der Verein „Cybermobbing-Hilfe“ unterhält seit einem Jahr eine Beratungsplattform für Kinder und Jugendliche. Der Ansatz, Beratung durch Gleichaltrige anzubieten (Peer-to-Peer), erweist sich als erfolgreich.

Informationsportal. Der Deutsche Bildungserver hat kürzlich ein Informationsportal für alle, die sich für den Lehrberuf interessieren, gestartet.

Kostendämpfungspauschale. Der VRB verfolgt zusammen mit dem dbb die Abschaffung der sog. Kostendämpfungspauschale. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages hat dazu eine Expertenanhörung durchgeführt.

Landeselternbeirat. Der 19. Landeselternbeirat hat Dr. Kirsten Hillert zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die Amtszeit beträgt drei Jahre.

Kommunikation in Konfliktsituationen. Nicole Weiß-Urbach hat ein Seminar der dbb frauenvertretung rlp besucht. Im Mittelpunkt stand die gewaltfreie Kommunikation sowohl in der analogen als auch in der digitalen Arbeitswelt.

QR-Codes: Die Redaktion ist dem Vorschlag Wolfgang Seebachs gefolgt, Quellen und Fundstellen auch über QR-Codes zugänglich zu machen. Er hat sie alle auf Funktionalität geprüft.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Kürze geht das Jahr 2022 zu Ende. Ein Jahr, welches uns neben der Coronapandemie und den schulischen Alltagsproblemen mit dem unfassbaren Krieg und seine Folgen in der Ukraine konfrontiert hat.

Schulgemeinschaften zeigen große Hilfsbereitschaft

Durch die enorme Solidarität der Schulgemeinschaften konnten viele Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in den schulischen Alltag integriert werden. Es war hilfreich, dass die Landesregierung für die intensive Beschulung der Flüchtlinge Personalreserven zur Verfügung gestellt hat. An einigen Stellen muss aber auch konstatiert werden, dass der Bedarf an qualifiziertem Personal längst nicht gedeckt ist.

Lehrkräftemangel erschwert die Personalversorgung der Schulen

Dies gilt im Übrigen auch für die generelle Personalversorgung der Schulen. Das Stellentableau wies in diesem Sommer eine ordentliche Anzahl an Planstellen aus. Es trat aber insbesondere an den Realschulen plus ein Effekt ein, vor dem der Verband schon seit Jahren nachdrücklich warnt: Es gibt schlichtweg zu wenige junge Lehrkräfte, die sich für das Lehramt an Realschulen plus entscheiden. Die Gründe hierfür sind dem Bildungsministerium längst bekannt, der Handlungsdrang, etwas an der Situation zu verändern, ist hingegen überschaubar. Ein tragfähiges Konzept zur Sicherung der Lehrerversorgung ist nicht wahrnehmbar.

Schulische Qualitätsarbeit nicht vernachlässigen

Die Realitäten an den Schulen dürfen daher nicht aus den Augen verloren werden. Die Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, inwiefern sie den Spagat zwischen den noch zu bearbeitenden Schiefen und der Initiative „Schule der Zukunft“ schafft. Der VRB bringt sich auch an dieser Stelle ein. Dies geschieht in Form von politischen Gesprächen und durch die

Teilnahme an themengebundenen Veranstaltungen, bei denen wir uns deutlich positionieren. Grundsätzlich ist es gut, wenn sich Systeme weiterentwickeln. Aber die Initiative „Schule der Zukunft“ darf nicht instrumentalisiert werden, um die eigentlichen Herausforderungen der schulischen Gegenwart aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Die zahlreichen Bildungsstudien (s. S. 10–13) zeigen ungeschminkt, dass in vielen Bereichen Handlungsbedarf besteht.

Schwerpunkte der Verbandsarbeit in 2022 und 2023

Neben dem Engagement zu diesen beiden wichtigen Themen wird unsere Verbandsarbeit weiterhin darauf ausgerichtet sein, konstruktiv und beharrlich für wichtige Optimierungen im schulischen Bereich einzutreten. Die Weichen hierfür haben wir bei der traditionellen zweitägigen Sitzung des Landeshauptvorstandes in den Sommerferien sowie bei einer großen Klausurtagung von Landesvorstand und Bezirksvorständen im Herbst gestellt. Wir werden unter anderem die Schulbaurichtlinien einem Faktencheck unterziehen, uns für ein Programm zur Lehrkräftegewinnung einsetzen und uns dem Bereich der Lehrergesundheit widmen.

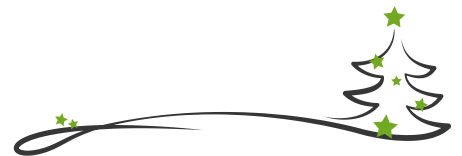
Des Weiteren sind viele Gespräche mit den Parteien, dem Ministerium, der ADD, dem Landkreistag, den Unternehmerverbänden und den Kammern bereits erfolgt oder geplant. Unsere Zeitschrift liefert Ihnen einen passgenauen Eindruck von unserer Arbeit als Ihre starke Interessensvertretung.

Ausblick auf das Unterrichten in den Wintermonaten

Das Unterrichten in den Wintermonaten wird uns sicherlich erneut mit den Einschränkungen begleiten. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Entwicklungen im Blick behält und umgehend dann Maßnahmen einleitet, wenn dies zum



Schutz der Schulgemeinschaften geboten ist. Die Landesregierung muss den föderalen Spielraum im Gesundheitswesen nutzen und länderspezifische Regelungen treffen. Wir fordern von der Landesregierung bei Bedarf stringente Maßnahmen und das kostenfreie Bereitstellen u. a. von Masken und Selbsttests.



Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten und gesunden Übergang ins Jahr 2023. Sie dürfen darauf vertrauen, dass wir uns auch im kommenden Jahr für die berechtigten Belange der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler einsetzen werden.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler

BEWARE

Bewusstsein. Aufklärung. Resilienz.

Ein schulisches Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz

Im März 2022 stellte Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig das Pilotprojekt BEWARE zur Stärkung der gesundheitlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern beim Umgang mit Stress und psychischen Belastungen vor. Das Projekt ist eine Kooperation des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung (LIR) und des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums und wird durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit gefördert.

Das Ziel von BEWARE

Ziel des Projekts sei es, so die Bildungsministerin, Schülerinnen und Schüler mit Kompetenzen auszustatten, die vor allem die Stärkung der psychischen Gesundheit der jungen Menschen im Fokus haben. Schülerinnen und Schüler benötigen diese Unterstützung, denn schon vor der Pandemie sei ein Anstieg der psychischen Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen von fast 20 Prozent zu beobachten gewesen. Dabei müssten die Angebote alltagstauglich und leicht umsetzbar sein.

Das Projekt soll ab 2026 allen rheinland-pfälzischen Schulen zur Verfügung gestellt und durch geschulte und sensibilisierte Lehrkräfte selbständig umgesetzt werden.

Gesundheitsverhalten und Stressresilienz fördern

Jugendliche sollen Verständnis für Stressreaktionen, mentale Gesundheit und psychische Probleme entwickeln und wissen, wo es Unterstützung und Hilfsangebote gibt. Denn psychische Probleme dürfen kein Tabuthema mehr sein, so Professorin Dr. Michele Wessa vom LIR in Mainz, die Leiterin des Projekts. Langfristig solle das Gesundheitsverhalten und die Stressresilienz der Jugendlichen gefördert werden, dies könne jedoch nur gelingen, wenn sich alle in der Schule an diesem Projekt beteiligen und es somit als gemeinsame Verantwortung verstehen.

In der Pilotphase soll am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Bad Dürkheim und an der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim für die Klassenstufen fünf bis zehn ein Programm/Bausteine/Tools/Materialpaket für und mit den Lehrkräften entwickelt werden, das auch im Schulalltag einfach umgesetzt werden kann und somit Akzeptanz erfahren. Die Kinder und Jugendlichen sollen sich in den alltagsnahen Beispielen wiederfinden, erklärt Prof. Dr. Wessa. Nur so könne ein Prozess angestoßen werden, der durch Erkennen der eigenen Situation Hilfe zur Selbsthilfe als Zielsetzung habe.

Gesichter hinter BEWARE

Leibniz-Institut für Resilienzforschung

Prof. Dr. Michele Wessa, Professorin für Klinische Psychologie und Neuropsychologie an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und Arbeitsgruppenleiterin am Leibniz-Institut für Resilienzforschung: Sie möchte eine Plattform schaffen, um Theorie und Praxis bei der Erforschung und Förderung der psychischen Gesundheit in Austausch mit verschiedenen Professionen zu bringen. Ihr Anliegen ist es die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der



Prof. Dr. Michele Wessa (oben), Dr. Lena Eppelmann (links) und Annika Edelmann

Resilienzforschung für breite Bevölkerungsschichten zugänglich und damit nutzbar zu machen. Die Entwicklung des Projektes BEWARE soll dabei zum einen durch die wissenschaftlichen Befunde zur psychischen Gesundheit und Krankheit sowie Resilienz und Erfahrungen aus der praktischen Resilienzförderung gestützt werden. Gleichzeitig aber sollen alle am System Schule Beteiligten ihre Expertisen und Sichtweisen einfließen lassen können.

Dr. Lena Eppelmann und Annika Edelmann arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Instituts an der Programmentwicklung. Dabei bringen sie ihre Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendpsychotherapie ein: In ihrer Arbeit, bei der sie auch Familien in Krisensituationen unterstützen, sehen sie immer wieder die Notwendigkeit von mehr Klarheit und Wissen im Hinblick auf Behandlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten. Durch die Förderung der Mental Health Literacy (MHL), der psychischen Gesundheitskompetenz, sollen Menschen befähigt werden, sich gut um die eigene psychische Gesundheit zu kümmern.

Die Angst vor einer Stigmatisierung aufgrund der Inanspruchnahme dieser Hilfen soll durch Aufklärung genommen werden, und gleichzeitig die Skepsis gegenüber diesen Angeboten abgebaut werden.

Von Carlowitz Realschule plus Weisenheim am Berg

Udo Gansert ist Schulsozialarbeiter an der von Carlowitz Realschule plus und arbeitet seit zwölf Jahren an der Schule. Er sieht BEWARE als Chance für

Selbstwirksamkeit:

Zu wissen, dass Dinge durch Vertrauen und Mut in die eigenen Fähigkeiten beeinflusst werden können ...

seine Beratung und Unterstützung in der Einzelfallhilfe und den bereits bestehenden Präventionsprogrammen wie Sozialem Lernen und der Gewalt- und Suchtprävention.

Mit BEWARE könne die schon bestehende Vertrauensbasis zu den Schülerinnen und Schülern ausgebaut und gestärkt werden. Somit könne den Kindern und Jugendlichen in destabilisierenden psychischen Situationen noch passgenauere Hilfen angeboten werden.

BEWARE verknüpfe die tägliche praktische Beziehungs- und Beratungsarbeit an der Schule mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und könne so gleichzeitig Lehrerinnen und Lehrer mit „Hilfestellungs-Kompetenzen“ ausstatten.

Petra Guth, Schulleiterin der von Carlowitz Realschule plus Weisenheim, stellt fest, dass sich die Erwartungen an Schule geändert haben. Neue Herausforderungen kämen dazu. Zudem habe sich, auch durch die Pandemie bedingt, die Motivation und das Lernverhalten, aber auch der Umgang mit frustrierenden Situationen bei einem Teil der Schülerinnen und Schülern geändert. Sie konnte beobachten, dass Jugendliche sich weniger zutrauen und dadurch auch weniger Ansprüche an sich selbst stellen. Gleichzeitig sei die Frustrationstoleranz gesunken. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, möchte sie – gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen – bei der weiteren Schulentwicklung Angebote schaffen, die den jungen Menschen Wege zeigen, wie sie aus



Schulsozialarbeiter
Udo Ganzert und
Schulleiterin Petra Guth

schwierigen Umständen gestärkt hervorgehen können. „Wir wollen den Kindern nicht nur Fachwissen, sondern auch positive emotionale Erfahrungen vermitteln“, benennt Frau Guth die Motivation ihrer Schule, als Pilotschule an diesem Projekt mitzuarbeiten.

Sie beschreibt die von Carlowitz Realschule plus als eine kleine Schule mit familiärem Bezug. Dadurch lasse sich auch leichter erkennen, wenn Kinder und Jugendliche durch psychische Probleme belastet seien. Um für stressige Situationen Werkzeuge an die Hand zu bekommen, um besser damit umgehen zu können, hätten sich das Kollegium und die weiteren schulischen Gremien einstimmig für die Umsetzung von BEWARE entschieden. Es gelte nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Lehrkräfte in ihrer psychischen Gesundheit zu stärken und offen mit diesem Thema umzugehen.

Lesen Sie ab
Seite 42
unseren Beitrag
zu Gesundheits-
förderung von
Lehrkräften.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Links mit weiteren
Hintergrundinformationen
zu BEWARE:

<https://www.swr.de/swr2/wissen/resilienz-und-ihre-grenzen-wie-wir-krisen-bewaeltigen-100.html>



<https://lir-mainz.de/beware>



<https://bm.rlp.de/de/service/pressemitteilungen/detail/news/News/detail/projekt-beware-zur-gesundheitsfoerderung-an-schulen-hubig-sorgen-und-aengsternst-nehmen-loesun/>



<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/o-ton-hubig-stress-projekt-beware-100.html>

Foto: AdobeStock

Höchste Zahl der Einschulungen an Grundschulen seit 2005



In Rheinland-Pfalz wurden zum aktuellen Schuljahr 2022/23 insgesamt rund 40.700 Kinder eingeschult, davon etwa 19.800 Mädchen und 20.900 Jungen. Das war nicht nur ein Zuwachs von 7,4 Prozent (plus 2.800 Kinder) gegenüber dem Vorjahr, sondern auch der höchste Wert seit 2005 mit damals 41.300 Eingeschulten.

Der neue Höchstwert ist im Wesentlichen auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. So stieg die Zahl der Fünf- und Sechsjährigen in der Bevölkerung zwischen Ende 2020 und Ende 2021 um 2.700. Daneben ist davon

auszugehen, dass auch eingeschulte Kinder von Geflüchteten aus der Ukraine zum Anstieg der Einschulungszahl beigetragen haben.

Rund 29 Prozent der in Rheinland-Pfalz eingeschulten Kinder hatten im aktuellen Schuljahr einen Migrationshintergrund. Im Jahr zuvor lag der Anteil 1,4 Prozentpunkte niedriger; gegenüber dem Schuljahr 2012/13 stieg dieser sogar um 9,4 Prozentpunkte.

Hr / Quelle: Statistische Landesamt, 3. November 2022

Fundsache: Interview KMK-Präsidentin Karin Prien

„Wie steht es um die Entwicklung des europäischen Bildungsraums? Welche Ideen gibt es hier für die nächsten Jahre?“

Grundsätzlich basiert die europäische Kooperation im Bildungsbereich auf Freiwilligkeit. Die Länder wirken über die EU-Gremien aktiv an der Gestaltung des europäischen Bildungsraums mit.

Bis 2025 haben sich die EU-Mitgliedstaaten zum Ziel gesetzt, den europäischen Bildungsraum zu vollenden. Ein zentrales Instrument hierfür ist der strategische Rahmen für europäische Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Für 2021 bis 2027 legt er fünf strategische

Prioritäten fest: gleichberechtigter Zugang zu Bildung, lebenslanges Lernen und Mobilität, Kompetenzen und Motivation im Lehrberuf, Stärkung der Hochschulbildung sowie Unterstützung der grünen und digitalen Transformationen in und durch Bildung. In diesem Zusammenhang bietet zum Beispiel auch die Neuauflage des Erasmus+-Programms große Chancen, indem es unter anderem persönliche Begegnungen in über 30 Ländern ermöglicht.

Wü / Quelle: dbb magazin (Mai 2022, S.15)





Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (rechts), KMK-Präsidentin Karin Prien (Mitte) und Bildungsforscher Prof. Dr. Kai Maaz stellen den Bericht „Bildung in Deutschland 2022“ vor.

Bildungsstudien: Sinkende Kompetenzen an den Schulen

Die verschiedenen Bildungsstudien, die alljährlich veröffentlicht werden, zeigen seit Jahren fast unisono eine deutliche Tendenz: Die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler nehmen ständig ab – trotz permanenter Appelle, Bemühungen und ehrgeiziger Projekte der Kultusverwaltungen. Ungeachtet dieses dramatischen Befunds bleibt eine gesamtgesellschaftliche Debatte um Konsequenzen, wie man sie mit dem „PISA-Schock“ vor 20 Jahren erlebt hatte, aus.

Nationaler Bildungsbericht

Am 23. Mai 2022 wurde der 420 Seiten umfassende Nationale Bildungsbericht 2022 vorgestellt. Er wird alle zwei Jahre

durch das Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation im Auftrag der KMK und des Bundesbildungsministeriums erstellt. Der neunte Bildungsbericht beschreibt die Gesamtentwicklung des deutschen Bildungswesens und widmet sich in seinem Schwerpunkt dem Bildungspersonal.

Die Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger zieht aus dem Bericht folgende Schlüsse: „Unser Bildungssystem muss bes-

ser werden. Es muss den Einzelnen bestmöglich fördern und dafür den Herausforderungen der Zeit gewachsen sein.“ Dafür fordert sie eine schnellere Digitalisierung der Bildung, eine bessere Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und vor allem mehr Chancengerechtigkeit. Auch das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen müsse verbessert werden.

Der Bericht weist aus, dass die Zahl der Bildungsteilnehmenden gegenüber 2010 um vier Prozent gestiegen ist.

Die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten ist um 25 Prozent angewachsen, wobei die Steigerung im frühkindlichen Bereich sogar 75 Prozent betrug. Der Trend zur Höherqualifizierung hielt an, d.h. der Anteil der Bevölkerung mit einem höheren Abschluss wuchs um 5 Prozentpunkte auf 26 Prozent. Die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft betragen im Jahr 2020 241 Milliarden Euro. Das entspricht 7,2 Prozent vom BIP. Die Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler liegen mit 14.200 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt von 11.800 US-Dollar.

Mit einem Startchancen-Programm will die Bundesregierung besonders sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler unterstützen, denn der Bildungserfolg hänge nach wie vor stark von der sozialen Herkunft ab. Die Corona-Pandemie habe die Lage noch einmal verschärft. „Das kann uns nicht ruhen lassen. Deshalb sind wir darüber bereits im intensiven Austausch mit den Ländern. Unser Ziel ist es, ein nachhaltiges Programm aufzusetzen, das bis zu 4000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit besserer Infrastruktur, einem Chancenbudget und mehr Sozialarbeitern ausstattet“, so die Ministerin.

Karin Prien, Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, betonte, dass der wesentliche Faktor für den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler gut ausgebildete Lehrkräfte seien. „Es geht um Qualität und Quantität. Wir sind mit einem wachsenden Bedarf an pädagogischem Personal in Schulen und Kindertageseinrichtungen konfrontiert. Wir brauchen kreative Ideen, um junge Menschen für den Beruf als Lehrerin und Lehrer zu gewinnen und neue Studienmodelle,

um diese Bedarfe zu decken. Dazu gehören auch flexiblere Modelle des Einstiegs in den Lehrerberuf und des Umstiegs während des Studiums.“ Aufgrund des hohen Anteils weiblicher Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen (75 Prozent) und der hohen Belastungen arbeiten zur Zeit nur noch 55 Prozent in Vollzeit.

In seinem Fazit stellt der Bericht fest: „Für die Sicherung des Personalbedarfs und die Weiterentwicklung der professionellen Kompetenzen des pädagogischen Personals geht es ... darum, (junge) Menschen für die pädagogischen Berufe zu interessieren und zu gewinnen sowie langfristig in ihren Berufen zu binden. Dazu gehört auch, dass die Arbeitsbedingungen den zum Teil deutlich gestiegenen Anforderungen im Beruf Rechnung tragen.“

Bildungsmonitor

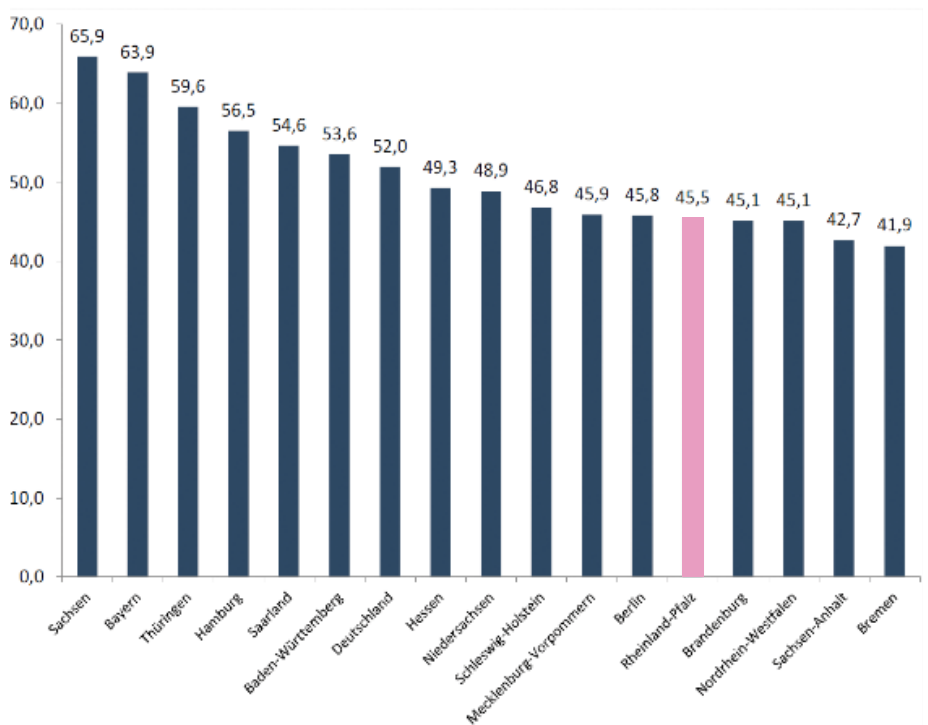
Der im August veröffentlichte Bildungsmonitor 2022 wurde von der Initiative Neue

Soziale Marktwirtschaft (INSM) im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) herausgegeben.

Er erfasst seit dem Jahr 2004 bereits zum 19. Mal Daten, und nimmt dabei explizit eine bildungsökonomische Sichtweise ein. Im Fokus steht, welchen Beitrag das Bildungssystem leistet, um den Wohlstand zu sichern, Aufstiegsmöglichkeiten für den Einzelnen zu schaffen und Teilhabe zu gewährleisten.

Aus Sicht der Unternehmen nahezu aller Branchen kommen der digitalen Infrastruktur und der Bildung die höchste Priorität zu. Gefragt nach konkreten Maßnahmen nannten die Unternehmen am häufigsten: Netzausbau/flächendeckende Breitbandversorgung, Gewährleistung von stabilem und schnellem Internet, digitale Ausstattung an Schulen und Universitäten, eine Stärkung digitaler Kompetenzen, eine Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus und die Förderung der MINT-Fächer.

Gesamtbewertung der Bundesländer (in Punkten)



Quelle: INSM Bildungsmonitor vom 17. August 2022



Häufig fehlt die Zeit für individuelle Betreuung.

Bei der Gesamtbewertung geht der Bildungsmonitor zum einen auf die Frage ein, inwieweit das Bildungssystem einen Beitrag zur Sicherung des Wohlstands leistet. Trägt das Bildungssystem optimal zur Fachkräftesicherung bei und können dadurch Innovationskräfte gestärkt und die gleichzeitig auftretenden Herausforderungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und De-Globalisierung (4 D) gemeistert werden? Zum anderen liegt ein Fokus auf Fragen der Gerechtigkeit: Besteht für den Einzelnen eine Chance auf Teilhabe, werden das Risiko von Bildungsarmut reduziert, die Durchlässigkeit des Bildungssystems gefordert und gleiche Bildungschancen erreicht?

Sachsen hat aus Sicht der INSM das beste Bildungssystem in Deutschland, danach folgen Bayern und Thüringen. Hamburg konnte sich dank einer Fokussierung auf die Kernkompetenzen auf Rang vier hocharbeiten. Bremen wurde hinter Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt Schlusslicht. Nachdem Rheinland-Pfalz 2019 sogar auf Rang sieben gelistet wurde, belegt es jetzt Platz zwölf. Für unser Bundesland bemängelt die Studie unterdurchschnittliche Sachausgaben im Bildungsbereich, zu wenig ausländische Jugendliche mit Studienberechtigung und zu wenig Forscher an den Hochschulen.

Positiv bewertet wurde, dass alle rheinland-pfälzischen Grundschüler in Fremdsprachen unterrichtet werden und dass der Absolventenanteil von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen überdurchschnittlich hoch ist. Mit einer stärkeren Nutzung digitaler Medien liegt unser Land bei der Digitalisierung wenigstens auf Rang zehn.

Dabei sticht die tägliche Nutzung digitaler Medien im Unterricht hervor. Hier liegt das Land sogar auf dem zweiten Platz.

An allen Schulen in Deutschland sollten nach Ansicht der Autoren Vergleichsarbeiten durchgeführt werden, um den Umfang des Lernverlustes systematisch zu ermitteln. Zudem müssten die Förderinfrastruktur ausgebaut und mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausgebildet werden, resümiert das IW.

IQB Bildungstrend

Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) der Berliner Humboldt-Universität hat vor den Sommerferien im Jahr 2021 Untersuchungen in der Primarstufe durchgeführt. Die Auswertungen zeigen für Deutschland insgesamt ungünstige Entwicklungen in den erreichten Kompetenzen von Viertklässlern in den Fächern Deutsch und Mathematik. Im Vergleich zu den letzten Erhebungen in den Jahren 2016 und 2011 erreichen in allen untersuchten Kompetenzbereichen signifikant weniger Schülerinnen und Schüler die Bildungsstandards der KMK. Der Anteil der Kinder, die die Mindeststandards verfehlen, ist teilweise deutlich gestiegen und die sozialen und zugewanderungsbezogenen Disparitäten haben sich verstärkt. Der Kompetenzrückgang im Zuhören entspricht einem halben, im Lesen einem Drittel und in Mathematik sowie Orthografie einem Viertel eines Schuljahres. Damit nimmt auch der Anteil der Kinder, die am Ende der Grundschule nicht mal die Mindeststandards erreichen, um 6 bis 8 Prozent zu.

Am 17. Oktober 2022 wurden auch die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer veröffentlicht:

Anteil der Viertklässler (in %), die die Mindeststandards nicht erreichen			
Bereich	RLP 2021	RLP 2016	Deutschland 2021
Lesen	16,0	13,6	18,8
Zuhören	18,2	12,6	18,2
Rechtschreiben	27,8	23,4	30,4
Rechnen	17,7	15,8	21,8

Die Medien und die Bildungsgewerkschaften reagieren bestürzt. „Es ist jetzt höchste Zeit, die Phase der Schönfärberei zu be-

enden und eine schonungslose Bestandsaufnahme vorzunehmen“, äußert sich DL-Präsident Meidinger in der taz. Und die FAZ schreibt: „Die Grundschulen werden sich auf bewährte Übungen besinnen müssen: lautes Lesen, Silbenklatschen, Silbentrennung, Diktate, die Zuordnung von Lauten zu bestimmten Buchstaben, die Einübung eines grundlegenden Zahlenverständnisses.“ Solche Methoden galten bisher bei manchen Bildungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern als steinzeitlich.

Obwohl auch in Rheinland-Pfalz in allen Bereichen eine Verschlechterung eingetreten ist, titelt das Bildungsministerium „Stabile Leistungen entgegen dem Bundestrend“ und freut sich darüber, dass der Absturz im Vergleich nicht ganz so dramatisch war.

Als ursächlich für den Leistungsabfall führen die Bildungspolitiker vor allem die Corona-Pandemie ins Feld. So kommentiert KMK-Präsidentin Karin Prien: „Die Folgen der Corona-Pandemie bei den Viertklässlerinnen und Viertklässlern sind gravierend. Die Ergebnisse zeigen, dass besonders Kinder, die zu Hause weniger Unterstützung erhalten können, unter den pandemiebedingten Schulschließungen gelitten haben. Dies unterstreicht einmal mehr die Bedeutung von schulischem Lernen für die Bildungsgerechtigkeit.“

Die unstreitigen Effekte der Schulschließungen aufgrund der Pandemie sind jedoch nicht die alleinige Ursache des kontinuierlichen Abwärtstrends. Gravierender „seien die mangelnde Leistungsorientierung in den Grundschulen und ein immer weiteres Einebnen der Anforderungen in den Basisfächern“, stellt der VRB-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm fest. „Wenn man zunehmend

von Grundschulen ohne Noten sinniert, sich in pseudopädagogischen Vermittlungsstrukturen und Experimenten ergeht,

Förderschulen abschafft, muss einen das Ergebnis nicht verwundern. Hinzu kommen sich verschlechternde Rahmenbedingungen wie z.B. der Lehrkräftemangel.“ (Pressemitteilung der dbb-Bildungsgewerkschaften vom 7. Juli 2022)

Wenn zwanzig Prozent der Kinder am Ende der vierten Klasse nicht einmal die Mindeststandards im Lesen erreichen, heißt das im Grunde, dass sie nicht in der Lage sind, eine weiterführende Schule zu besuchen, und auch das Lernen in allen anderen Fächern stark eingeschränkt ist. Die Kinder können zwar Buchstaben entziffern, aber nicht sinnentnehmend lesen, das heißt, sie lesen Texte, ohne sie in einem Gesamtzusammenhang zu verstehen. Ein desaströses Ergebnis! Zu den Gründen gehört die hohe Zahl von Quer- und Seiteneinsteigern unter den Lehrkräften und auch die Tatsache, dass vorschulische Bildung in Deutschland noch immer nicht ernst genug genommen wird. „Die Alphabetisierung in den ersten Schuljahren gelingt nicht schnell und sicher genug, weil Kinder keinen Stift halten, nicht mit einer Schere umgehen und auch nicht still auf einem Stuhl sitzen können“, schreibt Heike Schmoll in der FAZ vom 3. Juli 2022.

„Bildungspolitik und Lehrerschaft bilden nach meinem Eindruck eine Koalition der Verantwortungsverweigerung und des Verschweigens“, behauptet Chefredakteur Robert Schneider im FOCUS vom 22. Oktober 2022. Diese einseitige Schuldzuweisung verkennt, dass zumindest einige Lehrerverbände seit Jahrzehnten eine stärkere Leistungsorientierung anmahnen. Die Ursachen der Misere sind aber nicht zuletzt darin zu suchen, dass bereits Kinder im Grundschulalter viele Stunden am Smart-

phone zubringen, ständig für „Freunde“ erreichbar sein müssen, zu wenig Schlaf haben, mit Problemen durch Mobbing und Familienzweist zu kämpfen haben und unter einer nie gekannten Reizüberflutung leiden.

Bildungsland bald abgebrannt?

Deutsche Schulen sind auf dem Weg in eine vorhersehbare Katastrophe. Sowohl die Trends der internationalen Schulleistungstudien PISA, TIMSS und IGLU als auch der verschiedenen nationalen Studien belegen, dass sich die nach dem PISA-Schock anfangs positive Leistungsentwicklung an deutschen Schulen in den vergangenen Jahren bei den aktuellen Tests nicht fortsetzt.

Besserung ist kaum in Sicht, denn es gibt viel zu wenig Lehrkräfte. Bis 2025 werden in Deutschland 20.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen, so die Kultusministerkonferenz (KMK). Der Bildungsforscher Klaus Klemm rechnet sogar mit doppelt so hohen Zahlen. Unterrichtsausfall, überforderte Pädagogen, volle Klassenzimmer sind die Folgen. Der Bildungsexperte Werner Klein berichtet von skurrilen Versuchen, Eltern zufrieden zu stellen. (deutscheschulportal.de, 8. August 2022) So schickt Sachsen-Anhalt derzeit Headhunter u.a. nach Österreich, Polen oder Rumänien, um neue Lehrkräfte zu finden und Berlin ködert Quereinsteiger aus anderen Berufen mit viel Geld. In Bayern engagierte eine Schule Aushilfslehrkräfte von der Bundeswehr, die als ehrenamtliche und unbezahlte Kräfte Aufsicht in Vertretungsstunden führten.

Und noch etwas kommt erschwerend auf die Schulen zu: 13 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer denken darüber nach, im

kommenden Schuljahr ihre Arbeitszeit zu reduzieren. (Deutsches Schulbarometer 9. Juni 2022) Dieser Wunsch ist offenbar eng gekoppelt mit einer fehlenden Berufszufriedenheit und physischer und psychischer Überlastung.

Auf die Veröffentlichung schlechter Ergebnisse reagieren die Schulbehörden häufig mit blumig bezeichneten Programmen (z. B. „BiSS-Lesen – Lesen macht stark“, „Mathe macht stark“, „Ohrenspitzer plus“, „Aufholprogramme“ in den letzten Ferientagen, um Defizite durch Schulschließungen während der Pandemie auszugleichen). Die Wirkung dieser Programme ist aber gar nicht erwiesen. Der Nutzen ist vor allem dann fraglich, wenn statt Lehrkräften nur Hilfskräfte und Laien eingesetzt sind. „Ohne eine sogenannte Ex-ante-Evaluation sollte der Bund keine weiteren Mittel in die Aufholprogramme stecken“, mahnt die FAZ. „In Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel wird man sich genauer als bisher überlegen müssen, wofür Steuermittel eingesetzt werden.“ Wenn die Kultusminister ihre Verantwortung für die Qualität ihrer Schulen ernst nähmen, müsste es in allen Bundesländern verpflichtende Sprachstandserhebungen vor Schulbeginn und bei Defiziten eine verpflichtende Förderung geben.“

Es bleibt zu hoffen, dass die besorgniserregende Bilanz der in diesem Jahr veröffentlichten Studien dazu beiträgt, die Verbesserung frühkindlicher und schulischer Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit höchster Priorität in Angriff zu nehmen.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Erfolgreiche Hamburger „Ismus“-Wende

gestärkter Real-
gezügelter Ideal-
als Kombilösung

Durchblick bei der Berufswahl

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung vom Juli 2022 belegt, dass es – nach Einschätzung der Jugendlichen in der Berufsorientierungsphase – genügend Informationen zur Berufsorientierung gebe, es aber schwer sei, passgenaue Angebote für die eigene Situation zu finden.

Zwar kenne die Mehrheit der jungen Menschen die Angebote der Bundesagentur und der Kammern von Industrie und Handwerk, aber trotz vieler – auch digitaler Angebote – zur Berufswahl werde immer noch die persönliche Unterstützung durch Eltern und Lehrkräfte als die beste Begleitung in den Beruf genannt.

Die durch die Corona-Pandemie forcierte Digitalisierung der Berufsorientierung sei ein richtiger Schritt gewesen, erklärt die Ansprechpartnerin der Bertelsmann Stiftung Claudia Burkard. Sie hebt aber gleichzeitig die immense Bedeutung von prak-



Nur knapp 56 % Bewerbende auf 12.900 rheinland-pfälzische Ausbildungsstellen – die richtige Berufswahl zu treffen ist eine Aufgabe, die jungen Menschen oftmals schwer fällt ...

tischen Erfahrungen und persönlichen Gesprächen für die individuelle Berufswahl hervor. Für alle Angebote müsse gelten, dass sie die Motivation der jungen Menschen, sich mit der Thematik der eigenen Berufsfindung auseinanderzusetzen, stärken und darin unterstützen, sich selbstständig zu informieren und zu gewichten.

Die Bedeutung einer passgenauen Begleitung auf dem Weg ins Berufsleben gewinnt vor dem Hintergrund zusätzliche Brisanz, dass in Rheinland-Pfalz bspw. derzeit (Stand Juli 2022) 12.900 Ausbildungsplätze zu besetzen sind, aber nur 7.200 Bewerberinnen und Bewerber einen Platz suchen, skizziert Christiane Lauer, die Sprecherin der Bundesagentur Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland, die Entwicklungen.

MA / Quelle: Bertelsmann-Stiftung.de: „Mehrheit der Jugendlichen fehlt der Durchblick bei der Berufswahl“; Ralf Joas in der RHEINPFALZ vom 16.07.2022: „Berufsorientierung: Praxis ist nicht ersetzbar“

Illustration: vecteezy.com

Kinderreport 2022:

Junge Menschen wollen mehr Beteiligung und Gerechtigkeit



Sollten Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden, um Interessen von Kindern und Jugendlichen in Zukunft besser berücksichtigen zu können? Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche selbst sagen JA – so die Auswertung einer Umfrage des deutschen Kinderhilfswerkes. Ihr liegen zwei Erhebungen zugrunde. Befragt wurden zum einen 645 Kinder und Jugendliche im Alter von 10-17 Jahren und zum anderen 1046 Erwachsene ab 18 Jahren.

Schwerpunktthema des Kinderreports 2022 ist Generationengerechtigkeit. Eine große Mehrheit der Befragten wünscht sich eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Kindern in der Politik und fordert, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Sie verlangen auch mehr Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut.

Kinder und Jugendliche hätten ganz klare Vorstellungen von der Welt, in der sie leben wollten. Dennoch würden ihre Anliegen nur nachrangig berücksich-

tigt oder sogar ignoriert. Das lasse sich auch an der Kinder- und Jugendarmut erkennen. Ein Großteil der befragten Jugendlichen (95 Prozent) ist der Ansicht, dass Politikerinnen und Politiker sich zu wenig um dieses Problem kümmern.

84 Prozent der befragten Erwachsenen sind darüber hinaus der Meinung, dass von Armut betroffene Kinder und Jugendliche weniger Chancen auf einen Bildungsabschluss haben und sich die Armut dadurch weiter fortsetzt.

Dass junge Menschen, die am stärksten von Armut betroffene Altersgruppe sind, ist keine neue Information. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) zieht daraus beispielsweise den Schluss, dass eine Teilhabe absichernde Kinder- und Jugendgrundsicherung notwendiger denn je ist!

Quellen: Deutsches Kinderhilfswerk – dkhw.de; bildungs-server.de; tagesschau.de v. 3.6.22; jugendsozialarbeit.news 778

Jana Brachtendorf
jana.brachtendorf@vrb-rlp.de



Glückwunsch zum Siebzigsten

Ehrevorsitzender Bernd Karst ist eine Institution im Verband



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (re.) dankte Bernd Karst für sein beispielgebendes Engagement. Staatssekretärin Bettina Brück lobte ihn mit Blick auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Klausurtagung für den gelungenen Generationenwechsel im Verband.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler gratulierte dem VRB-Ehrevorsitzenden im großen Kreis der Klausurtagung und ließ einige seiner Wegbegleiter mit ihren prägenden Erinnerungen an ihre Zusammenarbeit mit Bernd Karst zu Wort kommen. Eine besondere Überraschung gelang Staatssekretärin Bettina Brück, die ihre Teilnahme an der Klausurtagung zu einer Würdigung des Ehrevorsitzenden nutzte. Sie übermittelte darüber hinaus Glückwünsche von Bildungsministerin Stefanie Hubig.

Beispielgebendes Engagement in unterschiedlichen Funktionen

Bernd Karsts Engagement im Verband ist herausragend. Seit über 40 Jahren ist er in unterschiedlichen Funktionen in den Vorständen aktiv. Von 1980 bis 2005 war er Vorsitzender des VDR-Bezirksverband Rheinland-Pfalz. In dieser Zeit hat er im Landesvorstand von 1985 bis 1987 die Funktion eines Landesgeschäftsführers wahrgenommen. Von 1987 bis 1990 war er als Chefredakteur der Landes-

zeitschrift „Die Realschule in Rheinland-Pfalz“ tätig gewesen. Als Landesvorsitzender hat er den Landesverband VDR und nach der Namensänderung den Landesverband VRB von 2005 bis 2016 geleitet und sich als stellvertretender Bundesvorsitzender von 2006 bis 2022 auf Bundesebene engagiert. Auch heute noch ist Bernd Karst in der Vorstandsarbeit als Ehrevorsitzender und Referent „Kommunikation Presse und Medien“ eingebunden. Mit den Verbands-tätigkeiten war seine Tätigkeit im Hauptpersonalrat seiner Schulart verbunden. 32 Jahre lang war er Mitglied dieses Gremiums.

Seine aus dem Schulalltag gewonnenen pädagogischen Erfahrungen sowie seine Beiträge zur Unterrichtsgestaltung und zur inneren und äußeren Schulentwicklung hat Bernd Karst in verschiedenen Fachzeitschriften, Loseblattsammlungen und Zeitungen veröffentlicht. Ein besonderes Anliegen ist ihm die Kooperation von Schule und Wirtschaft gewesen. 25 Jahre lang hatte er den Vorsitz des Arbeitskreises SchuleWirtschaft Rheinhessen-Land inne.

Wichtiger Ansprechpartner für Bildungsministerium und Bildungspolitik

Staatssekretärin Brück berichtete, dass sie den VDR-Landesvorsitzenden Bernd Karst vor über 16 Jahren als junge Abgeordnete und Mitglied des Arbeitskreises Bildung der SPD-Fraktion bei einem der Gespräche kennengelernt habe, die der Arbeitskreis ihrer Fraktion mit den Verbänden und Gewerkschaften führe. Sie habe die Begegnungen mit Bernd Karst und den Vorstandsmitgliedern immer als wertschätzend und an der Sache orientiert erlebt. Imponiert habe ihr seine Gesprächsführung und Kompetenz in Bildungsfragen.

Bernd Karst sei für das Bildungsministerium und für die Bildungspolitik ein wichtiger Ansprechpartner gewesen. Er habe sich für seine Schulart stark gemacht. Hartnäckig und konstruktiv habe er sich für die Belange der Lehrkräfte und Schüler eingesetzt. Bernd Karst sei eine Institution im Verband Reale Bildung. Er habe auf allen Ebenen in unterschiedlichen Funktionen engagiert die Vertretung des Verbandes wahrgenommen und wichtige Impulse zur Förderung und Weiterentwicklung der Realschule wie auch der Realschule plus in Rheinland-Pfalz geben können.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de





Landeshauptvorstand: Erste Sitzung der Amtszeit 2021–2025

Leitlinien der Vorstandsarbeit: „Faktencheck – Orientierung – Wegweisung“

Der geschäftsführende Landesvorstand hatte zur ersten Sitzung des Landeshauptvorstandes (LHV) der Amtsperiode 2021 – 2025 nach Daun eingeladen und die Vorstandsarbeit thematisch mit den Leitlinien „Faktencheck, Orientierung und Wegweisung“ vorgegeben. Ausrichter der LHV-Sitzung war der Bezirk Trier. Dessen Vorsitzender Christoph Krier (1. v. links) zeigte sich erfreut, die Mitglieder in Daun vollständig begrüßen zu dürfen.

Freude über Durchführung einer analogen LHV-Sitzung

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler brachte seine Erleichterung und Freude zum Ausdruck, nach Jahren der Abstinenz den gesamten Landesvorstand zu einer analogen Sitzung willkommen zu heißen. Ambitioniert waren die Vorgaben des Landesvorstandes, einen Faktencheck zu unterschiedlichen Themenbereichen aus Schule, Politik und Verbandsarbeit vorzunehmen, Orientierung für die weitere Verbandsarbeit zu finden und eine Wegweisung für die Ausrichtung der weiteren Verbandsarbeit festzulegen.

Timo Lichtenthäler äußerte sich mit Blick auf die umfangreiche Tagesordnung zuversichtlich, dass es den Vorstandsmitgliedern im Plenum wie auch in den Arbeitskreisen gelingen werde, die Herausforderungen an den beiden Sitzungstagen zu bewältigen.

Rückblick: Erfolgreiche digitale Verbandsarbeit

Seine Einführung nutzte der Landesvorsitzende zu einem Rückblick auf die Verbandsarbeit der letzten Jahre, die weitgehend digital bewältigt werden musste. Die Vorstände hätten rasch die digitalen Formate erfolgreich für die Verbandsarbeit einsetzen können. Er erinnerte an die digitale LHV-Sitzung, welche die Kandidatenliste für die Personalratswahlen beschließen musste, und an die digitale Hauptversammlung im vergangenen Frühjahr. Die Vorstände würden in Zukunft auch weiter auf digitale Formate zurückgreifen.

Einsatz neuer Medien in der Verbandsarbeit

Nicolas Cordes informierte über den Einsatz sozialer Medien in der Verbandsarbeit. Er erklärte, dass Facebook immer mehr an Popularität verliere. Deshalb sei für den Verband Instagram ein wichtiges

Medium. Spontan wurde ein Versuch gestartet, in dem Michael Eich ein „Reel“ aus der LHV heraus erstellte und teilte. Dabei konnten innerhalb von drei Stunden 726 Aufrufe erzeugt werden.

Wegweisung: Anträge der Hauptversammlung und Satzungsänderungen

In einem Arbeitskreis wurde die Satzung bezüglich der Umsetzung digitaler Verbandsarbeit geprüft, entsprechende Änderungen beziehungsweise Prüfaufträge formuliert und die Anträge gesichtet. Die Hauptversammlung hat durch die dort verabschiedeten Anträge den Vorständen konkrete Aufgabenbereiche benannt. Diese wurden im Arbeitskreis noch einmal aufgegriffen. Die Gruppe erarbeitete zu den Anträgen „Schule gestalten“, „Gesundheit schützen“ und „Lehrämter stärken“ konkrete Handlungsziele für Verbandsaktivitäten des neuen Schuljahres.

Herausforderung: Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung

Saskia Tittgen, Landesschriftführerin, berichtete über die Arbeit im Arbeitskreis „Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung im VRB“. Darin wurden insbesondere die Aspekte Mitgliederwerbung und Delegiertenarbeit analysiert. Strategien für die Mitgliedergewinnung wurden erarbeitet und für die Vorstandsarbeit konkretisiert. Wesentlich für die Mitgliedergewinnung und -bindung sei der persönliche Kontakt zum Verband.

Die VRB-Inhalte würden nach Analyse des Arbeitskreises sehr gut über die VRB-Zeitschrift und die Social-Media-Kanäle verbreitet. Dies solle auf alle Fälle so weitergeführt werden.

Dienstleistungen: Rechtsschutz und Fortbildung

Erwin Schneider, der neben seiner Funktion als Landesschatzmeister auch das Referat Rechtsberatung innehat, gab einen kurzen Überblick zur Rechtsberatung und zeigte auf, dass der Verband durch das dbb Dienstleistungszentrum eine kompetente juristische Begleitung garantieren könne. Er stellte klar, dass bei Versicherungsleistungen, wie z. B. dem Verlust eines Schlüssels einer Schließanlage oder eines Laptops die Versicherung immer den aktuellen Zeitwert prüfe.



Im Arbeitskreis „Mitgliederservice im VRB“ berieten Alexander Sonnen, Benjamin Bajraktari, Wolfgang Seebach, Lisa Deck, Erwin Schneider, Heidi Becker, Jana Brachtendorf und Saskia Tittgen (von links) über Wege der Mitgliedergewinnung und unterstrichen die Wichtigkeit der Mitgliederbegleitung für eine langfristige Bindung an den Verband. Die offenkundig bedeutsame Rolle der Delegierten an den Schulen gelte es weiter zu stärken.



Workshop „VRB-Fortbildung“. Ihr Brainstorming unter dem Blickwinkel „Bewährtes weiterführen und neue Impulse setzen“ nutzten (von links) Nicole Weiß-Urbach, Monika Antoni, Katharina Becker, Maren Sassenroth, Christoph Krier und Andreas Stegmann zum Reflektieren und Entwickeln von Inhalten und Formaten.

Der VRB wird seine bewährte Fortbildungsarbeit für die örtlichen Personalvertretungen fortsetzen. Gleichzeitig wird er aktuelle Themen aufgreifen, die alle Lehrerinnen und Lehrer ansprechen sollen und neben der digitalen Fokussierung auch spezifische Inhalte für junge Lehrkräfte, schulische Ausbildungsleitungen oder Kolleginnen und Kollegen mit Interesse an Führungsaufgaben anbieten. Auch wenn hierbei zwischen kollegialem Austausch und expliziten Fortbildungen differenziert werden soll, wird es immer Zeit für persönliche Gespräche geben. Perspektivisch sollen auch Online-Formate genutzt werden.

Faktencheck: Mehrarbeit

Der stellvertretende Landesvorsitzende Benjamin Bajraktari informierte basierend auf der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ über Auslegung und Handhabung der Verwaltungsvorschrift in den Schulen und benannte die Problembereiche in der Umsetzung. Nach Prüfung der Rechtslage durch ADD und BM entstand die Begrifflichkeit Mehrleistung. Mehrleistung sei jede Stunde, die eine Lehrkraft über ihr wöchentliches Deputat mehr leiste. Diese Mehrleistung müsse innerhalb eines Jahres (Kalender- oder Schuljahr) ausgeglichen werden – und zwar ab der ersten Stunde.

Der Landesvorstand hob hervor, dass der Problembereich „Vertretungsregelung“ in der Schule von der Landesregierung bisher nicht gelöst worden sei. Es zeige sich in jedem Schuljahr, dass die Verbandsforderung nach einer Vertretungsreserve an den Schulen gerechtfertigt sei. Die Untätigkeit der Landesregierung schaffe bei Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern Verdruss und erschwere eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Mitglieder der Schulgemeinschaft.



Workshop „Schule der Zukunft“. Aus der Perspektive unterschiedlicher Lehrergenerationen beleuchteten (von rechts) Jutta Okfen, Michael Eich, Joanna Boehlke, Bernd Karst, Thomas Holfelder, Nicolas Cordes und Jochen Leonhardt die Initiative des Landes und sammelten dabei auch Ideen, um die Zukunftschancen für Schulen individuell zu nutzen.



Workshop „Satzung und Anträge der Hauptversammlung. Gerhard Hein, Wilfried Rausch, Martina Friderichs, Christoph Schneider und Timo Lichtenthäler (von links) prüften und formulierten zunächst notwendige Änderungen in der Verbandssatzung vor dem Hintergrund digitaler Entwicklungen. Für die „Umsetzung der Leitanträge“ plante die Gruppe Projekte, die im laufenden Schuljahr umgesetzt werden sollen.

**Neuausrichtung:
Netzwerkarbeit in den Querschnittsreferaten**

Der Bundesvorstand VDR hat in den letzten Jahren die besondere Bedeutung der Querschnittsreferate „Tarifbeschäftigte“, „Senioren“, „Gleichstellung“ und „Junge Lehrkräfte“ dadurch hervorgehoben, dass im Bundesverband eigene Referate eingerichtet wurden und für die Vorsitzenden der Querschnittsreferate jeweils ein Sitz im Bundesvorstand geschaffen wurde.

Auch der Landesvorstand hat durch Satzungsänderung der letzten Hauptversammlung den Referatsleiterinnen und -leitern einen ständigen Sitz im Landeshauptvorstand eingeräumt, um die Einbindung in die Vorstandsarbeit zu ermöglichen.

Über ihre Arbeitsbereiche und Wirkungsfelder berichteten Katharina Becker (Tarifbeschäftigte), Nicole Weiß-Urbach (Gleichstellung), Maren Sassenroth (Junge Lehrkräfte) und Wilfried Rausch (Senioren).

Alle vier Vorstandsmitglieder stellten ihre Netzwerkarbeit in den VDR-Gremien im Bund und den dbb-Gremien auf Landes- und Bundesebene in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.

**Orientierung Schulpolitik:
Initiative „Schule der Zukunft“**

Einen Themenschwerpunkt der LHV bildete die Initiative „Schule der Zukunft“ der Landesregierung. Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Eich stellte die Genese und die Zielsetzung der Initiative kurz dar. Als positiv bewertete er die Stärkung regionaler Profile und der Ideen vor Ort, wodurch den Schulen Gestaltungsspielräume geschaffen würden. Kritisch bewertete Michael Eich, dass Aspekte wie ‚Leistungsorientierung‘ und ‚Naturwissenschaften‘ nicht oder fast gar nicht berücksichtigt werden, die Finanzierung mit 27 Millionen Euro nicht ausreichend sei, bei der Umfrage Suggestivfragen formuliert wurden und die Personalräte im Vorfeld zu wenig beteiligt waren.

Ein Arbeitskreis stellte Kriterien auf, anhand derer der Verband den weiteren Prozess begleiten wird.

**Ausblick: Ingelheimer Fachkongress 2023
und Redaktionsarbeit**

Bernd Karst stellte einen Erstentwurf für den Ingelheimer Fachkongress mit dem Thema „Demokratiebildung in der Schule“ vor. Das vorgestellte Konzept fand die Unterstützung des Landeshauptvorstands.

Wolfgang Wünschel berichtete von der Redaktionsarbeit und stellte die Themen für das nächste Heft und die Zuständigkeiten der Redaktionsmitglieder vor.

**Tagungsfazit: Aufbruchstimmung
für kommende Herausforderungen nutzen**

Am Ende der zweitägigen Arbeitstagung lobte der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler die konstruktive Arbeitshaltung, die Ergebnisorientierung in den Sachfragen wie auch die Diskussionsfreude der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die wertschätzend auch Unterschiede in den Bewertungen zuließen. Als besonders gewinnbringend sah er die Zusammensetzung des Landeshauptvorstandes an. Nahezu alle Altersgruppen seien im Gremium vertreten. Die Verbandsarbeit werde aus dieser Landeshauptvorstandssitzung Gewinn schöpfen können.

Er bedankte sich bei dem Bezirk Trier für die Organisation der Landeshauptvorstandssitzung.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrbrlp.de
Fotos: Wolfgang Wünschel



Michael Eich schildert im
SWR die aktuelle Situation



Holpriger Schuljahresbeginn

VRB fordert Korrekturen

Dem diesjährigen Schuljahresbeginn wurde viel mediale Aufmerksamkeit zuteil: Coronapandemie, Energiekrise, Flüchtlingsströme aus der Ukraine und der gravierende Lehrkräfte-Mangel drohen die rheinland-pfälzischen Schulen zu überfordern. Die aktuellen Krisen und auch der Wiederaufbau im Ahrtal fordern die rheinland-pfälzische Bildungspolitik in bislang nicht gekanntem Ausmaß.

Mehr Schülerinnen und Schüler, weniger Lehrkräfte

Die Realschulen plus verzeichnen Zuwächse bei den Schülerzahlen. Das ist nicht nur auf Flüchtlingsströme und Zuwanderung zurückzuführen. Die Realschulen plus überzeugen durch ihr stetig weiterentwickeltes Bildungsangebot. Aufstiegsorientierte Eltern melden ihre Kinder zunehmend auch an unserer Schulart an. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die allerdings dadurch getrübt wird, dass immer weniger junge Menschen das Lehramt Realschulen plus studieren. In einem SWR-Interview zum Schuljahresbeginn zählt der stellvertretende VRB-Landesvorsitzende Michael Eich die Gründe auf, warum die Attraktivität des Lehramtes Realschulen plus so deutlich nachgelassen hat: „Mehr Migration, mehr Inklusion, die höchste Stundenverpflichtung, weniger Aufstiegsmöglichkeiten: Für viele junge Menschen scheint deshalb die Aussicht, das Lehramt Realschule plus auszuüben, nicht mehr stimmig zu sein.“

An vielen Standorten gelang es diesmal nicht, die Personalisierung rechtzeitig und bedarfsgerecht abzuschließen. Viele Realschulen plus starteten deshalb mit großen Personallücken. Die rheinland-pfälzische Landesregierung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie diese Fehlentwicklung vorhergesehen und dennoch zugelassen hat. Seit Jahren verweist der VRB auf die personelle Schiefelage: Getan hat sich bisher zu wenig.

Aufbau Ahrtal

Und auch im Ahrtal zeichnet sich keine „Normalität“ ab. Der Wiederaufbau kommt nur schleppend voran.

Das tangiert auch den schulischen Bereich: Unterricht muss weiterhin in Provisorien stattfinden.

Anlässlich eines Besuches von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig resümierte Timo Lichtenthäler, VRB-Landesvorsitzender und Schulleiter der Boeselager Realschule plus Ahrweiler: „Die Prognosen deuten auf eine lange Zeitspanne des Wiederaufbaus hin. Es wird von allen Beteiligten Geduld, Rücksicht und Akzeptanz erforderlich sein.“ Es wird Jahre dauern, bis die beschädigten oder zerstörten Gebäude wieder ertüchtigt oder aufgebaut sind: Planungsrecht, Ausschreibungsrecht, unterbrochene Lieferketten, Energiekrise und Fachkräftemangel bei den Behörden wie bei den Betrieben verlangsamen den Wiederaufbau. Das ist für alle Beteiligte vor Ort eine enorme Belastung.

Gut ist, dass der Wiederaufbau der Schulen im Ahrtal eng vom Bildungsministerium begleitet wird. Zu hoffen ist, dass sich dies auch in einer Beschleunigung des Aufbaus niederschlägt.

Fazit

Der diesjährige Schuljahresbeginn war holprig. Unsere Schulen sind weit davon entfernt, krisenfest ausgestattet zu sein. Das gilt besonders für die Personalversorgung. Steuert Mainz dieser Mangellage nicht endlich entschieden entgegen, werden die kommenden Schuljahre noch turbulenter werden.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Fachtagung

Im Mittelpunkt stehen „Schule der Zukunft“ und „Lehrergesundheit“

VRB-Landesvorstand tagt mit den Bezirksvorständen



In einer Fachtagung Mitte Oktober vertiefte der Landesvorstand die Beratungsergebnisse des Landeshauptvorstandes, der Ende der Sommerferien in Daun getagt hatte, und setzte erste Beschlüsse um. Zu Impulsvorträgen mit anschließenden Diskussionsrunden waren eingeladen: Staatssekretärin Bettina Brück zum Thema „Schule der Zukunft“ und Prof. Stephan Letzel vom Institut für Lehrergesundheit (IfL) zum Thema „Belastungen und gesundheitserhaltende Maßnahmen für Lehrkräfte“.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (vorne Mitte) begrüßte unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern insbesondere den Sprecher der Schulleitervereinigung, Manfred Schabowski (vorne links), und den VRB-Ehrenvorsitzenden Bernd Karst (hintere Reihe links). Für letzteren hatte er eine persönliche Überraschung vorbereitet, die er im Laufe des Vormittags präsentierte (Siehe Seite 15).

Der Vortrag zum Thema Lehrergesundheit findet sich in der Rubrik „Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer“ als eigenständiger Beitrag (Seite. 42)

Schule der Zukunft: VRB-Vorstand im Diskurs mit Staatssekretärin Bettina Brück

Bettina Brück, Staatssekretärin im Bildungsministerium, stellte bei der VRB-Oktober-Klausur die Initiative „Schule der Zukunft“ als besonderes Anliegen von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig vor:

Anspruch an Lehren und Lernen neu ausrichten

An der „Kick-off-Veranstaltung“, die im September in Gau-Odernheim stattfand, nahmen 45 Schulen teil, darunter zehn Realschulen plus und neun Integrierte Gesamtschulen. Die Ministerpräsidentin hat dabei hervorgehoben, dass alle an der Schule Beteiligten diesen Prozess mitgestalten sollten. Ziel sei es, die gesellschaftlichen Herausforderungen und volatilen Situationen an den Schulen

durch eine Neuausrichtung des Anspruchs an Lehren und Lernen zu begleiten und zu stützen. So sollten Schülerinnen und Schüler gestärkt durch soziale und fachliche Kompetenzen ihre eigene Zukunft, aber auch die der Gesellschaft, gestalten und leben können.

Denkprozesse ergebnisoffen anstoßen

Die zunächst 45 Schulen seien Wegbereiter. In der Initialisierungsphase sollen ergebnisoffen Denkprozesse angestoßen werden. Es gelte, Netzwerke zu knüpfen und Good-Practice-Modelle vorzustellen, die in modifizierter Form an anderen Schulen ausprobiert und genutzt werden können. Klar sei dabei jedoch auch, dass nicht jede Schule mit jedem Modell arbeiten könne, vielmehr sollen die vorhandenen Stärken jeder Schulgemeinschaft sichtbar gemacht und durch ein kreatives und vernetztes Denken individuell intensiviert werden, um Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen in der Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten.

Prozessunterstützung durch multiprofessionelle Teams

Staatssekretärin Brück benannte auch konkrete Ideen und Lösungsansätze seitens der Schulen: Fach- oder jahrgangübergreifendes Lernen, Flexibilität bei den Unterrichtszeiten, alternative Leistungsfeststellung und die Fortschreibung der Digitalisierung. Bei der Weiterentwicklung dieser und anderer Prozesse sollen die Schulen durch multiprofessionelle Teams aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch Vertreterinnen und Vertretern von Bildungsministerium, ADD und Pädagogischem Landesinstitut Hilfestellungen erhalten. Zudem sollen „Town Hall Meetings“ zu Themen wie Schulbaurichtlinien, Digitali-

sierung oder Inklusion auch Marktplatz sein zum Austauschen, Diskutieren und Vernetzen.

In der sich anschließenden Diskussion mit der Staatssekretärin griffen die Anwesenden Impulse auf und brachten ihrerseits erste Hinweise und Forderungen ein. Hier ein paar Beispiele:

VRB wird Ideen einbringen und das Projekt kritisch begleiten

Landesvorsitzender **Timo Lichtenthäler** unterstrich das Interesse des Verbandes an der Entwicklung des Projekts „Schule der Zukunft“ und signalisierte, dass der Verband zu diesem Prozess Ideen einbringen, ihn aber gleichzeitig kritisch begleiten werde. Es gehe auch darum, Lösungen für Probleme der Gegenwart nicht aus dem Blick zu verlieren.

Schulträger mitnehmen!

VRB-Landesgeschäftsführer **Wilfried Rausch** betonte, dass die Zukunftsinitiative auch das Umfeld der jeweiligen Schule berücksichtigen müsse. Konkret: Eine Schule, deren Schülerinnen und Schüler mehrheitlich bei ihrem Schulweg auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen seien, könne eine Flexibilisierung der Unterrichtszeiten nur schwer umsetzen. Ähnliches gelte für die Gestaltung der Schulgebäude, die in der Trägerschaft von Kommunen oder Landkreisen liegen. Frau Brück sagte hierbei die Unterstützung seitens des Ministeriums bei der Überzeugungsarbeit gegenüber dem jeweiligen Schulträger zu.

Jochen Leonhardt, Mitglied des Bezirksvorstands Neustadt, ergänzte, dass der Schulträger generell frühzeitig in den Schulentwicklungsprozess mit einzubeziehen sei. Auch diesen Hinweis nahm die Staatssekretärin auf.



Staatssekretärin
Bettina Brück

Hoben die VRB-Forderungen zum Projekt „Schule der Zukunft“ hervor: Timo Lichtenthäler, Wilfried Rausch, Jochen Leonhardt, Joanna Boehlke und Nico Cordes (großes Foto)



Kollegien nicht überfordern!

Joanna Boehlke, stellvertretende Schulleiterin und stellvertretende Vorsitzende des Bezirks Koblenz, warnte vor der „Ontop-Belastung“, zu der „Schule der Zukunft“ führen könne. Die Schulen seien bereits jetzt überlastet. Der Lehrkräftemangel und die sich abzeichnenden Versorgungsprobleme würden die Belastungen und Anforderungen an die Kollegien noch weiter

verschärfen. Das dürfte der Motivation für einen „Aufbruch zu neuen Ufern“ nicht dienlich sein.

Praxisnahe Ausbildung für Lehrkräfte der Zukunft

Nico Cordes aus dem Bezirksvorstand Koblenz lenkte den Blick auf die Lehrerausbildung. Eine „Schule der Zukunft“ brauche praxisnahe Strukturen schon in der ersten

Ausbildungsphase zukünftiger Lehrkräfte an den Universitäten. Das leitete er u. a. aus seinen Erfahrungen als Lehrbeauftragter für Fachdidaktik im Bereich Geographie am Campus Koblenz ab.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Fotos: Wolfgang Wünschel
und VRB-Archiv



16. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung

New Work: Chance und Risiken für die Gleichstellung der Geschlechter



Milanie Kreutz (Mitte), die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hatte zur Frauenpolitischen Fachtagung 2022 nach Berlin eingeladen. Die Fachtagungen dienen auch dem Austausch zwischen den Mitgliedsgewerkschaften und über die Ländergrenzen hinweg. Nicole Weiß-Urbach (rechts) nahm als stellvertretende Vorsitzende der VDR Bundesfrauenvertretung teil. Links im Bild: Claudia Rüdell, Landesvorsitzende der dbb frauen rlp.

Zu den jährlichen dbb-Fachtagungen sind die Frauenvertretungen der Mitgliedsgewerkschaften des dbb sowie die Frauenvertretungen der einzelnen Bundesländer eingeladen. Die diesjährige Tagung thematisierte die Herausforderungen eines geschlechtergerechten digitalen Wandels im öffentlichen Dienst.

New Work umfasst mehr als die digitale Arbeitswelt, es ist eine Haltung!

Milanie Kreutz, die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung definierte in ihrer Eröffnungsrede den Begriff des „New Work“ als einen strukturellen Wandel vor dem Hintergrund des digitalen Umbruchs seit Beginn der Pandemie. Sie unterstrich die Möglichkeiten einer neuen Haltung gegenüber einer noch vorherrschenden Präsenz- und Führungskultur im Arbeitsalltag, die durch die digitale Arbeitswelt eröffnet werde.

Bei der Veranstaltung referierten u. a. Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok, die Vorsitzende der Sachverständigenkommission für den 3. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, die die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Blick nahm, und Prof. Dr. Matthias Spörrle, Professor für Wirtschaftspsychologie, der unterhaltsam und eloquent über digitale Kommunikation und Chancengerechtigkeit für Frauen sprach.

Auch schulische Fragen aus dem Auditorium, wie die Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Finanzierung des Digitalpakts Schule sowie das Fehlen digitaler Assistenten als Unterstützung der Lehrkräfte wurden aufgegriffen und im Rahmen eines „Fishbowls“ mit den Referentinnen und Referenten diskutiert.

Textbox: Nicole Weiß-Urbach
Foto: Businessfotografie Inga Haar



dbb frauenvertretung rheinland-pfalz

Erfolgreiche Zusammenarbeit durch wertschätzende Kommunikation



Nicole Weiß-Urbach (8.v.li.) nahm als VRB-Gleichstellungsbeauftragte am dbb-Seminar über wertschätzende Kommunikation teil. Es wurde von den Teilnehmerinnen aus verschiedenen dbb Mitgliedsgewerkschaften als informativ und gewinnbringend wahrgenommen. Rechts im Bild: Claudia Rüdell, die Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung.

Tania Schönemann, Seminarleiterin und stellvertretende Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung, begrüßte 15 Teilnehmerinnen aus verschiedenen dbb Mitgliedsverbänden, zum diesjährigen Seminar in Alzey. Die dreitägige Veranstaltung stand unter dem Thema „Erfolgreiche und harmonische Zusammenarbeit in hybriden Teams durch wertschätzende Kommunikation“.

Die Diplompsychologin Anette Rüth referierte kompetent und abwechslungsreich. Als eine der wichtigen Kommunikationskompetenzen erläuterte sie den Teilnehmerinnen die Aspekte einer Feedback-Kultur. Hierbei bildeten auch die eigenen Erfahrungen der Teilnehmerinnen eine wichtige Grundlage für die Bearbeitung des Themas.

Die von Rüth vorgestellten Komponenten der gewaltfreien Kommunikation sowohl in der analogen als auch in der digitalen Arbeitswelt waren Ausgangspunkt für viele Einzelfragen zu Konfliktsituationen, zu denen die Referentin praktikable Lösungsansätze bot. Einen Perspektivwechsel zu vollziehen sei dabei eine hilfreiche

Methode. Die praktische Umsetzung einer wertschätzenden Kommunikation in Konfliktsituationen wurde danach in Kleingruppen geübt.

Weitere Seminarschwerpunkte bildeten Konfliktmanagement und Teambuilding sowie Gesundheitsmanagement. Im Rahmen des Seminars ergaben sich darüber hinaus auch viele Gelegenheiten zu einem gewerkschaftsübergreifenden Austausch, der von allen Kolleginnen sehr geschätzt wurde.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► VDRJugend-Seminar in Königswinter

Berufsbedingungen im Ländervergleich unter der Lupe



Gast beim Seminar der VDRJugend war der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm (vorne rechts). Aus RLP waren dabei: Maren Sassenroth, VRB Junge Lehrkräfte RLP (hintere Reihe links), Nico Cordes, Schriftführer der VDRJugend (vorne links) und Saskia Tittgen, die Vorsitzende der VDRJugend (vorne – 2. v. rechts).

Einmal jährlich treffen sich Vertreterinnen und Vertreter junger Lehrkräfte aus allen Landesverbänden des VDR zu einem Seminar der VDRJugend. Aus Rheinland-Pfalz nahmen Nico Cordes, Maren Sassenroth und Saskia Tittgen daran teil, um über bildungspolitische Themen zu sprechen und gemeinsam Forderungen abzuleiten.

Nach einer gemeinsamen Vorstellungsrunde legte die Vorsitzende der VDRJugend, Saskia Tittgen, einen Rechenschaftsbericht ab, aus dem unter anderem hervorging, dass die Zusammenarbeit mit der dbbJugend gestärkt wurde. Es folgte eine inhaltliche Diskussion mit den Schwerpunkten „Ausbildung und Berufseinstieg“. An dieser beteiligte sich auch der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm. Die länderspezifischen Unterschiede wurden herausgearbeitet. Dabei ging es unter anderem um die Vergabe von Planstellen und die Bewerbungsverfahren. In diesem Zusammenhang wurden auch die Karrierechancen im Schulsystem gegenübergestellt: Die Voraussetzungen für die Bewerbung auf eine Funktionsstelle sind ungleich.

Diskutiert wurden auch die Unterschiede der Eingruppierung und der Sparmaßnahmen der einzelnen Länder. Insgesamt ist

sich die VDRJugend einig, dass das Lehramt gestärkt und attraktiver gestaltet werden muss! Dazu wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Verbeamtung und gleiche Besoldung!
- Vertretungsreserve – 100 Prozent plus X!
- Beibehaltung und Stärkung des gegliederten Schulwesens!
- Anreize für beruflichen Aufstieg!

Auch die Verbandsarbeit und die Mitgliederwerbung wurde in den Blick genommen. In einem ‚Markt der Möglichkeiten‘ wurden Informations- und Werbematerialien präsentiert. Gerade dieses Vergleichsangebot wurde von den Teilnehmerinnen und

Teilnehmern als besonders gewinnbringend für die Arbeit im eigenen Landesverband angesehen.

Ein weiteres Element der Tagung war ein Workshop, in dem es um Persönlichkeitsentwicklung ging. Je nach individueller Persönlichkeit wurden Strategien im Umgang mit Stärken und Schwächen angedacht.

Die VDRJugend setzt sich eigenverantwortlich für die wirtschaftlichen und sozialen, berufs- und bildungspolitischen Interessen ihrer Mitglieder ein. Dazu wählt sie aus den eigenen Reihen einen Vorstand. Neben Saskia Tittgen (VRB Rheinland-Pfalz), die weiterhin die Vorsitzende ist, wurden Tanja Heger (Bayrischer Realschullehrerverband) und René Michel (Sächsischer Lehrerverband) für die nächsten zwei Jahre zu den stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Nico Cordes (VRB Rheinland-Pfalz) wurde zum Schriftführer berufen.

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Was ist aus meiner 10e geworden?

Bericht eines ehemaligen Klassenleiters*



Klassentreffen 2022 – vierzig Jahre nach dem Realschulabschluss:

„Jedes Klassentreffen ist eine Begegnung, wo wir unsere Freude über das Wiedersehen teilen. Und manchmal ist es auch ein Ort, wo wechselseitiges Mitgefühl seinen Platz findet.“ (Jürgen V.)

Es äußern sich in diesem Beitrag: 1 Roman B., 2 Gerd B., 3 Markus G., 4 Jörg G., 5 Jürgen K., 6 Achim M., 7 Friederike G., 8 Corinna P., 9 Bärbel S., 10 Jürgen V. sowie 11 Monika H. im Interview mit ihrem ehemaligen Klassenleiter Bernd Karst (ganz links im Bild)

*** Vorbemerkung:** Der vorliegende Beitrag erscheint vierzig Jahre nach dem 1982 an der Realschule in Kandel/Pfalz erworbenen Realschulabschluss. Schon einmal, vor 25 Jahren (veröffentlicht 1997!) berichteten die Realschulabsolventinnen und -absolventen über ihre schulischen, beruflichen und auch privaten Anschlussjahre, über den Traumberuf und die dann tatsächlich ausgeübte Berufstätigkeit.

Auf Anfrage übersendet der Autor per E-Mail den Beitrag von 1997 (veröffentlicht in „Realschule in Deutschland“, Ausgabe Nr. 8/1997,

S. 15ff.) als Pdf-Datei. Es handelt sich hierbei um ein Projekt im Rahmen der Berufswahlorientierung, das auch aktuell u. a. im Sozialkundeunterricht durchgeführt werden kann.

Ein thematisch etwas umfangreicherer Bericht („Realschulabschluss – und was danach?“) wurde publiziert in „Schulmanagement“, Zeitschrift für Schulleitung und Schulpraxis, Ausgabe 5/1998, S. 32ff. – Auch dieser kann als Pdf-Datei per E-Mail zugänglich gemacht werden. Die Anfrage richtet sich auf Wunsch an: bernd.karst@vrb-rlp.de

Meine ersten Jahre als Lehrer in Kandel gehören zu meinen schönsten Berufsphasen. Noch heute stehe ich in Kontakt mit meiner ersten Klasse, die ich 1982, also vor vierzig Jahren, zum Abschluss führte. Neben den persönlichen Begegnungen tauschen wir uns über Social Media aus. „Meine“ 10e nutzt sehr aktiv ihre interne WhatsApp-Gruppe, der ich auch angehören darf.

Zuletzt trafen wir uns im Juni 2022 in Rheinzabern bei Kandel in der Pfalz. 18 der 33 Absolventinnen und Absolventen von damals blickten nostalgisch auf die 80er Jahre zurück. Sie riefen Schulisches und Pädagogisches vermisch mit persönlich Erlebtem in Erinnerung und zogen Vergleiche mit dem, was Schule heute leistet oder leisten sollte. Viele der mittlerweile

im Durchschnitt 57-Jährigen haben immer noch einen Bezug zur Schule, meistens mittels eigener Kinder und Enkel. Einige von diesen erleb(t)en wie einst sie selbst die Realschule Kandel als Schülerin bzw. Schüler.

Schule und Berufswelt: Erinnerungen und Wertungen der ehemaligen Schülerinnen und Schüler

In diesem Beitrag berichten zehn der 1982 erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der Realschule Kandel über ihren beruflichen Werdegang. Sie äußern sich kritisch zum Thema Schule und würdigen zugleich deren Bedeutung für ihre eigene persönliche Entwicklung. Darüber hinaus geben sie allgemeine Hinweise und Empfehlungen, direkt oder indirekt in Richtung jüngerer Generation. Mitunter sprechen sie auch aktuelle wirtschafts- und bildungspolitische Problemfelder an, zum Beispiel den Fachkräftemangel und die zunehmende Akademisierung unserer Gesellschaft. Ausführlicher äußert sich Monika Henigin in einem mit ihr gesondert geführten Interview. Sie organisiert von Beginn an die unregelmäßig, aber seit vierzig Jahren kontinuierlich stattfindenden Klassentreffen.

1 „Manche zünden halt etwas später“

Roman B. ist seinem Traumberuf als Schüler gefolgt und hat eine Ausbildung als Chemielaborant absolviert. Er ist heute als Produkti-

onsleiter in einem Pharma-Unternehmen in der Schweiz tätig. In seiner Freizeit treibt er Sport, reist und wandert gerne.

„Die Schule hat nach wie vor die Aufgabe, Bildung zu vermitteln. Allerdings schicken viele Familien aus meinem Freundeskreis in der Schweiz ihre Kinder in Privatschulen, weil das Niveau an öffentlichen Schulen stark gesunken ist.

Ich bin der Meinung, wer lernen will, der hat dazu genug Möglichkeiten. Manche zünden halt etwas später im Leben. Ich empfehle grundsätzlich, nicht stehen zu bleiben. Es gibt zahlreiche Angebote an berufsbegleitender Weiterbildung. In meiner Schulzeit kamen aus meiner Sicht naturwissenschaftliche Inhalte zu kurz, ebenso die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben. Die Mittlere Reife an der Realschule war für mich ein wichtiger Schulabschluss. Dadurch war die Chance, eine Arbeitsstelle zu bekommen, größer. In der Schweiz konnte man damals sogar Berufswege in Richtung Ingenieur einschlagen.“

2 „Schule muss profundes Wissen vermitteln“

Gerd B. hat Versicherungskaufmann gelernt und dann seine berufliche Laufbahn als Versicherungsfachwirt und Diplom-Betriebswirt bis zum Steuerberater fortgesetzt. Heute ist er bei einem Versicherungsunternehmen als Leiter im Bereich Finanz- und Rechnungswesen tätig. Der erfolgreiche Realschulabschluss sei Ausgangspunkt dieses Werdegangs gewesen, sagt er. Fachhochschulreife und Studium schlossen sich daran an.

„Es war eine familiäre Atmosphäre damals in der Realschule und im Nachhinein betrachtet relativ stressfrei aufgrund der nicht überzogenen Anforderungen. In der Fachoberschule musste ich besonders in Mathematik zulegen. Schule muss meines Erachtens vor allem ein profundes Wissen vermitteln und auch zum Querdenken im positiven Sinne animieren. Bei der Entscheidung zwischen Ausbildung oder Abitur empfehle ich den Weg in Richtung Abitur. Damit bleiben alle Perspektiven offen, das heißt, sowohl ein anschließendes Studium als auch eine Ausbildung. Ich bedauere sehr, dass das Handwerk eine so geringe Reputation besitzt.“

Klassenfahrt 1982:
für die damals
Siebzehnjährigen
der 10e eine
unbeschwernte Zeit.



3 „Schule muss stärker zum Berufsleben heranhelfen“

Markus G. hat Vermessungstechnik gelernt und ist seit über 25 Jahren selbständiger Dienstleister. Tätigkeitsfeld seines mittelständigen Unternehmens ist der Vertrieb von elektronischen Bauteilen und damit zusammenhängenden Komponenten wie Leiterplatten, mechanischen Bauteilen und Gehäusen.

„Schule muss die Schüler stärker zum Berufsleben heranhelfen. Ich muss immer mehr darüber den Kopf schütteln, wieviel oft Sinnloses heute vermittelt wird. Ich rate den jungen Leuten, dass sie sich stärker engagieren und nicht nur ein späteres Studium im Blick haben. Es gibt sehr viele Handwerksberufe, die in Zukunft sehr gut bezahlt werden und eine hohe Anerkennung erfahren dürfen.“

4 „Schule wird sich schneller weiterentwickeln müssen“

Jörg G. ist Dipl. Betriebswirt (BA) und arbeitete 30 Jahre in verschiedenen Betrieben, darunter 16 Jahre als Leiter im Bereich Controlling.

„Im Nachhinein bin ich sehr froh, dass ich meinen Dickkopf in der 7. Klasse durchgesetzt hatte und gegen den Rat der beiden Direktoren vom Gymnasium auf die Realschule gewechselt bin. Das, was dort dann unterrichtet wurde, damit konnte ich etwas anfangen. Auch der Wechsel nach der 10. Klasse von der Realschule aufs Wirtschaftsgymnasium war richtig.“

Für mich hat die Realschule die Basis meiner Allgemeinbildung gelegt. Ich habe dort viele Lerninhalte mitgenommen, die ich tatsächlich im Beruf anwenden konnte. Zum Beispiel, und das ist ernst gemeint: Prozentrechnen. Im späteren Berufsleben habe ich häufig festgestellt, dass Auszubildende mit Abitur tatsächlich Probleme haben mit den Grundlagen der Mathematik. Kritisch sehe ich, dass die Digitalisierung immer noch zu zögerlich im Unterricht umgesetzt wird. Vielleicht ist dies auch eine der Ursachen für den Fachkräftemangel in den MINT-Fächern. Schule wird sich auch hier wohl noch schneller weiterentwickeln müssen.

Mein Traumberuf 1982 war Polizist oder Beamter beim Grenzschutz. Aufgrund meines sehr guten Abschlussszeugnisses empfahl man mir, zuerst Abitur zu machen und danach im gehobenen Dienst einzusteigen. Abitur habe ich gemacht. Aber dann war Einstellungsstopp für den gehobenen Dienst. Es folgten Ausbildung und Tätigkeiten als Betriebswirt. Ich habe



Klassentreffen 1997 – fünfzehn Jahre nach dem Realschulabschluss an der Realschule Kandel: Die Schülerinnen und Schüler sind zwischenzeitlich älter als ihr Klassenleiter damals.

aufgrund meiner gesundheitlichen Einschränkungen keine weiteren beruflichen Zielvorstellungen. Leider kann ich mittlerweile nicht mehr wie früher über 10.000 Kilometer im Jahr Fahrrad fahren. Man wird halt nicht jünger. Aber ich werde mich demnächst mit der Organisation „Joblinge“ in Verbindung setzen, um junge Menschen mit schwierigen Startbedingungen ehrenamtlich bei deren Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu unterstützen.“

5 „Die Realschule hat meine Neugier geweckt“

Jürgen K. ist gelernter Betriebsschlosser und heute Hausmeister und selbständiger Kaufmann. Sein Traumberuf 1982 war Pilot. In seiner Freizeit widmet er sich der Musik und dem Sport.

„Die Realschule hat meine Neugier auf wichtige Lebensbereiche geweckt. Aus heutiger Sicht und aus meiner Elternrolle betrachtet, hat die Schule viel zu spät damit begonnen, die neuen Medien im Unterricht einzubeziehen. Auch die Notwendigkeit, den kompetenten Umgang mit Medien frühzeitig zu vermitteln, wurde viel zu spät erkannt. Was ich mir wünsche: Schule sollte viel mehr über das breite Ausbildungsangebot und über attraktive Berufe informieren. Ziel sollte es sein, dass die Schüler die Bereitschaft entwickeln, die ständig neuen Herausforderungen anzunehmen.“



Klassenfoto von 1982

6 „Immer eine zweite berufliche Tür offenhalten!“

Achim M. wollte 1982 Zahntechniker werden. Da es damals nur wenige Ausbildungsangebote gab, hat er seinen ursprünglichen Traumberuf aufgegeben. Er wechselte den Berufswunsch, wurde KFZ-Schlosser, hat sich zum Industriemeister weitergebildet und ist heute Schichtleiter in der Automobilbranche. Seine beruflichen Ziele sieht er als erfüllt, was die Wahl seines Hobbys, nämlich in seiner Freizeit Oldtimer zu fahren, bestätigen dürfte.

„Für mich war die Realschule der Ausgangspunkt meiner späteren erfolgreichen Zukunft. Da unsere Schule so nah am Grenzgebiet von Frankreich lag, hätte Französisch Pflichtfach sein müssen. Ich habe es leider nicht gewählt, was ich bedauere, zumal ich seit langem im grenznahen Frankreich wohne. Als Vater von zwei Kindern, 20 und 23, beobachte ich, welchen Wandel Schule im Laufe der Zeit durchlaufen hat. Der Schwerpunkt lag früher bei Mathematik und Deutsch. Jetzt sind weitere Inhalte hinzugekommen, zum Beispiel Umweltschutz, Klimaveränderung, Rassismus. Weitreichende und teilweise unerwartete Veränderungen zwingen einen, immer breitgefächelter aufgestellt zu sein. Ich empfehle der jüngeren Generation daher: Überlegt euch, welche Stärken und Fähigkeiten noch in euch schlummern! Und: Haltet euch immer eine zweite berufliche Tür offen!“

7 „Nach der Schule sich Zeit lassen und vielleicht ein soziales Jahr absolvieren“

Friederike G., geb. P. ist Technische Assistentin in Teilzeitbeschäftigung, Hausfrau und Mutter. Schon in ihrer Jugend engagierte sie sich für die Umwelt.

„Ich hatte das Glück, Lehrer gehabt zu haben, die mein Interesse am Lernen weckten und die mich förderten. Als Biologisch-Technische Assistentin war ich immer in der Grundlagenforschung tätig, meist im medizinischen Bereich. In meinem Beruf ist es mir wichtig, dass ich auch hinter den Forschungsprojekten stehen kann, an denen ich mitarbeite. Nach dem Realschulabschluss wollte ich gerne noch weiterlernen, deshalb habe ich Abitur gemacht. Danach hatte ich dann aber genug vom Lernen und wollte gerne etwas weniger mit dem Kopf, dafür mehr mit den Händen machen. Über Umwege bin ich dann durch Zufall beim Arbeitsamt auf meinen jetzigen Beruf aufmerksam geworden und habe mich für die Ausbildung entschieden. Eigentlich bin ich mit meinem Beruf zufrieden. Aber manchmal würde ich auch gerne etwas anderes machen, zum Beispiel im Bereich Beratung und Verkauf, also mehr mit Menschen arbeiten. Abitur und Studium werden meines Erachtens zu hoch bewertet, auch gesellschaftlich. Unabhängig von der Ausbildung würde ich mir mehr Anerkennung und höhere Wertschätzung für Menschen wünschen, die einen sinnvollen Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Ich empfehle den jungen Leuten, sich nach der Schule oder nach der Ausbildung Zeit zu lassen, etwas auszuprobieren, vielleicht ein soziales Jahr zu absolvieren.“

8 „Lerninhalte zeitnah den aktuellen Anforderungen anpassen“

Corinna P. wäre gerne OP-Krankenschwester geworden, schwenkte aber aufgrund einer Allergie gegen Desinfektionsmittel im OP-Bereich beruflich zur medizinischen Fachangestellten um, später berufsbegleitend in einem dreijährigen Studium mit Abendschule und Samstagunterricht zur Betriebswirtin VWA (Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie).

„Das gesamte Umfeld der Schule hat meiner persönlichen Weiterentwicklung geholfen und mich selbstsicherer gemacht. Wenn ich Schule von früher mit heute vergleiche, dann sollte sie die Schüler mehr in Richtung Berufsausbildung motivieren. Immer mehr Eltern erwarten von ihren Kindern Abitur und Studium. Die Bereitschaft zu einer handwerklichen Ausbildung nimmt immer mehr ab.“

Weiter wichtig erscheint mir, dass die Lerninhalte zeitnah den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Sicherlich haben es die Lehrer heute besonders schwer, auf die zunehmend unterschiedliche Zusammensetzung ihrer Klasse einzugehen.

Nebenbei bemerkt: Ich habe noch immer engen Kontakt mit vielen aus unserer damaligen 10e. Ich freue mich deshalb jetzt schon auf unser nächstes Klassentreffen.“

9 „In der Schule konnte ich mich an meine Stärken herantasten“

Bärbel S. begann nach der Realschule zunächst eine Ausbildung zur Bürokauffrau und wechselte nach dreijähriger Berufstätigkeit in ein Studium zur Diplom-Sozialarbeiterin, das sie erfolgreich abschloss. Sie arbeitet aktuell als Teamleitung in einem beruflichen Bildungs- und Rehasentrum.

„Die Realschule hat dazu beigetragen, dass ich mich sukzessive an meine Stärken herantasten konnte. Schule hat grundsätzlich die Aufgabe, junge Menschen bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen und der Vermittlung von Stressbewältigungsstrategien zu unterstützen. Überhaupt finde ich, dass Hilfestellungen bei der Persönlichkeitsentwicklung ganz wichtig sind. Ich habe den Mut gehabt, einen bereits eingeschlagenen Weg, mit dem ich nicht glücklich geworden wäre, abzubrechen, und mich beruflich nochmals neu zu orientieren. Das war keine leichte Entscheidung. Ich habe den Eindruck, dass die jüngere Generation ihren Fokus häufig auf weniger ‚work‘ und mehr ‚life‘ richtet und daraus folgend auch eine geringere Bereitschaft entwickelt, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Vielleicht liegt dies auch an den unzumutbaren Rahmenbedingungen in einigen Branchen. Ich denke hierbei an die Bereiche Pflege oder Erziehung. Möglicherweise besteht hier auch ein Zusammenhang zwischen Geringschätzung von Ausbildungsberufen und inflationärer Akademisierung.“

10 „Solides Grundwissen ist wichtiger denn je“

Jürgen V. wollte schon immer irgendetwas mit Elektronik machen. So war seine Berufsentscheidung 1982 nicht überraschend. Er absolvierte eine Ausbildung zum Energieanlagenelektroniker und wurde später staatlich geprüfter Techniker in der Fachrichtung Elektrotechnik. Seit dem Jahr 2000 ist er bei einem Unternehmen beschäftigt, das als weltweiter Marktführer von Nockenschaltern und Spezialist für Industrieschalter aller Arten gilt.

„In der Realschule hatte ich die Wahlpflichtfächer Mathematik-Naturwissenschaften und - das gab es damals noch - Maschinenschreiben mit dem Erlernen des Zehnfingersystems. Meine Schule hat mich in gewissem Maße auf die nachfolgende Ausbildungszeit vorbereitet, auch wenn ich dies damals anders sah. Ich denke, Schule dient schon als ein gewisser Grundpfeiler, auf den man aufbauen kann, wenn man möchte. Ein solides Grundwissen ist heute wichtiger denn je. Schule sollte kein übertriebener Schonraum sein. Die Schüler müssen wissen, dass ihnen auch während einer Ausbildung nichts geschenkt wird und dass der Arbeitstag in der Regel acht Stunden dauert. Jeder muss für sich entscheiden, ob er nach dem Schulabschluss eine Berufsausbildung oder ein Studium bevorzugt.

Ich finde eine Ausbildung, in der man einen echten handwerklichen Beruf erlernt, immer von Vorteil. So kann man dann auch bei einer späteren Weiterbildung zum Meister die Praxis besser verstehen.

Noch eine Anmerkung zum Thema Schule: Ich empfinde den Klassenzusammenhalt, den wir seit über vierzig Jahren pflegen, als ein großes Geschenk. Jedes Klassentreffen ist eine Begegnung, wo wir unsere Freude über das Wiedersehen teilen. Und manchmal ist es auch ein Ort, wo wechselseitiges Mitgefühl seinen Platz findet.“

Anmerkungen des ehemaligen Klassenleiters

Die Realschule hat mit ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit einen erfolgreichen Beitrag sowohl zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung als auch zum Erfolg beruflicher Karrieren geleistet, so der Tenor der hier zusammengefassten Äußerungen der Absolventinnen und Absolventen von 1982. Auch die Meinungen zur Frage, welche Aufgaben Schule allgemein habe, stimmen weitgehend überein. Sie müsse gezielt zum Berufsleben heranführen, über die Angebotsvielfalt der Ausbildungsberufe informieren, die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften aufwerten, die Lehrpläne entschlacken, praxisorientierten Unterricht anbieten, Medienkompetenz vermitteln und außerdem sicherstellen, dass den Herausforderungen der

Welt von heute – Digitalisierung, Umweltschutz, Klimawandel, Demokratieerziehung – unterrichtlich Rechnung getragen wird. Vielfach wird argumentiert, dass Abitur und Studium im Vergleich zur dualen Ausbildung gesellschaftlich überbewertet würden, das Handwerk demgegenüber eine viel zu geringe Reputation besitze. Die Ehemaligen empfehlen auch vor diesem Hintergrund, attraktive nichtgymnasiale Bildungsgänge verstärkt in den Blick zu nehmen. Schule müsse auf das Leben vorbereiten, sich dabei aber an den Realitäten orientieren, so in mehreren Statements zu lesen. Die Erkenntnis, dass Wissen auch Anwendung braucht, macht sich zunehmend breit. Reale Bildung ist in unserer komplexer werdenden Welt unverzichtbar.

Die 10 e von 1982: Vierzig Jahre Zusammenhalt. Ein Gespräch mit Monika



Monika 1982:
Klassenfahrt nach Berlin

11

„Entscheidend ist nicht nur der materielle Erfolg“

Monika, Du organisierst die Klassentreffen und trägst somit seit vierzig Jahren entscheidend zum Zusammenhalt der Ehemaligen bei.

Wir waren 33, 14 Schülerinnen und 19 Schüler in der Abschlussklasse 10e der Realschule Kandel. Einige kamen erst nach der 7. Klasse zu uns, sie wechselten vom Gymnasium an unsere Realschule. Wir sind als Klassengemeinschaft zusammengewachsen. Dass wir uns auch nach vierzig Jahren immer noch treffen, bestätigt unsere freundschaftliche Verbundenheit.

Du warst Klassenbeste mit fast ausschließlich Einsen im Abschlusszeugnis. Die Lehrer erwarteten, dass Du in die Oberstufe eines Gymnasiums wechselst. Du hast aber eine Ausbildung vorgezogen.

Die Lehrer wollten immer wegen meinen guten Noten, dass ich in Richtung Abitur weiter machen sollte. Das wollte ich jedoch überhaupt nicht, und ich bereue meine Entscheidung bis heute nicht. Auch ein späteres Studium wäre für mich keine Option gewesen. Unsere 29 und 26 Jahre alten Töchter haben beide studiert, darauf bin ich natürlich stolz, aber ich habe sie nicht dazu gedrängt. Die jüngste wollte schon mit 15 Psychologin werden. Das hat sie jetzt auch erreicht. Meine älteste hat Lehramt für Deutsch und Englisch studiert und ihren Masterabschluss gemacht.

Ursprünglich wolltest Du das Schreinerhandwerk erlernen. Zumindest in der damaligen Zeit ein für junge Frauen ungewöhnlicher Berufswunsch.

Ich hätte gerne eine Ausbildung als Schreiner oder Tischler begonnen. Ich finde es heute noch faszinierend zu wissen, wie man zum Beispiel Möbel bauen kann, und Holz ist einfach ein toller Rohstoff. Der Berufsberater meinte damals, das wäre nichts für mich, zumal ich als Mädchen nicht kräftig genug sei. Schließlich müssten da auch Fenster rumgetragen werden.

Was sollte Schule leisten?

Ich weiß nicht, wie die Schule von heute ist, meine Kinder sind schon lange weg aus der Schule. Wichtig ist auf alle Fälle, dass Schule praxisorientiert, lebensnah und nicht verkopft ist.

Du hast eine Ausbildung zunächst als Zahnarzthelferin und später als Kinderkrankenschwester erfolgreich absolviert. Gearbeitet hast Du aber – und dies bis heute – in einer Apotheke.

Anfangs arbeitete ich in einem Förderkindergarten mit behinderten und entwicklungsverzögerten Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Dann nach

dem Erziehungsurlaub in einer Apotheke. Dort dreht sich alles um die Homöopathie: Bestellannahme, Herstellung, Rechnungen schreiben, Versenden von Bestellungen, telefonische Beratung – das sind meine Aufgaben. Und all das mache ich sehr gerne.

Wie bewältigt man den Alltag mit Freude?

Mein Lebensmotto lautet: Nicht stressen lassen. Die Arbeit sollte Spaß machen. Wer sich jeden Tag zur Arbeit hinquälen muss, sollte etwas verändern. Wichtig ist auch, dass das Team stimmt. Nette Kollegen und Kolleginnen kann man sich zwar leider nicht immer aussuchen, aber man sollte auch selbst dazu beitragen, dass die Atmosphäre stimmt. Ich habe auch in dieser Hinsicht bislang viel Glück gehabt.

Heutzutage entscheiden sich immer weniger junge Leute für eine berufliche Ausbildung. Sie ziehen ein Studium vor mit der Folge, dass in vielen Bereichen ein enormer Fachkräftemangel besteht.

Handwerksberufe werden zu schlecht bezahlt und vielleicht auch zu wenig wertgeschätzt. Das Abitur wird überbewertet. Auch mit einer oder mehreren Ausbildungen kann man im Beruf erfolgreich sein. Entscheidend ist aber nicht nur der materi-



Monika 1995:
Sie ist Mutter geworden:
Lisa. Bald kommt noch
eine weitere Tochter
(Anne) dazu.



Monika 2022 mit ihren
Töchtern Lisa (re.) und Anne (li.).

elle Erfolg. Zufriedenheit und Freude an der Arbeit, das sollten gleichermaßen wichtige Zielvorgaben sein. Dann fällt es auch leichter, sich Neuem zu öffnen und sich weiterzubilden.

Und schließlich gibt es ja noch den privaten Lebensbereich.

Der Beruf ist mit Blick auf die Gesamtheit ein wesentlicher Teilbereich des Lebens, aber er ist für mich nicht der beherrschende Lebensinhalt. Das Alter bringt Gelassenheit und Lebenserfahrung mit sich. Mein Lebensglück gewinne ich aus der Familie. Sie bedeutet für mich das größte Geschenk.

Gespräch mit dem ehemaligen Klassenleiter Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



BERLIN - PROGRAMM 10E		
Mittwoch 19.05.82	19.30 Uhr 20.08 Uhr	Treffpunkt Hauptbahnhof Karlsruhe, Gleis 10 Abfahrt - D 359, Wagen Nr. 764, Plätze 21-76
Donnerstag	6.22 Uhr anschl.	Ankunft - Berlin Zoologischer Garten Gemeinsames Frühstück Zoobesuch Fahrt zum Jugendgästehaus der DGJ Franz-Künstler-Straße 4-10 D-1000 Berlin 61 Tel. (030) 251 8037 Mittagessen - erste Besprechung (Austeilen der U-Bahnkarten etc.) abends "U-Bahn-Festfahrt" - Stadtbummel
Freitag 21.05.82	9.00 Uhr 13.00 Uhr 14.00 Uhr abends	Stadtrundfahrt mit dem Bus (Dauer ca. 3 1/2 Std.) Mittagessen Vortrag über Westberlin (U-Bahn) Vereinbarung in Berlin
Samstag 22.05.82	morgens nachmittags abends	Flohmarkt am großen Stern (Bus) Gelegenheit zum Besuch des - Fußballspiels Hertha gegen Hannover 96 oder - Post- und Fernmeldemuseums oder - Verkehrsmuseums Hansa-Theater "Mirakel im Müll"
Sonntag 23.05.82	morgens nachmittags abends	Vereinbarung in Berlin Tag der offenen Tür bei der Polizei mit Volksfest Klassenparty im Keller des JGH
Montag 24.05.82	9.00 Uhr nachmittags abends	Ägypt. Museum/ Funkturm/ Rundfunkmuseum Ausstellung Check Point Charlie Zur freien Verfügung
Dienstag 25.05.82	10.00 Uhr nachmittags abends	Führung durch das Reichstagsgebäude mit anschließendem Imbiß --- Besichtigung der Ausstellung "Fragen an die deutsche Geschichte" Wanderung im Grunewald und evtl. Bootsfahrt Besuch des Planetariums und der Sternwarte
Mittwoch 26.05.82	ganztägig abends	Besuch in Ostberlin Gelegenheit zur Teilnahme an der "Mondschein-party" auf einem Dampfer der "Wannseeflotte"
Donnerstag	13.06 Uhr 21.58 Uhr	Abfahrt ab Zoologischer Garten mit D 354 Ankunft in Karlsruhe Hauptbahnhof, Gleis 2

1982 – ein Blick auf die Bildungspolitik in RLP

„Wir bleiben dabei: NEIN zur EWH-Ausbildung!“ titelten die „Realschulblätter“ – so hieß unsere Verbandszeitschrift damals – auf ihrer Titelseite der Ausgabe 1/1982. Unser Verband widersprach energisch der beabsichtigten Verlagerung der Realschullehrerausbildung von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz an die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Koblenz-Landau. Der Widerstand des VDR gegen die Entscheidung der Landesregierung mit Dr. Georg Gölter als Kultusminister spiegelt sich in der gesamten Zeitschrift wider. Die generelle Kritik wird auch im Titelblatt der Ausgabe 2/1982 deutlich („Realschullehrer in Sorge um künftige Ausbildung!“). Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel verteidigt in einem Schreiben an den VDR-Landesvorsitzenden Heinz-Dieter Heers die Entscheidung. – Staatssekretär Dr. Christoph Stollenwerk kündigt die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung im Schuldienst an, was künftig zusätzliches Einstellungspotential schaffe. In der

Ausgabe 3/1982 moniert der VDR die Werbekampagnen konkurrierender Schularten. Der Chefredakteur unserer Zeitschrift, Rolf Monnerjahn, fragt in seinem Leitartikel: „Werbung für Schularten – Hat der Ausverkauf der Abschlüsse begonnen?“ – Zur Verlagerung der Realschullehrerausbildung äußert sich diesmal Staatssekretär Prof. Dr. Konrad Mohr und erklärt „abschließend“: „Roma locuta, causa finita!“ – Der Streit um die Höhe der Reisekosten entzündet sich an den Klassenfahrten. Ausgabe 4/1982 titelt: „Ein neuer Kurs – Diktat leerer Kassen oder Durchbruch der Vernunft?“ Kultusminister Dr. Gölter kontert im Gespräch auf die Mängelanzeige des VDR, „dass sich allein aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen Möglichkeiten zur Verbesserung der allgemeinen pädagogischen Situation in der Schule ergeben werden.“ – Die FDP-Landtagsfraktion fordert „Mehr Rechte für die Eltern“ und bringt einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes ein.



Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

Einsatz digitaler Werkzeuge in der Elternarbeit

Rechtsrahmen für Elternkommunikation, Elternversammlungen
und Konferenzteilnahmen – Grundsätzliche Regelungen
zum Einsatz digitaler Werkzeuge

Eine repräsentative Befragung des Branchenverbands Bitkom von etwa 1.000 Eltern – mit mindestens einem Kind zwischen sechs und 18 Jahren im eigenen Haushalt – zur Digitalisierung in der Schule ergab im Frühjahr 2021 bezüglich der Elternarbeit, dass 71 Prozent der Eltern am liebsten per E-Mail mit Lehrkräften in Kontakt treten. Neuere digitale Kommunikationsmittel wie eine schulinterne Online-Plattform (38 Prozent), Messenger (29 Prozent), Soziale Netzwerke (17 Prozent) und Videotelefonie (9 Prozent) wurden ebenfalls genannt und dürften daher in den nächsten Jahren in der Elternarbeit stärker zum Einsatz kommen.

Wir haben diese Ergebnisse aus dem Jahr 2021 zum Anlass genommen, unserer Justiziarin Antonia Dufeu einen Fragenkatalog zum Einsatz digitaler Werkzeuge in der Elternarbeit vorzulegen. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

Elternkommunikation

§ Kann eine Lehrkraft für die Kommunikation mit Eltern auf digitale Werkzeuge wie E-Mail oder Videokonferenz zurückgreifen?

Zunächst muss unterschieden werden, auf welchem Weg die Lehrkraft mit den Eltern kommunizieren möchte: Greift sie auf die E-Mail-Adressen der Eltern zurück, muss sie beachten, dass E-Mails dem Sicherheitsniveau einer Postkarte gleichen. Allgemeine Hinweise, Einladungen zu Schulveranstaltungen etc. sind dann zwar möglich, doch persönliche Daten in Bezug auf einzelne Schülerinnen und Schüler sollten per E-Mail nicht ohne Einwilligung versendet werden. Ein Einwilligungs-Muster könnte wie folgt formuliert werden:

„Mit der Verwendung meiner privaten E-Mail-Adresse für die schulische Korrespondenz bin ich einverstanden. Meine Einwilligung

ist freiwillig. Wenn ich meine private E-Mail nicht zur Verfügung stelle, entstehen weder mir noch meinem Kind Nachteile. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. In diesem Fall werden mir von Seiten der Schule alternative Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. postalischer Versand) zur Verfügung gestellt.“

Man kann die Einwilligungserklärungen bereits am Anfang des Schuljahres einholen. Dabei sollte immer darauf hingewiesen werden, dass es andere Möglichkeiten der Kommunikation wie beispielsweise die Elternmappe oder eine Sprechstunde gibt.

Ferner ist zu beachten, dass beim Versand an einen Verteiler stets das „BC“-Feld und nicht das „CC“-Feld zu verwenden ist, da ansonsten die E-Mail-Adressen der Eltern innerhalb des gesamten Empfängerkreises bekannt gegeben werden.

Soll die Kommunikation über eine Videokonferenz oder eine Lernplattform geschehen, kann die einzelne Lehrkraft dies nicht allein bestimmen. Allerdings könnte sich eine Schule für die Kommunikation über eine Videoplattform entscheiden. Hierfür müsste im Rahmen einer Gesamtkonferenz und unter Anhörung der Schüler- und Elternvertretung (§ 33 Abs. 2 Nr. 2 und § 40 Nr. 2 SchulG) ein Beschluss gefasst werden. Einer gesonderten Einwilligungserklärung der Eltern bedarf es dann nicht mehr. Zu beachten ist dabei, dass Schülerinnen, Schüler und Eltern eine datenschutzrechtliche Information hierüber erhalten müssen.

Einzelheiten über die Einführung schulischer Software ist zu finden unter: <https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/themen/unterrichtsorganisation-und-klassenverwaltung/digitales-klassenbuch-und-andere-schulische-softwareprodukte/>



§ Können Eltern eine digitale Kommunikation einfordern?

Nein, nur wenn dies von der Schule wie oben beschrieben in einer Gesamtkonferenz beschlossen wurde. E-Mail-Kommunikation kann ebenfalls nicht eingefordert werden.

§ Können Lehrkräfte den Eltern eine digitale Kommunikation vorgeben?

Einzelne Lehrkräfte können dies nicht. Beschließt die Schule eine digitale Kommunikation, kann diese auch eingefordert werden. Beispielsweise kann dann entschieden werden, dass Elternbriefe oder Abwesenheiten nur noch über diesen Weg kommuniziert werden.

§ Kann ein Elternsprechtag digital organisiert werden?

Ja, wenn die digitale Kommunikationsplattform von der Schule wie oben beschrieben als Lehr- und Lernplattform eingeführt wurde, kann hierüber auch ein Elternsprechtag organisiert werden.

§ Was ist von allen Beteiligten zu beachten, wenn per Videokonferenz mit Eltern kommuniziert wird?

Zunächst sollte die Schule eine Videokonferenzplattform auswählen, die den geltenden rechtlichen Anforderungen entspricht.

Wenn bereits eine Plattform in der Schule eingeführt wurde, so kann diese ebenfalls für die Elternabende verwendet werden. Allen Beteiligten sollten die Verhaltensregeln innerhalb der Plattform klar sein. Zum Beispiel sollte die unberechtigte Weitergabe der Zugangsdaten an Dritte genauso verboten sein wie die Anwesenheit unbefugter Personen.

Bei amerikanischen Plattformen ist Vorsicht geboten, da eine datenschutzrechtliche Anwendung nur unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen möglich ist.

Einzelheiten zur Anwendung amerikanischer Plattformen finden Sie unter dem Link: <https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/themen/unterrichtsorganisation-und-klassenverwaltung/digitales-klassenbuch-und-andere-schulische-softwareprodukte/>. Die Einstellung des Bildungsministeriums hierzu finden Sie außerdem im elektronischen Schreiben (EPoS) vom 10.06.2022 an alle Schulleitungen.



Elternversammlungen

§ Können Elternversammlungen digital durchgeführt werden? Bedarf es hierzu eines Beschlusses der Gesamtkonferenz, des Schulelternbeirats oder der Klassenelternversammlung?

Elternversammlungen können auch digital durchgeführt werden. Organisiert werden sie in der Regel vom Schulelternbeirat. Eines gesonderten Beschlusses bedarf es hierfür nicht.

Die Elternvertretung ist datenschutzrechtlich gesehen Teil der Schule. Das bedeutet, die digitale Plattform, die für eine Versammlung verwendet werden soll, muss in rechtlicher Hinsicht den Anforderungen einer Schulveranstaltung genügen.

§ Können auch Wahlen in den Elternvertretungen digital durchgeführt werden?

Wahlen in den Elternvertretungen können nicht digital durchgeführt werden. Eine Wahlversammlung, insbesondere die Stimmabgabe kann nur in Anwesenheit der Wahlberechtigten durchgeführt werden. Allerdings können sich die Kandidatinnen und Kandidaten vor dem Wahltermin online vorstellen.

Siehe auch https://eltern.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/eltern.bildung-rp.de/Kurzinfo/FAQ_Wahlen_zu_Elternorgani_an_Schulen.pdf



Teilnahme an Konferenzen

§ Was müssen Schulen bezüglich der Teilnahmeberechtigung beachten, wenn sie Webkonferenzen abhalten wollen?

Teilnahmeberechtigt sollten nur Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern sein und es sollte eine rechtskonform verwendbare Anwendung ausgesucht werden.

Details zu der Prüfung einer solchen Anwendung finden sich unter <https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/aktuelles/einzelan->

zeige/news/ds-gvo-und-apps-eine-anleitung-zur-datenschutzsicheren-anwendung-von-digitalen-tools-und-apps/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=42e8b75e2642206247927b328ad4fe9c.



Daneben müssen entsprechende technische Maßnahmen für Sicherheit sorgen. Es sollten also prinzipiell Schutz- und Filterprogramme verwendet und entsprechende Firewalls genutzt und aktuell gehalten werden. Außerdem sollte jeder Teilnehmer einen individuellen Zugang mit einem Benutzernamen und einem Passwort erhalten und jedem sollte klar sein, dass Zugangsdaten nicht an Dritte weitergegeben noch Unberechtigte bei einer Konferenz anwesend sein dürfen.

Daher ist die Verabschiedung einer Nutzungsordnung wichtig, die von allen Teilnehmenden zur Kenntnis genommen werden sollte.

Ein Muster hierfür finden sich unter <https://schule-medienrecht.bildung-rp.de/fuer-die-praxis/muster-nutzungsordnung-ikt/>.



Hinsichtlich des Datenschutzes ist zu beachten, dass nur solche personenbezogenen Daten erhoben werden dürfen, die für die Durchführung der Webkonferenz absolut erforderlich sind. Es sollte keine Aufzeichnungen erlaubt sein und auch nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, den Chatverlauf abzuspeichern.

Eine Information an die Betroffenen über die Datenerhebung ist ebenfalls notwendig. Das bedeutet, die Teilnehmenden müssen u.a. darüber informiert werden, zu welchem Zweck die Daten erhoben werden, was mit den Daten geschieht, wer Zugriff hierauf hat und an wen sie unter Umständen weitergeleitet werden.

Diese Informationen kann man sehr gut in der Nutzungsordnung verankern.

§ Kann der Schulelternbeirat die Durchführung ablehnen?

Nein, nach § 1 Abs. 6 des Schulgesetzes (SchulG) können Schulen zur Erfüllung ihres Auftrags digitale Medien nutzen. Eine in der Gesamtkonferenz beschlossene Webkonferenz wird dann regulärer Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit und kann von den Eltern nicht abgelehnt werden.

§ Kann der Schulelternbeirat die Durchführung einer Webkonferenz oder einer hybriden Konferenz einfordern, um die Teilnahme aller Elternvertreter zu ermöglichen?

Das Einfordern einer Webkonferenz oder hybriden Konferenz stelle ich mir schwierig vor. Der Schulelternbeirat wird in Form der Anhörung, der Mitbestimmung und des sogenannten Benehmens (= sich miteinander verständigen) einbezogen, § 40 Abs. 4–7 SchulG. So kann meines Erachtens eine solche Durchführung nicht einseitig durch den Schulelternbeirat bestimmt werden. Hierfür muss immer eine Verständigung mit allen Beteiligten angestrebt werden.

Grundsätzliche Regelungen zum Einsatz digitaler Werkzeuge

§ Gibt es für den Einsatz digitaler Werkzeuge in der Schule grundsätzliche Vorgaben?

Zunächst sollte das digitale Werkzeug auf seine pädagogische Eignung hin geprüft und die bzw. der schulische Datenschutzbeauftragte vor dem Einsatz eingebunden werden. Unter Umständen sollte der Personalrat ebenfalls beteiligt werden. Handelt es sich um eine Anwendung, die eine Verhaltens- und Leistungskontrolle der Lehrkräfte möglich macht (werden z.B. Login-Daten der Lehrkräfte protokolliert), muss bei der Entscheidung der Personalrat mitwirken können. Geht es um eine Anwendung, die Auswirkung auf das Dienstverhältnis hat, muss er unter Umständen angehört werden oder kann sogar mitbestimmen. Einzelheiten hierzu finden sich in den §§ 67 ff Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG).

§ Wie kann konkret eine Rechtssicherheit im Einsatz erreicht werden?

Die rechtliche Eignung des Werkzeuges kann anhand folgender Checkliste geprüft werden:

Checkliste zur App-/Webtool Prüfung

1. Wird die Anwendung lediglich auf schulischen Endgeräten oder auch auf privaten Endgeräten verwendet?
2. Welche Zugriffsrechte gibt es?
3. Ist eine Registrierung notwendig und eine anonyme Nutzung möglich?
4. Kann die Anwendung auch offline genutzt werden?
5. Ist die Datenschutzerklärung auf Deutsch, gut verständlich und bezieht sie sich auf die hier geltende DSGVO?
6. Gibt es eine Einschätzung hinsichtlich des Jugendschutzes?
7. Gibt es Meldemöglichkeiten bei Rechtsverletzungen?
8. Gibt es Werbung/Pop-ups/Lootboxen bzw. In-App-Käufe?
9. Gibt es Verlinkung zu Social Media?
10. Gibt es kostenpflichtige Zusatzfunktionen?
11. Welche Daten erhebt der Online-Shop (App-Store, Google-Play oder Online-Store)?
12. Benötigt man nur die Information für Eltern oder eine Einverständniserklärung?

Kommt man zu dem Schluss, die Nutzung eines digitalen Werkzeugs lässt sich rechtskonform anwenden, kann sie in der Gesamtkonferenz zur Beschlussvorlage werden. Beschließt dieses Gremium in der Schule die Einführung, sollte eine Beschreibung erstellt und die Nutzung in das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten der Schule aufgenommen werden. Die Eltern bzw. Schülerinnen und Schüler sollten hierüber informiert werden.

Gibt es keinen Beschluss und möchte eine einzelne Lehrkraft die Anwendung dennoch für ihren Unterricht verwenden, benötigt sie eine Einwilligung der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler.

Sollten nicht alle Beteiligten einverstanden sein, muss entschieden werden, ob die Schülerinnen und Schüler, deren Erklärung vorliegt, beispielsweise eine App nutzen können, während den anderen Schülerinnen und Schülern weitere (analoge) Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden. Unter Umständen ist es besser, eine App nicht zu nutzen, sofern nicht alle zustimmen. Auf jeden Fall ist sicher zu stellen, dass niemandem aus der Verweigerung der Einverständniserklärung ein Nachteil entsteht.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Zur Person

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ wie auch Mitarbeiterin der Plattform „Schule.Medien.Recht“. Hier hat sie vor allem Rechtsfragen thematisiert und entsprechende Mustertexte und Checklisten für die schulische Anwendung veröffentlicht (<https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/ueber-smrl>).

Beide Quellen bieten Informationen, Hilfen wie auch Unterstützung für alle Rechtsfragen rund um Schule und Medien.

Mitgewirkt hat sie ebenfalls an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

Schülerbeförderung:

Keine Erstattung von Taxikosten

Landkreise und kreisfreie Städte sind nicht verpflichtet, die Kosten eines für den Schulweg genutzten Taxis zu erstatten. Dies hat die 9. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier entschieden.

Geklagt hatte ein durch seine Eltern vertretenes Kind aus dem Landkreis Trier-Saarburg, das über eine Schülerfahrkarte zwischen seinem Wohnort und dem Ort der Grundschule verfügt. Allerdings ist die nächstgelegene Bushaltestelle im Wohnort der Klägerin mehr als 1 km von der Wohnanschrift entfernt. Seit 2021 gibt es für diese Strecke keine Schulbusverbindung mehr. An einem Tag im März 2021 wurde das Kind von seiner Wohnanschrift mit dem Taxi zur Grundschule transportiert. Die Kosten in Höhe von 70,00 € wurden beim Landkreis geltend gemacht, der die Übernahme indes ablehnte und stattdessen 2,20 € als fiktiv entstandene Kosten für öffentliche Verkehrsmittel zwischen der Wohnanschrift und der nächstgelegenen Bushaltestelle ersetzte.

Zu Recht, so die Richter der 9. Kammer, die die Klage des Kindes abgewiesen haben. Die Aufgabe der Schülerbeförderung werde in Rheinland-Pfalz vorrangig durch die Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel erfüllt. Soweit zumutbare öffentliche Verkehrsverbindungen nicht bestünden und auch keine Schulbusse eingesetzt würden, müssten Kosten für andere Beförderungsmittel nur bis zur Höhe übernommen werden, wie sie für öffentliche Verkehrsmittel entstünden. Der Anspruch der Klägerin sei von daher zu Recht



Foto: AdobeStock

auf die fiktiven Fahrtkosten eines Linienbusses zwischen der Wohnanschrift und der nächstgelegenen Bushaltestelle beschränkt worden.

Zwar befreie das gesetzlich vorgesehene Kostentragungssystem die Eltern in tatsächlicher sowie finanzieller Hinsicht weitgehend, aber nicht gänzlich von der ihnen im Rahmen der gesetzlichen Unterhaltungspflicht obliegenden Aufgabe, für einen Transport zur und von der Schule zu sorgen und die damit verbundenen Kosten als Teil des allgemeinen Lebensaufwands zu tragen. Den Betroffenen werde zugemutet, die aus der persönlichen Lebensgestaltung resultierenden Nachteile – etwa im Hinblick auf eine abgelegene Wohnlage – selbst zu tragen.

Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten innerhalb eines Monats die Berufung an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

Hr / Quelle: Urteil des VerwG Trier vom 4. Juli 2022 – 9 K 463/22. TR –

Forderung nach Abschaffung der beihilferechtlichen Kostendämpfungspauschale

Die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz befürwortet eine Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion im Landtag, mit der die ersatzlose Streichung der beihilferechtlichen Kostendämpfungspauschale aus dem Landesbeamtengesetz verfolgt wird.

Für den dbb ist der zwingende Selbstbehalt bei den Aufwendungen im Krankheitsfall nicht mehr zeitgemäß. Durch eine Streichung der Pauschale könnte das Land ein bürokratisches Monster hinter sich lassen und die Beihilfenverwaltung vereinfachen. Wesentliche Begründung der CDU-Fraktion für den Gesetzentwurf ist, dass das ursprünglich mit der Einführung der Kostendämpfungspauschale verfolgte haushaltspolitische Ziel, nämlich die Unterstützung der Landeshaushaltskonsolidierung, inzwischen wegen der positiven Haushaltsentwicklung obsolet sei. Auf diese Weise könne das Land einfach und schnell positive Zeichen für den öffentlichen Dienst setzen und sich einreihen in die Bundesländer, die zeitgemäß keine Kostendämpfungspauschale im Beihilfenrecht festgeschrieben haben.

Vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages Rheinland-Pfalz fand am 6. September 2022 eine mündliche Expertenanhörung zum Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion statt. Der stellv. dbb-Vorsitzende Robert Tophofen hat für den dbb hier Stellung bezogen. Er wies vor allem

nachdrücklich auf die negativen Folgen bei der Personalgewinnung hin. Betroffene zögen bei der Entscheidung für oder gegen das Land oder eine Kommune in Rheinland-Pfalz als Dienstherr heraus monetäre Erwägungen heran. Die Kostendämpfungspauschale wirke sich negativ auf Motivation, Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst aus.

Die Aussprache über die Anhörung wird im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages voraussichtlich am Mittwoch 16. November 2022 erfolgen. Ra

Die **Kostendämpfungspauschale** ist ein zum 1. März 2003 eingeführter jährlicher Betrag, für den Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bei Krankheitskosten selbst ohne Absicherungsmöglichkeit aufkommen müssen, weil er von der Beihilfezahlung abgezogen wird.

Die Höhe der Kostendämpfungspauschale liegt in Rheinland-Pfalz gestaffelt zwischen 100 und 750 Euro pro Kalenderjahr, abhängig von der Besoldungsgruppe des jeweiligen Beihilfeberechtigten.

Dr. Kirsten Hillert neue Landeselternsprecherin

Anfang September wählte der 19. Landeselternbeirat Dr. Kirsten Hillert zur neuen Landeselternsprecherin für die nächste dreijährige Amtszeit. Dr. Hillert ist seit 2021 Schulelternsprecherin an der Grundschule in Horhausen.



Die Wahlveranstaltung fand im Pädagogischen Landesinstitut in Speyer statt. Zur ersten stellvertretenden Landeselternsprecherin wählte das Gremium erneut Susanne Döhler. Zum zweiten Stellvertreter wurde Reiner Schladweiler gewählt.

Der Landeselternbeirat vertritt die Interessen der Eltern in schulischen Fragen gegenüber Schulen, Schulverwaltung und Öffentlichkeit. Er wird im November seine Schwerpunkte für die kommende Amtszeit festzulegen.

Der VRB-Landesvorstand gratuliert den Gewählten und regt einen baldigen Austausch an.

NWU / Quelle: Pressemitteilung des LEB vom 19. September 2022

VRB gratuliert neuem VBE-Landesvorsitzenden



Ende September wählte die Delegiertenversammlung des VBE Rheinland-Pfalz in Mainz einen neuen Landesvorstand mit Lars Lamowski (links) als neuem Vorsitzenden. Michael Eich gratulierte für den Verband Reale Bildung und wünschte alles Gute im neuen Amt.

Unter dem Motto „Höchste Zeit für Schule!“ forderten die Delegierten die Landespolitik auf, in den Schulen die notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche pädagogische Arbeit zu schaffen.

Online-Portale für Lehramtsinteressenten

Der Deutsche Bildungsserver hat im Juli 2022 ein Informationsportal für alle, die sich für den Lehrerberuf interessieren, gestartet. Unter <https://lehrerwerden.bildungsserver.de/> können die Interessenten ihre präferierten Schulformen und gewünschten Bundesländer eingeben und werden dann direkt zu den entsprechenden Informationen weitergeleitet. Eine interaktive Karte informiert zudem über den Einstellungsbedarf ab 2022 für Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulart in den einzelnen Bundesländern. Darüber hinaus gibt es Antworten auf die wichtigsten Fragen und Berichte von Lehrkräften, die über ihren Einstieg in den Beruf berichten.



Bürgerbüro feiert 20. Geburtstag



Seit nunmehr zwanzig Jahren gibt es mit dem Bürgerbüro eine direkte Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren konkreten Anliegen an die Landesregierung wenden.

„Als Vermittler zwischen Bürgern und Bürgerinnen und der Landesregierung fällt dem Bürgerbüro eine wichtige Aufgabe zu, es nimmt aber auch auf, wo die Menschen ganz konkret ‚der Schuh drückt‘ und ist damit ein wichtiger Seismograph“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer anlässlich des runden Geburtstags.

Das Bürgerbüro erfüllte von Anfang an den verfassungsmäßigen Anspruch nach Artikel 11 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung: ‚Jedermann hat das Recht, sich mit Eingaben an die Behörden oder an die Volksvertretung zu wenden.‘ Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

erarbeiten Lösungen, bieten qualifizierte Hilfe an oder helfen bei harten Schicksalsschlägen ganz konkret.

Um den wachsenden Aufgaben noch besser gerecht zu werden, wurde das Bürgerbüro im Mai 2021 in eine Stabsstelle innerhalb der Staatskanzlei umgewandelt und personell aufgestockt. Das Bürgerbüro der Landesregierung ist per E-Mail über buergerbuero@stk.rlp.de oder über das Kontaktformular auf der Seite www.rlp.de zu erreichen.

Wü / Quelle: Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 24. Mai 2022 (Auszug)

Verwaltungsgericht Trier:

Bewerber mit Rückentattoo darf kein Polizist werden

Das Land Rheinland-Pfalz darf einen Bewerber für den Polizeidienst ablehnen, der über den gesamten oberen Rückenbereich eine Tätowierung mit den Worten „Loyalty, Honor, Respect, Family“ trägt.

Der Antragsteller hatte sich um Einstellung in den gehobenen Polizeidienst des Landes Rheinland-Pfalz beworben. Seine Einstellung wurde jedoch wegen Zweifeln an seiner charakterlichen Eignung abgelehnt. Die Tätowierung mit den Begriffen im Zusammenhang mit der gewählten Schriftart „Old English“ vermittele den Gesamteindruck eines „Ehrenkodex“, der über den Bedeutungsgehalt der einzelnen tätowierten Begriffe hinausreiche und inhaltlich mit den Werten einer „modernen Bürgerpolizei“ nicht in Einklang gebracht werden könne.

Gegen seine Ablehnung hat der Bewerber einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Trier gestellt und die Einstellung in

den Polizeidienst begehrt. Zur Begründung machte er im Wesentlichen geltend, es sei willkürlich, aufgrund einer – nicht sichtbaren – Tätowierung auf seine Nichteignung zu schließen. Diesem Antrag hat das Gericht nicht entsprochen. Der Antragsteller habe keinen Anspruch auf Einstellung in den gehobenen Polizeidienst. Nach den maßgeblichen Vorschriften seien Einstellungen in ein öffentliches Amt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorzunehmen, wobei dem Dienstherrn ein Beurteilungsspielraum zustehe, der nur einer begrenzten gerichtlichen Kontrolle unterliege. Die erforderliche charakterliche Eignung des Antragstellers habe das Land zutreffend verneint, denn dieses habe seine

Zweifel an der charakterlichen Nichteignung des Antragstellers plausibel, willkürfrei und ohne sachwidrige Erwägungen dargelegt. Die in der Tätowierung enthaltenen Begriffe und insbesondere die Voranstellung der Begriffe „Loyalität“ und „Ehre“ an erster und zweiter Stelle müssen bei einem unbefangenen Betrachter den Verdacht nahelegen, dass diese Werte für den Antragsteller eine besondere Bedeutung haben und hieraus der Schluss gezogen werden könne, dass dieser ein archaisches und überkommenes Wertesystem vertrete. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Bewerber aufgrund seines Wertesystems der „Loyalität“ und „Ehre“ eine höhere Bedeutung als den Freiheitsrechten der Bürger zumesse, zumal dieser nicht hinreichend dargelegt habe, auf welchen Bezugspunkt sich diese Attribute beziehen.

Gegen die Entscheidung steht dem Beteiligten Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zu.

Hr / Quelle: VG Trier, Beschluss vom 27. September 2022 – 7 L 2837/22.TR –

DIE PFLEGE

Herausforderung für Politik und Gesellschaft.

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – ein Balanceakt
Teil II unseres Beitrags zur „kleinen“ Pflegereform



Die kleine Pflegereform 2021, die in diesem Jahr vollständig umgesetzt wurde, haben wir in einem ersten Teil unserer Beitragsreihe zur Pflege in den ersten beiden Ausgaben dargestellt. Dabei sind wir nur kurz auf die besonderen Herausforderungen in der häuslichen Pflege eingegangen. Im zweiten Teil unserer Beitragsreihe wollen wir diesen Themenbereich jetzt ausführlicher behandeln.

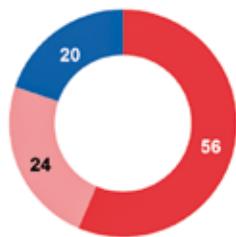
Hauptlast der Pflege liegt im häuslichen Bereich

Laut Pflegestatistiken der letzten Jahre bildet im Vergleich zu den anderen Pflegeformen die Pflege im häuslichen Bereich mit 56 Prozent die stärkste Gruppe. Dieses Ergebnis überrascht nicht.

Sicherlich spielt eine Rolle, dass nahe Angehörige sich zu meist bei den eigenen Eltern sittlich verpflichtet fühlen, Pflegedienste zu übernehmen. Hinzukommt der starke Wunsch älterer Menschen, möglichst lange im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung zu leben. Dies belegen die Ergebnisse einer von der Deutschen Stiftung Patientenschutz im August 2022 veranlassten repräsentativen Befragung zur „grundsätzlichen Haltung zur Pflege im Pflegeheim“ eindrucksvoll. 88 Prozent der Befragten gaben an, nur dann in ein Pflegeheim zu gehen, wenn eine häusliche Pflege nicht mehr möglich ist.

Starker Leidensdruck für pflegende Angehörige kann entstehen, wenn die häusliche Pflege die Pflegebedürfnisse nur mit großen Schwierigkeiten erfüllen kann und der Wechsel in ein Pflegeheim eine Alternative wäre. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz hat im September 2022 eine weitere repräsentative Bevölkerungsumfrage zum Meinungsbild eines begleiteten Suizids durchgeführt, wenn eine Pflege zuhause nicht mehr möglich ist. 54 Prozent der Befragten gaben an, in ein Pflegeheim gehen zu wollen. Aber dreißig Prozent der Befragten gaben an, als Alternative zum Pflegeheim eine begleitende Suizidbeihilfe in Betracht zu ziehen.

Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2019
in %, insgesamt 4,1 Millionen



■ Pflegebedürftige zu Hause versorgt (überwiegend durch Angehörige)
■ Pflegebedürftige zu Hause versorgt (ambulante Pflege- / Betreuungsdienste)
■ Pflegebedürftige vollstationär in Heimen

Rundungsbedingte Abweichung möglich.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Umfangreicher Unterstützungskatalog für häusliche Pflege

Für die häusliche Pflege besteht ein Unterstützungssystem. Der Leistungskatalog hat einen beachtlichen Umfang. Er ist darauf ausgelegt, dass Pflegebedürftige Empfänger der Leis-

tungen sind und entscheiden können, wie die Leistungen eingesetzt werden sollen. So kann beispielsweise aus dem Entlastungsbetrag bei niedrigen Pflegegraden Angehörigen und auch Nachbarn und Bekannten eine kleine finanzielle Anerkennung für zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen gegeben werden. Der Entlastungsbetrag ist allerdings nicht besonders hoch. Er beträgt für alle Pflegegrade 125 €. Weitere Leistungen können ab dem 2. Pflegegrad in Form von Pflegegeld für Verwandte und andere ehrenamtliche Helfer (z. B. Nachbarn und Freunde) oder auch in Form von Pflegesachleistungen, um Dienste von ambulanten Pflegediensten bzw. ambulante Betreuungsdienste nutzen zu können, in Anspruch genommen werden.

Neben der Bewältigung des Alltags in häuslicher Umgebung sollen diese Pflegeleistungen Verwandte spürbar entlasten.

Pflegeleistungen für häusliche Pflege im Überblick

- Pflegegeld
- Pflegesachleistungen
- Kombinationsleistungen
- Entlastungsbetrag (Betreuungs- und Entlastungsleistungen)
- Verhinderungspflege
- Kurzzeitpflege
- Tages- und Nachtpflege
- Zuschüsse zur Wohnungsanpassung
- Pflegehilfsmittel
- Hausnotruf
- Hilfsmittel auf Rezept
- Pflegekurse für Angehörige

Die Pflegeleistungen werden von der Pflegeversicherung getragen (siehe Tabelle Seite 40).

Bis zum Erhalt von Pflegeleistungen müssen allerdings Hürden genommen werden, die teilweise auch abschreckend wirken können. Da sind viele auf Hilfen und Beratung angewiesen.

Trotz der Pflegeleistungen für häusliche Pflege fühlen sich viele Angehörige gezwungen, sich zeitmäßig stärker in die Pflege einbinden zu lassen, und zwar zu Lasten ihres ausgeübten Berufs.

Herausforderung: Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Der Gesetzgeber hat durch das Pflegezeitgesetz und das Familienpflegezeitgesetz die Möglichkeiten zu schaffen versucht, Arbeitnehmern die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu erleichtern.

Wesentliche Elemente sind eine Freistellung ohne Entgeltfortzahlung oder die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung,

Geldleistungen und Sachleistungen im Überblick					
Pflegeleistung	Pflegegrad 1	Pflegegrad 2	Pflegegrad 3	Pflegegrad 4	Pflegegrad 5
Pflegegeld (monatlich)	–	316 €	545 €	728 €	901 €
Pflegesachleistungen (monatlich), erhöhter Betrag seit 1.1.2022	–	724 €	1.363 €	1.693 €	2.095 €
Entlastungsbetrag (monatlich)	125 €	125 €	125 €	125 €	125 €
Tages- und Nachtpflege (monatlich)	–	689 €	1.298 €	1.612 €	1.995 €
Kurzzeitpflege (jährlich), erhöhter Betrag seit 1.1.2022	–	1.774 €	1.774 €	1.774 €	1.774 €
Verhinderungspflege (jährlich)	–	1.612 €	1.612 €	1.612 €	1.612 €
Zum Verbrauch best. Pflegehilfsmittel (monatlich)	bis zu 40 €	bis zu 40 €	bis zu 40 €	bis zu 40 €	bis zu 40 €
Hausnotruf (monatlich)	25,50 €	25,50 €	25,50 €	25,50 €	25,50 €

Die Pflegeleistungen werden von der Pflegeversicherung getragen

die Auszahlung eines Pflegegeldes als Lohnersatzleistung, ein zinsloses Darlehen zur finanziellen Abfederung bei Freistellung und ein Sonderkündigungsschutz.

Allerdings sind hierbei Einschränkungen gemacht worden. Die Regelungen können nur nahe Verwandte in Anspruch nehmen. Die Pflegezeit wird begrenzt auf maximal 6 Monate (Pflegezeitgesetz) bzw. auf 24 Monate (Familienpflegezeitgesetz). Eine Freistellung ist nur bei Betriebsgrößen über 15 Beschäftigte (Pflegezeitgesetz) bzw. über 25 Beschäftigte (Familienpflegezeitgesetz) möglich. Bei Anwendung des Familienpflegezeitgesetzes darf eine durchschnittliche Mindestarbeitszeit von wöchentlich 15 Stunden nicht unterschritten werden.

Nahe Angehörige sind:

- Großeltern
- Eltern
- Schwiegereltern
- Stiefeltern
- Ehegatten
- Partner in eheähnlicher Gemeinschaft
- Lebenspartner
- Partner einer lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft
- Geschwister
- Kinder
- Adoptiv- oder Pflegekinder
- die Kinder, Adoptiv- oder Pflegekinder des Ehegatten oder Lebenspartners
- Schwiegerkinder
- Enkelkinder
- Schwägerinnen und Schwager

Vergleichbare Regelungen für Beamte

Für Beamte gelten die Regelungen nach den oben aufgeführten Gesetzen nicht. Die Gesetzgeber haben über Beamten-Gesetze und Verordnungen für ihre Beamten Regelungen erlassen, die sich an den oben aufgeführten Gesetzen orientieren. So kann der Landesbeamte in Rheinland-Pfalz nach § 76a LBG ausdrücklich „Teilzeit und Beurlaubung als Pflegezeiten mit Vorschuss“ beantragen. Eine Teilzeit auch mit weniger als der Hälfte der Arbeitszeit für längs-

tens sechs Monate oder Urlaub ohne Pflegezeit kann auf Antrag gewährt werden. Für längstens 24 Monate kann auf Antrag eine Teilzeitbeschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden als Familienpflegezeit ermöglicht werden. Darüber hinaus stehen den Landesbeamten weitere Möglichkeiten offen, die die zeitlichen Spielräume erheblich ausweiten können. So kann für die Pflege Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen (§ 75 Abs. 4, § 76 LBG) insgesamt höchstens 15 Jahre bei Urlaub oder Teilzeit mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit oder ohne zeitliche Einschränkung bei Teilzeit mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit möglich sein.

Diese Regelungen gelten auch hier nur für nahe Angehörige. Dienstliche Interessen können ebenfalls ein Ausschlusskriterium sein.

Kritik am Rechtsrahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Der Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hat Stand 1. Juli 2022 (Zweite Berichtsperiode) einen Teilbericht herausgegeben, in dem er Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld ausspricht.

In der Einführung weist der Beirat gestützt auf Evaluationen und Befragungen darauf hin, dass die Zahl der Pflegebedürftigen weiter ansteigen werde, sodass die Bedeutung der pflegenden Angehörigen zunähme. Der Großteil der pflegenden Angehörigen sei im Erwerbsalter. Die Freistellungs- und Finanzierungsmöglichkeiten würden allerdings einer guten Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nicht ausreichend gerecht werden. Die derzeitigen Freistellungs-möglichkeiten und das zinslose Darlehen würden kaum genutzt werden.

Kritik übt der Beirat an den oben angeführten Freistellungsmöglichkeiten. Die Pflege sei nicht immer nach zwei Jahren abgeschlossen. Die Betriebsgrößen wie auch der geforderte Angehörigenstatus seien weitere Hürden. Wesentliche Hindernisgründe seien fehlende finanzielle Ressourcen sowie private und berufliche Unsicherheiten. Eine Reduzierung der Arbeitszeit oder eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit sei oft notwendig, um den zeitlichen Anforderungen für die Pflege gerecht werden zu können.

Empfehlungen des Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Am 26. August 2022 hat der Beirat einen Teilbericht mit Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld an Bundesfamilienministerin Lisa Paus übergeben. Er enthält eine Reihe von konkreten Vorschlägen. Im Folgenden beschränken wir uns auf zentrale Empfehlungen:

Der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besteht aus 21 Mitgliedern und befasst sich ehrenamtlich mit Fragen der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und ihrer gesetzlichen Umsetzung.

Einen Sitz im Beirat hat Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion.

Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten

Familien leben oftmals nicht mehr an einem Ort. Neue und enge Bindungen zu anderen nicht verwandten Menschen vor Ort entwickeln sich, die bei der häuslichen Pflege hilfreich sein könnten.

Familienpflegegeld

Für jede pflegebedürftige Person soll einmalig für 36 Monate eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung (Familienpflegegeld) gezahlt werden.

Das Familienpflegegeld soll von den pflegenden Angehörigen hintereinander oder gleichzeitig beansprucht werden. Es soll einkommensabhängig sein. Die Höhe der Berechnung soll den Regelungen des Elterngeldes entsprechen. Die Beträge sind zu dynamisieren.

Das Einkommen der Pflegebedürftigen soll irrelevant sein.

Pflegegeld soll erst ab Pflegegrad 2 gezahlt werden können.

Die Beantragung soll unkompliziert und schnell digital und analog möglich sein.

Pflegezeit

Pflegende sollen für jede pflegebedürftige Person einen Anspruch auf maximal 36 Monaten Familienpflegezeit haben.

Mehrere Pflegende sollen sich den Anspruch untereinander aufteilen können. Es soll keine maximale Anzahl der Anspruchsberechtigten pro pflegebedürftiger Person geben.

Von der Gesamtdauer sollen maximal sechs Monate als vollständige Freistellung oder teilweise Freistellung gewährt werden.

Pflegezeit soll schon ab Pflegegrad 1 möglich sein.

Sozialversicherung

Die rentenrechtliche Absicherung der Pflegenden soll verbessert werden.

Die Rentenbeiträge sollen aus Steuermitteln finanziert werden.

Koalitionsvertrag zügig umsetzen

Die Ampelkoalition hat im Koalitionsvertrag im IV. Kapitel „Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt“ den

Themenbereich Pflege auf acht Seiten (80–88) abgehandelt. Konkret werden auf Seite 81 folgende Absichtserklärungen formuliert:

Wir entwickeln die Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetze weiter und ermöglichen pflegenden Angehörigen und Nahestehenden mehr Zeitsouveränität, auch durch eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten.

Wir dynamisieren das Pflegegeld ab 2022 regelhaft.

Leistungen wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege fassen wir in einem unbürokratischen, transparenten und flexiblen Entlastungsbudget mit Nachweispflicht zusammen, um die häusliche Pflege zu stärken.

Wir gestalten eine rechtssichere Grundlage für die 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich.

Dass nach über einem Jahr der Regierungsverantwortung keine Aktivitäten erkennbar sind, die Pläne umzusetzen, wird immer stärker kritisiert. Bei allem Verständnis für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen, die auch Pflegebedürftige und pflegende Angehörige stark fordern, muss erwartet werden, dass die Ministerialbürokratien und die verantwortlichen Bundesministerinnen und -minister Handlungskonzepte für die Pflege gerade in der jetzigen Krisenzeit entwickeln. Wer im Wahlkampf von Respekt spricht und den Respekt im Koalitionspapier besonders herausstellt, muss aus Respekt vor den Pflegebedürftigen und den Leistungen der pflegenden Angehörigen das Versprochene zügig umsetzen, um eine wirksame und nachhaltige Unterstützung zu bieten. Vorarbeiten sind u. a. vom Beirat geleistet worden.

Wir als Verband werden in unseren Gremien und über unsere Dachverbände die Thematik weiterverfolgen und in den politischen Gesprächen den Themenbereich Pflege nachhaltig erörtern.

„Wer sich kümmert, sollte dafür belohnt werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Wer Angehörige pflegt, erhöht sein Risiko, arm zu werden. Dagegen können nur strukturelle Lösungen helfen. Aus unserer Sicht ist die Einführung einer Lohnersatzleistung für Menschen, die privat pflegen, ein sozialpolitisch zwingender Baustein – vor allem angesichts der kriegs- und krisenbedingten Teuerung der Lebenshaltungskosten“

dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach am 6. Oktober 2022, dem Europäischen Tag der pflegenden Angehörigen

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Besondere Serviceleistung für unsere Mitglieder:
Der dbb gewährt auf Initiative der Seniorenvertretung hin Rechtsschutz in Verfahren wegen Feststellung eines Pflegegrads.

1) <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Tabellen/pflegebeduerftige-pflegestufe.html>

2) <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/empfehlungen-zur-familienpflegezeit-und-zum-familienpflegegeld-200058> (Nur online verfügbar.)

BERUF LEHRERIN – BERUF LEHRER

IN BALANCE?

Belastungen und gesundheitserhaltende Maßnahmen für Lehrkräfte

VRB im Gespräch mit
Prof. Dr. Stephan Letzel

Der Landesvorstand hatte Prof. Dr. Stephan Letzel, Direktor des Instituts für Lehrgesundheit am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin an der Universität Mainz, für einen Impulsvortrag gewinnen können. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Prof. Letzel die Aufgaben des Instituts, die Verantwortlichkeit für den Gesundheitsschutz, die mögliche Belastungen an den Schulen, die Gefährdungsbeurteilung als zentrales Element und die schulische Unterstützung seines Instituts dar.



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler verweist in der Diskussionsrunde mit Prof. Letzel auf den Einsatz des Verbandes, die vielfältigen schulischen Belastungen der Lehrkräfte zu reduzieren.

Umfangreicher Aufgabenkatalog des Instituts für Lehrergesundheit (IfL)

Das 2011 gegründete Institut für Lehrergesundheit dient der Beratung des Landes und der staatlichen Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz beim Arbeitsschutz und der Unfallverhütung sowie bei allen Fragen des Gesundheitsschutzes an Schulen und Studienseminaren. Es unterstützt die Schulen bei der Gefährdungsbeurteilung und arbeitsmedizinischen Prévention. Arbeitsmedizinische Untersuchungen und Vorsorge gehören ebenso wie die Erarbeitung von Fortbildungsangeboten sowie Forschung zur Lehrergesundheit zu den Aufgaben des Instituts. Das Institut erstellt einen jährlichen Gesundheitsbericht über Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz. Zu einem Nischenbereich des Instituts gehört seit November 2018 auch die Beratung und Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung schwangerer Schülerinnen.

Verantwortlichkeit an Schulen für den Gesundheitsschutz

Die Verantwortung für den Gesundheitsschutz an Schulen liege vorrangig bei den Schulleitungen.

Anschaulich verdeutlicht Prof. Dr. Stephan Letzel die Kooperation auf allen Ebenen innerhalb der Schulgemeinschaft wie auch außerhalb der Schule. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Schulträger und der Schulleitung sei genauso unabdingbar wie das Zusammenarbeiten von Kommune, Kreis und Land mit dem Ministerium für Bildung.

Für Prof. Letzel sei bereits in der Ausbildung der Schulleitung mehr Augenmerk auf das Erlernen gesundheitsfördernder Führung zu legen. Ebenso sollte auch in der Ausbildung von Lehrkräfte der Gesundheitsschutz einen größeren Raum einnehmen.

Belastungen werden individuell unterschiedlich wahrgenommen

Die Belastungen im schulischen wie auch im außerschulischen Bereich sind individuell unterschiedlich zu bewerten. Was für den einen eine große Belastung darstellt, ist für den anderen vielleicht überhaupt nicht belastend.

Ebenso können die Belastungen an den Schulen unterschiedlich wahrgenommen werden. Alter, Lage und Zustand eines Schulgebäudes, die Schulerklientel, aber auch die Zusammensetzung eines Kollegiums können sich stark unterscheiden.

In den Schulen können unterschiedliche Belastungsarten auftreten. Das können physische Belastungen wie Lärm oder Klima, chemische Gerüche, Schadstoffe oder biologische Belastungen wie Krankheitserreger und Allergien sein. Ebenso können psychische Faktoren wie Überforderung und ständige Unterrichtsstörungen belastend sein. Aber auch soziale Belastungen wie Konflikte im Kollegium oder mit der Schulleitung oder Konflikte zwischen Schule und Privatleben können sich negativ auf die Gesundheit auswirken (siehe Abb. 1, Seite 44).

Gefährdungsbeurteilung als zentrales Element im betrieblichen Arbeitsschutz

Der Gefährdungsbeurteilung kommt eine große Bedeutung zu. Es ist das zentrale Element im betrieblichen Arbeitsschutz.

Alle Schulen sind dazu verpflichtet, eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen und dies fortlaufend zu dokumentieren. Es gibt keine Vorgaben zur Art und Weise der Dokumentation. Die Pflicht zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung wurde vom Ministerium für Bildung den Schulleitungen übertragen.

Hilfe bei der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung durch das IfL

Neben anlassbezogenen Begehungen des Schulgebäudes und Beratung zur Behebung von Mängeln unterstützt das IfL die Schulen bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen mit einer Online-Plattform.

Das Kernelement ist das internetbasierte „Cockpit Gefährdungsbeurteilung“, mit dem die Gefährdungsbeurteilung mit vergleichsweise wenig Zeitaufwand erstellt werden kann. Neben der Analyse und Bewertung erhalten die Schulen dort auf der Grundlage Ihrer Angaben passende Maßnahmenvorschläge.

Der Datenschutz und die Anonymität der Beteiligten sind im gesamten Prozess gewährleistet. Prof. Dr. Stephan Letzel bedauert, dass nur wenige Schulen das Angebot des Instituts wahrgenommen haben, an der Entwicklung der Online-Plattform mitzuarbeiten.

Je nach Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung kann ein zielgerichtetes Fortbildungsangebot für die Schule geschaffen werden. Hier steht das IfL mit verschiedensten Angeboten zu Themenbereichen wie Ergonomie, Check Up-Untersuchungen, Gesundheitstagen oder Online-Training zur Verfügung (siehe Abb. 2, Seite 44).



Prof. Letzel beschrieb das breite Aufgabenspektrum des Instituts für Lehrgesundheit. Die Erarbeitung von Fortbildungsangeboten sowie Forschung zur Lehrgesundheit gehören ebenfalls dazu. Das Institut erstellt auch einen jährlichen Gesundheitsbericht über Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz.

Unser Fazit

Belastbare Ergebnisse von allgemeinen Belastungen an den Realschulen plus und an den Integrierten Gesamtschulen gibt es nach Darstellung von Prof. Dr. Stephan Letzel nicht. Er warnt davor, alle Realschulen plus oder Integrierte Gesamtschulen in einen Topf zu werfen. Die Ergebnisse müssten auf Grund der unterschiedlichen Gegebenheiten immer individuell für jede Schule einzeln interpretiert werden.

Die Vorstandsmitglieder sind auf Grund von Rückmeldungen aus den Schulen überzeugt, dass allgemeine Belastungen für einen Großteil der Schulen bestehen. Daher ermuntert der Verband die Schulen, Gefährdungsbeurteilungen regelmäßig durchzuführen.

Aus den Ergebnissen könnten unter Umständen doch eine stärkere allgemeine Belastung von Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen aufgedeckt werden. Er appelliert daher an alle Schulen, die ohnehin verpflichtende Aufgabe besonders gewissenhaft durchzuführen.

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

Fotos: Wolfgang Wünschel



Arten von Belastungen in Schule

- physikalisch (u.a.):**
 - Lärm
 - Klima
- chemisch (u.a.):**
 - Gerüche
 - Schadstoffe
- biologisch (u.a.):**
 - Krankheitserreger
 - Allergene
- psychisch (u.a.):**
 - Überforderung (quantitativ, qualitativ)
 - ständige Unterbrechungen
- sozial (u.a.):**
 - Konflikte (Kollegen, Schulleitung)
 - Kollision der Arbeitsbedingungen mit Familienerfordernissen

Abb. 1: Welchen Belastungen Lehrkräfte an Schulen ausgesetzt sind

Gefährdungsbeurteilung

Unterstützung bei der Gefährdungsbeurteilung durch das IFL (u.a.):

- Arbeitsinhalt:**
 - Verpflichtungen (1)
 - Handlungsspektrum (2)
 - Verbindlichkeit (3)
 - Arbeitsmaterial (4)
 - Spezialwissen (4-6)
 - Qualifikation (4-6)
 - Interdisziplinäre Teamarbeit (1-20)
- Soziale Aspekte:**
 - Kollegen (4)
 - Vorgesetzte (6)
 - Weniger soziale Aspekte (4-6)
- Arbeitsumgebung:**
 - Physische Faktoren (4)
 - Psychische Faktoren (1)
 - Arbeitsplatzorganisation (1)
 - Arbeitszeit (2)
- Arbeitsorganisation:**
 - Arbeitszeit (2)
 - Arbeitsaufbau / -organisation (7)
 - Kommunikation / Kooperation (1)
 - Work-Privacy-Konflikt (6)
- Dilemmas:**
 - Beanspruchungsfragen
 - Wohlbefinden (1)
 - Arbeitsbelastung (1)
 - Stressbelastung (1)
 - Psychische Belastung (1)
 - Belastung (1)
 - Arbeitszufriedenheit (1)
 - Prävention (1)
 - Arbeitsbezogene Ressourcen (4)
 - Neu-Werte (1)
 - Werk-Engagement (1)
 - Überforderung (1)
 - Arbeitszufriedenheit (1)
 - Arbeitsmotivation (1)
 - Expertenwissen (1-4)
 - Sozialkompetenz (4)
- Arbeitssicherheit:**
 - Raumbeurteilung (1-3)
 - Organisation Sicherheit & Gesundheit (1)
 - Unfälle / Verletzungen (4)
 - Schulischer Zustand (1)
- Allgemeines:**
 - Sondermaßnahmen (7)
 - Tätigkeit (1)
 - Mutuelle (1)

Cockpit IFL • Anzahl Fragen: 122 – 183 / Dauer: ca. 25 Min.

Abb. 2: Nach welchen Merkmalen das IFL eine Gesundheitsgefährdung beurteilt

Quelle: Vortrag Prof. Letzel

Vertrauensverlust

Weil Vieles fragwürdig ist, wird alles bezweifelt

Der Chefredakteur der RHEINPFALZ, Michael Garthe, berichtet in seinem sehr persönlich gestalteten Newsletter vom 29. September 2022 über seine Schulzeit:

„Ich hatte – zumindest in meinem eigenen Empfinden – gute und schlechte Lehrerinnen und Lehrer. War der Lehrer gut, strengte ich mich mehr an und verbesserte meine Noten. War der Lehrer schlecht, quälte ich mich durch die Schulstunden. Die Noten wurden schlechter. Natürlich habe ich einem für mich guten Lehrer mehr vertraut als einem für mich schlechten. Aber ein grundsätzliches Misstrauen in Lehrerinnen und Lehrer habe ich nie gehegt. Umso mehr verstört mich das Ergebnis einer neuen Jugendstudie des Erziehungswissenschaftlichen Instituts der Universität Bielefeld (Studienleiter: Professor Holger Ziegler): Zwei von fünf Jugendlichen vertrauen grundsätzlich ihren Lehrern nicht.“

Für Pädagogen ist diese Aussage tatsächlich erschütternd. Wie soll Erziehung auf dem Boden von Misstrauen gedeihen? Das Vertrauen der Jugendlichen ist aber offenbar auch in anderen Bereichen abhandengekommen: Nicht einmal die Hälfte vertraut ihren direkten Nachbarn. Ganz gering ist das Vertrauen Jugendlicher in Institutionen, lediglich die Polizei schneidet passabel ab. Und den Zeitungen und Journalisten vertrauen Jugendliche kaum noch. „Die Zuverlässigkeit und Richtigkeit unserer Nachrichten wird von einer Mehrheit der Jugendlichen grundsätzlich infrage gestellt“, beklagt der Zeitungsredakteur.



Kann ich der Information trauen?

Michael Garthe sucht in seinem Brief nach Gründen für den Vertrauensverlust. Das Vertrauen Jugendlicher in Politik, Institutionen, Medien oder bestimmte Berufe orientiert sich sehr stark am Verhalten ihrer Eltern. Ein Teil der Jugendlichen, die den Institutionen misstrauen, neigen zu Verschwörungstheorien. Diejenigen, die gegenüber den klassischen Medien besonders kritisch sind, informieren sich gar nicht über Fernsehen, Presse oder Radio, sondern fast ausschließlich über soziale Netzwerke.

Die Befunde der Studie sind erschreckend, denn Vertrauen ineinander ist der notwendige Kitt einer demokratischen Gesellschaft. Schule und Medien müssen verstärkt daran arbeiten, zu gut informierten jungen Menschen beizutragen, denn nur wirklich informierte sind zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Fundsache

Anke Engelke sieht sich als verkappte Lehrerin

In unserer letzten Ausgabe haben wir über den Film „Eingeschlossene Gesellschaft“ berichtet. Schauspielerinnen und Comedian Anke Engelke spielt darin eine Lehrerin, die von der Filmkritik als verbitterte Kulturpessimistin beschrieben wird, die sowohl gegenüber Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, als auch gegenüber Kolleginnen und Kollegen zynisch und arrogant agiert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es verwunderlich, dass der Traumberuf von Anke Engelke nicht Schauspielerin oder Komödiantin war, sondern Lehrerin. Sie sagte kürzlich von sich, sie sei nie angetreten, „um lustig zu sein, und Komödiantin war auch nie mein Berufswunsch.“ Eigentlich habe sie Lehrerin werden wollen, so Engelke: „Ich habe auch Lehramt studiert. In meiner Familie war niemand Lehrer oder Lehrerin. Ich finde es spannend, wo das bei mir herkommt. Bis heute halte ich mich für eine verkappte Lehrerin. Ich habe das Studium leider nicht abgeschlossen.“

Zwischenzeitlich auf DVD erhältlich:
Sönke Wortmanns „Eingeschlossene Gesellschaft“

Wü / Quellen: Rheinpfalz vom 9.8.22; dpa

Unsere Demokratie steht unter Druck Bundespräsident fordert „Widerstandskraft“



Foto: Bundesregierung/Stefen Kugler

Ende Oktober hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Grundsatzrede gehalten, in der er uns in einer Epoche im Gegenwind sieht. Die Zeit vor dem russischen Angriff auf die Ukraine sei eine Epoche mit Rückenwind gewesen. Er sieht die Demokratie unter Druck und fordert Widerstandsgeist und Widerstandskraft der Bürgerinnen und Bürger im Gegenwind:

„Aber auch unsere Demokratie gehört zur kritischen Infrastruktur. Und sie steht unter Druck. Sie schützen können nur wir selbst. Das verlangt von uns Demokraten mehr als Bekenntnisse. Es verlangt Engagement und – auch hier wieder – Widerstandsgeist und Widerstandskraft.“

Widerstandskräftige Bürger treten ein für ihre Meinungen, äußern ihre Sorgen – aber sie lassen sich nicht vereinnahmen von denen, die unsere Demokratie attackieren. Widerstandskräftige Bürger unterscheiden zwischen der notwendigen Kritik an politischen Entscheidungen – und dem Generalangriff auf unser politisches System. Widerstandskräftige Bürger halten Unsicherheit aus und lassen sich nicht verführen von denen, die einfache Lösungen versprechen. Sie erwarten mit Recht, dass Politik sich in dieser schwierigen Zeit auf das Wichtigste konzentriert, dass Pragmatismus über ritualisierte Schaukämpfe siegt. Widerstandskräftige Bürger fordern Freiraum für ihre eigene Art zu leben – aber vergessen nicht, wie sehr wir alle auf andere angewiesen sind. Widerstandskräftige Bürger verlangen sich etwas ab: Respekt und Vernunft zum Beispiel. Das ist schwer, richtig schwer! Aber nur so können wir dem Gift des Populismus, der Gefahr des Auseinanderdriftens wirksam etwas entgegensetzen.

Und am Ende kommt es auch darauf an, wenn wir im Gegenwind stehen: Anstatt uns weiter auseinandertreiben zu lassen, müssen wir alles stärken, was uns verbindet.“

Wü / Quelle: „Alles stärken, was uns verbindet“. Rede des Bundespräsidenten vom 29. Oktober 2022 (Auszug)



Illustration: AdobeStock

Gemeinsam sind wir Rheinland-Pfalz – Vielfalt der Menschen und Regionen ist der Schatz unseres Landes

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat beim Festakt zum 75. Geburtstag von Rheinland-Pfalz ihre Dankbarkeit für 75 Jahre Frieden ausgedrückt: „Gerade jetzt erleben wir, dass das nicht selbstverständlich ist und auch bei unserem Jubiläum sind wir in Gedanken bei den Menschen in der Ukraine.“ Sie lobte die Vielfalt als beson-

dere Stärke des Landes. „Unsere abwechslungsreichen Regionen, unsere vielfältige Wirtschaft, unsere breit aufgestellte Wissenschaftslandschaft und vor allem unsere Bürger und Bürgerinnen mit all ihren Ideen, Talenten und Visionen sind unser Schatz.“

Newsletter Staatskanzlei 18. Mai 2022



Dr. Bernhard Vogel hat über Jahrzehnte politische Verantwortung getragen und gesellschaftliche Entwicklungen mitgestaltet. Michael Eich (li.), Bernd Karst (re.) und Wolfgang Wünschel (2.v.re.) aus dem Redaktionsteam befragten den früheren Kultusminister und Ministerpräsidenten zu bildungspolitischen Themen und zu seinen Erinnerungen.

„Demokratie braucht Demokraten“

Im Gespräch mit Dr. Bernhard Vogel,
einem Politiker aus Leidenschaft

Als der frühere bayerische Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier (CSU) 1970 ins Amt kam, erhielt er von seinem Kollegen Dr. Bernhard Vogel (CDU), damals Kultusminister von Rheinland-Pfalz und Präsident der Kultusministerkonferenz, ein Telegramm mit der Begrüßung: „Willkommen im Kreis der Prügelknaben der Nation“.

Auch nach mehr als fünfzig Jahren scheint die Regel zu gelten: Wer landespolitisch für die Schulen zuständig ist, sieht sich stän-

diger Kritik ausgesetzt. Dr. Bernhard Vogel, der die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz von 1967 bis 1976 maßgeblich prägte, erinnert sich nichtsdestotrotz mit erkennbarer Freude an diese Amtszeit. „Ich war leidenschaftlich gerne Kultusminister“, erklärt er im Gespräch mit Wolfgang Wünschel, Michael Eich und Bernd Karst. Das Treffen mit dem mittlerweile fast 90-jährigen Spitzenpolitiker, der über Rheinland-Pfalz hinaus noch heute große Wertschätzung genießt, fand auf dessen Einladung hin in seinem Haus in Speyer statt. Die Themen kursierten um pädagogische und schulpolitische Fragen sowie um Aspekte der Demokratieentwicklung bis hin zu



den Herausforderungen der Gegenwart. Nicht zuletzt gab der spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen auch Einblick in eigene Werthaltungen und Entscheidungsmotive.

„Wer lehnt schon mit 34 Jahren das Angebot ab, Kultusminister zu werden?“

Ihr beruflicher Weg hätte auch in die Hochschule gehen können. Wo war die Schnittstelle, in die Politik zu gehen?

Ursprünglich wollte ich Soziologie studieren. Auch weil man damals sagte, wer Soziologie studieren wolle, müsse dies in Heidelberg tun, hatte ich mit dieser Studienwahl einen guten Grund, von zuhause wegzugehen. Ich wollte nicht in München studieren, sondern eben in Heidelberg. Dort habe ich mich später jedoch stärker der Politik- und der Geschichtswissenschaft zugewandt. Ich habe relativ zügig promoviert und wurde mit 26 Jahren Assistent bei Professor Sternberger. Dann kam ein mit mir befreundeter Kraftfahrzeugmechaniker auf mich zu und drängte mich, für den Stadtrat zu kandidieren. Ich habe dann schließlich mehr seinem Drängen als meiner Überzeugung nachgegeben. Meinem Professor Sternberger, der die Auffassung vertrat, wenn man Politik als Wissenschaft studiere, solle man sie nicht betreiben, habe ich dann erklärt: Stadtrat ist ja nur so eine Nebentätigkeit. Also bin ich in den Stadtrat gegangen. Einige Zeit danach wurde mir aus Rheinland-Pfalz angeboten, für den Bundestag zu kandidieren. Ich habe mir naiver Weise gesagt, wer jung ist, könne ja vier Jahre Praxiserfahrung machen und danach sich immer noch habilitieren. Ich hatte schon ein Thema und wollte über das englische Regierungssystem schreiben. Schließlich gewann ich 1965 das Direktmandat im Wahlkreis Neustadt-Speyer und wurde Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Dann aber kam Helmut Kohl auf mich zu und fragte mich, ob ich bereit sei, Kultusminister zu werden. Ich war damals 34 – und wer lehnt schon ein solches Angebot mit 34 ab? Ich liebäugelte aber weiter mit der wissenschaftlichen Laufbahn. Erst als ich Ministerpräsident wurde, war mir klar, dass es mit der Professur nichts mehr werden würde.

„Schule muss nicht nur Wissen vermitteln“

Lassen Sie uns das Thema Bildungspolitik aufnehmen. Was sollte unsere Gesellschaft von Schule erwarten können?

Die Schule hat aus meiner Sicht zwei zentrale Aufgaben, die früher wie heute und auch in Zukunft gleichermaßen von Bedeutung sind: Schule muss Wissen vermitteln und zugleich junge Menschen darauf vorbereiten, ihr Leben erfolgreich zu meistern. Die Art und Weise der Vermittlung und die Inhalte ändern sich, die Ziele aber bleiben die gleichen. Die Gesellschaft darf erwarten, dass die Schule diese Kernaufgaben erfüllt, dass sie selbstverständlich mit der Zeit geht, aber nicht jede Mode mitmacht.

Wie beurteilen Sie den Bildungsföderalismus auch vor dem Hintergrund uneinheitlicher Schulstrukturen in den Ländern?

Es wird mir Widerspruch einbringen: Ich verteidige den Föderalismus. Eine Zentralisierung der Bildungspolitik würde sich nicht an der Bildungsqualität von Bayern oder Baden-Württemberg orientieren, sondern in Gefahr laufen, dass sich geringere Ansprüche flächendeckend durchsetzen. Der Wettbewerb unter den Bundesländern sichert die Dynamik der Entwicklung. Natürlich ist die länderübergreifende Verständigung auf Eckpunkte wichtig, aber der Wettbewerb darf nicht verlorengehen. Konstruktiver Wettbewerb muss im Übrigen auch zwischen den Schulen stattfinden. Eine Gleichmacherei der Bildungsangebote lehne ich ab.

„Wer ungern Lehrer ist, ist kein guter Lehrer.“

Was erwarten Sie von der Schule der Zukunft?

Wir sollten die Mittlere Reife stärken, wobei wir für diesen qualifizierten Abschluss mit seinen vielfältigen Anschlussmöglichkeiten eine entsprechend griffigere Bezeichnung bräuchten. Darüber hinaus sollten wir verstärkt den Blick auf die Berufsschulen richten. Die berufliche Bildung ist ein Exportartikel Deutschlands. Eine ge-

sellschaftliche Belastung ist der Lehrermangel. In vergangenen Zeiten hatten wir mitunter ein Überangebot an Lehrkräften. Die Berufsberatung riet infolgedessen vom Lehrerberuf ab. So entstand umgekehrt ein Lehrermangel. Aktuelles Problem ist, dass zu meinem Bedauern nicht alle Länder die Lehrer verbeamteten. So gab es Abwanderungen von einem zum anderen Bundesland. Selbstverständlich spielt auch die Besoldung bei der Berufswahl eine Rolle. Grundsätzlich aber muss der Lehrerberuf Freude machen. Wer ungern Lehrer ist, ist kein guter Lehrer. Trotz allen Mangels sage ich daher: Es prüfe sich ein jeder, ob er für diesen Beruf lebenslang gewappnet ist. Schließlich ist Lehrersein kein Beruf wie jeder andere.

Ein Parallelproblem zum Lehrermangel ist der Fachkräftemangel im Handwerk. Wie können Politikerinnen und Politiker diesen Trend regulieren?

Der Fachkräftemangel im Handwerk hat einen tiefen Grund. Wir vernachlässigen seit einigen Jahren in Deutschland die berufliche Bildung und fördern im Übermaß das Abitur. Das hat zur Folge, dass die Abiturnoten immer besser werden. Früher wählte eine hohe Anzahl qualifizierter Absolventen die duale Ausbildung, heute machen viele schwache Schüler Abitur und meinen, weil sie das Abitur haben, müssten sie auch studieren. Viele beginnen dann ohne allzu viel Begeisterung ein Studium.



Das Gespräch wird kurzfristig unterbrochen durch das Eintreffen eines Filmteams des SWR Rheinland-Pfalz, das mit Dr. Vogel ein Interview anlässlich des Todes von Michail Gorbatschow führt. Hintergrund: Als Ministerpräsident von Thüringen hatte Dr. Vogel zahlreiche Begegnungen mit dem früheren sowjetischen Staatspräsidenten. Gorbatschow wurde 1994 von ihm in Erfurt empfangen und sprach dort auf dem Fischmarkt, begleitet von „Gorbi-, Gorbi-Rufen“, zu einer begeistert zuhörenden Menschenmenge. – Als Gäste verfolgen wir das SWR-Interview aus nächster Nähe. Beeindruckend ist, wie unvermittelt unser Gesprächspartner von der Landes- und Bundespolitik thematisch zum Weltgeschehen wechselt.

Sie und ihr Bruder Hans-Jochen Vogel waren in der allgemeinen Wahrnehmung ein ungewöhnliches Geschwisterpaar. Er in der SPD und Sie in der CDU jeweils in Spitzenpositionen. Fußt Toleranz in der Politik auch auf Toleranz innerhalb der Familie?

„Mein Bruder war vielleicht in der falschen Partei, aber er hat Vieles richtig gemacht.“

Ich bin Ihnen für diese Frage dankbar, weil sie mir Gelegenheit gibt, ein Thema zu entdramatisieren. Mein Bruder Jochen kam 1945 im Alter von 19 Jahren aus dem Zweiten Weltkrieg nach Hause und stieß auf den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher. Ich erreichte das Alter meines Bruders, als Konrad Adenauer Kanzler war. Und der hat dann mich fasziniert. In meiner ganzen Familie hat unsere unterschiedliche Parteizugehörigkeit überhaupt keine Rolle gespielt. Erst als Jochen Oberbürgermeister von München und ich Stadtrat in Heidelberg und einige Zeit später Bundestagsabgeordneter und Kultusminister wurde, erhielt diese Tatsache einen Nachrichtenwert. Kurzum: Mein Bruder war vielleicht in der falschen Partei, aber er hat in seiner Verantwortung Vieles richtig gemacht.

Was gefährdet unsere Demokratie?

Zunächst, dass der britische Premierminister Churchill mit seiner Aussage recht hat, als er wohl eher scherzend sagte, die Demokratie sei die schlechteste Staatsform, abgesehen von allen anderen. Unsere Demokratie ist mühsam, anstrengend und schwierig und deshalb ist Demokratie auch immer gefährdet. Demokratie braucht Demokraten, Menschen, die mitmachen und sich engagieren, und nicht Menschen, die an der Seite stehen und mit herabgezogenem Mundwinkel die Schlechtigkeiten dieser Welt beklagen.

Was verbindet Rheinland-Pfalz mit Thüringen?

Es sind zwei Bundesländer mit sehr unterschiedlicher Entwicklungsgeschichte. Thüringen war bereits im fünften Jahrhundert ein Königreich, Rheinland-Pfalz dagegen ist ein junges Land, entstanden auf Befehl eines französischen Generals, ohne dass jemals deutsche Bürger an der Gründungsentscheidung beteiligt wurden. Beide Länder standen in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg auf unterschiedlichen Seiten, Thüringen auf der Schattenseite, Rheinland-Pfalz auf der Sonnenseite.

Aus einer zufälligen Begegnung entsteht eine jahrelange freundschaftliche Zusammenarbeit

Woran denken Sie gerne zurück?

Ich bin mit 34 Jahren Kultusminister und später mit fast 45 Jahren Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz geworden, als Helmut Kohl als Oppositionsführer in den Bundestag wechselte. Ich erinnere mich ebenso gerne an den 5. Februar 1992. Es war der Tag der Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten. In Thüringen begann für mich das größte Abenteuer meines Lebens. Und wenn Sie mich fragen, was ich in guter Erinnerung habe, so möchte ich sagen,



dass es mir gelungen ist, der mir übertragenen Verantwortung einigermaßen gerecht zu werden.

Vielleicht noch eine Anekdote im Zusammenhang mit Ihrer Frage: Ich war als Kultusminister auf einer Tagung in Wien. Dort hielt eine gewisse Dr. Hanna-Renate Laurin, seinerzeit Oberstudiendirektorin an einem Kölner Gymnasium, ein Referat, das mich sehr beeindruckte. Auf dem Rückflug nach Frankfurt ergab der Zufall, dass Frau Laurin neben mir Platz fand. Ich befürchtete, dass mir nun die zur Vorbereitung einer Rede eingeplante Zeit verloren gehen würde. Doch sie entschuldigte sich, dass sie am nächsten Tag Deutscharbeiten zurückgeben müsse und zog einen Stapel mit

Aufsätzen hervor, die sie zu korrigieren begann. So hatte erfreulicherweise jeder Zeit, seiner während der Flugzeit vorgesehenen Tätigkeit nachzugehen. Wenige Monate später suchte ich eine Hauptabteilungsleiterin in meinem Ministerium und erinnerte mich an Frau Laurin. Ich lud sie nach Mainz zu einem Gespräch ein. Sie übernahm die ihr angebotene Tätigkeit, zwei Jahre später wurde sie Staatssekretärin. Als ich Ministerpräsident wurde, berief ich sie zur Kultusministerin.

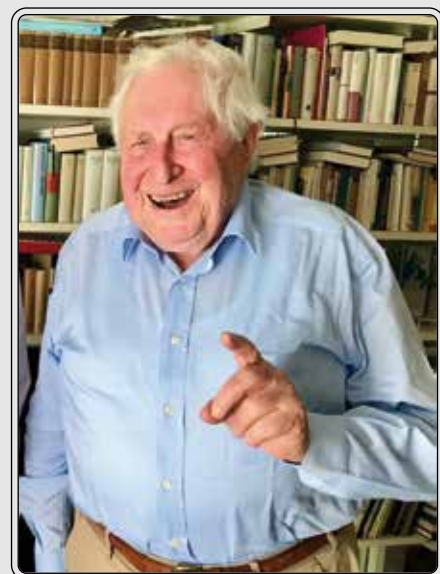
Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de
Fotos: Wolfgang Wünschel



Zur Person

Dr. Bernhard Vogel (*19.12.1932) wurde 1965 im Wahlkreis Neustadt-Speyer in den Deutschen Bundestag gewählt. Er legte sein Mandat 1967 nieder, als er in der rheinland-pfälzischen Landesregierung Kultusminister wurde. Leidenschaftlich gern sei er, wie er uns versichert, Kultusminister gewesen. Minister war er bis zu Helmut Kohls Wechsel in den Bundestag. Er wurde 1976 als dessen Nachfolger zum Ministerpräsidenten gewählt und bekleidete das Amt bis zu seinem Rücktritt im Dezember 1988.

Die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte eine bis heute einmalige politische Doppel-Karriere. Dr. Vogel kann auf Regierungsverantwortung in zwei Bundesländern zurückblicken. Im Februar 1992 wurde er zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen gewählt. Dieses Amt gab er im Juni 2003 aus Altersgründen ab. Im Interview mit uns erinnert er sich gern an dieses größte Abenteuer seines Lebens, weil es ihm gelungen sei, der ihm übertragenen Verantwortung „einigermaßen gerecht zu werden“.



Lehrkräfte gesucht. Jetzt. Für die Schule mit Zukunft.

Ein Ausblick von **Regina Sersch**

Die Nachwuchsgewinnung von Lehrerinnen und Lehrern ist wieder einmal verstärkt in den Fokus aller Beteiligten gerückt, denn der Lehrkräftemangel in den nächsten Jahren ist bereits absehbar. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts verringerte sich in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der Frauen und Männer, die ein Lehramtsstudium abschlossen, deutlich: die Anzahl der Lehramtsabsolventen sank um 13,8 Prozent.

intellektuelle Attraktivität“ des Berufs. Lehrer wollten nicht nur Einzelkämpfer sein, sondern im Team an der Entwicklung von Unterricht arbeiten und Kinder auch außerhalb des Klassenverbands individuell fördern. Auch dafür sollte die Ausbildung der Zukunft offen sein.



Aspekte wie Arbeiten im Team wollen berücksichtigt werden.

Sicherlich muss man dabei die Arbeitsbedingungen an Schulen, fehlende Aufstiegschancen und Möglichkeiten der Weiterbildung der Lehrkräfte kritisch prüfen, doch es gilt auch für die „Schule der Zukunft“ die Ausbildung der Zukunft in den Blick zu nehmen. Ein stärkerer verbindlicher Praxisanteil vor und während des Studiums, z.B. ein Praxissemester, wäre sicherlich hilfreich, um interessierten Abiturientinnen und Abiturienten zu zeigen, welche Möglichkeiten ein Lehramtsstudium bietet und was man selbst dafür mitbringen muss.

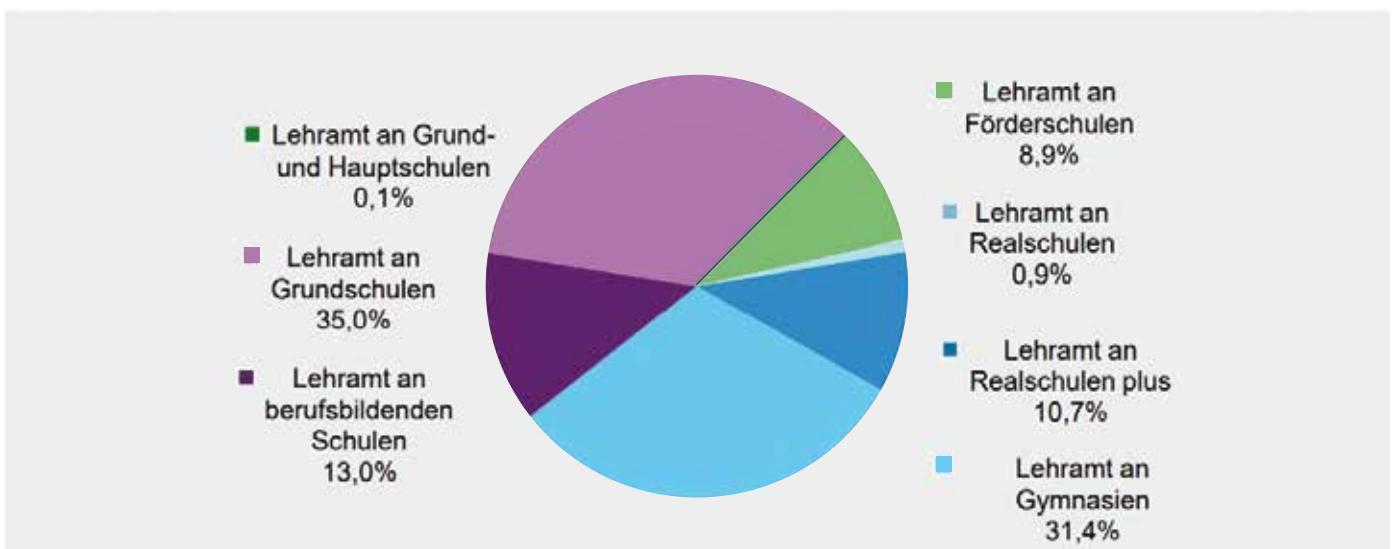
Es folgen zwei Interviews. Im ersten kommt die Anwärterin Lena Zimmermann zu Wort, die ihre Ausbildung als Weg zu ihrem Traumberuf sieht. Danach stellen wir Nicolas Cordes vor, der neben seiner unterrichtlichen Tätigkeit einen Lehrauftrag für Didaktik der Geographie wahrnimmt. Beider Beobachtungen und Ideen können helfen, Ausbildung zu stärken und junge Menschen für den Beruf der Lehrerin und des Lehrers zu motivieren. Für eine Schule mit Zukunft.

OECD-Direktor Schleicher sagte kürzlich, der Lehrermangel erkläre sich nicht durch Geld. Offenbar gebe es eine „mangelnde

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer in RLP nach angestrebtem Lehramt



Hr / Quelle: StaLa 2022, Stand März 2022



**Referendarin
Lena Zimmermann:**
„Ich kann die Schülerinnen und Schüler in beiden Bildungsgängen durch nachhaltiges Lernen gut auf das Leben vorbereiten“

Lena Zimmermann ist Referendarin an der Konrad-Adenauer-Realschule plus Landau (KARS). Im Sommer hat die KARS ihren fünfzigsten Geburtstag gefeiert. Bei dieser Gelegenheit ist unsere Redaktion auf die junge Kollegin aufmerksam geworden, die in „ihrer“ Schule den Weg zu ihrem Traumberuf „Lehrerin“ gefunden hat. Das Gespräch mit ihr führte Regina Sersch. Sie hat Lena Zimmermann bereits durch das Praktikum und das Freiwillige Soziale Jahr an der KARS kennengelernt.

BERUFSWUNSCH UND BERUFSZIEL

Vor einem halben Jahr haben Sie den Beruf der Lehrerin als Traumberuf bezeichnet. Ist das immer noch so?

Ich sehe es immer noch so, mittlerweile sogar mit einem großen Ausrufezeichen versehen. Die Zeit im Referendariat wird immer intensiver, man ist immer mehr ins Schulgeschehen involviert, bekommt mehr Verantwortung, hat aber

auch mehr Freiheiten seitens der Schule, sich einzubringen und zu gestalten. Da ich so in die „Tiefen“ des Lehrerberufs eintauchen kann, fühle ich mich bestätigt, dass es mein Traumberuf ist.

Selbstbewusst und kritisch mit sich selbst sein

Wann und wie haben Sie diesen Beruf für sich entdeckt?

Unbewusst habe ich ihn schon während der eigenen Schulzeit entdeckt, da ich von Mitschülerinnen und Mitschülern häufig die Rückmeldung bekam, ich könnte ziemlich gut erklären. Ich habe mich auch immer für Schwächere eingesetzt. Doch sicher war ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht, es stand eher die Sprache im Fokus meiner Berufsziele. Als ich dann zum Praktikum während der Oberstufe wieder an die KARS kam, den Lehreralltag erlebte, auch die administrative Arbeit im Hintergrund kennenlernte, wurde der Berufswunsch konkreter, doch er stand nicht zu hundert Prozent fest. Denn ich habe auch gemerkt, dass man viel Selbstbewusstsein braucht, dass man kritisch mit sich

selbst sein muss und viel Erfahrung sammeln muss, um in diesem Beruf bestehen zu können. Während des Praktikums beschloss ich, auf jeden Fall ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) zu machen, und die KARS bot mir eine entsprechende Stelle an. Durch dieses Jahr wurde mir dann endgültig klar, ich muss auf diesem Weg weitermachen, der Beruf lässt mich nicht mehr los.

Durch nachhaltiges Lernen gut auf das Leben vorbereiten

Worin bestand der Reiz, das Lehramt Realschule plus anzustreben?

An erster Stelle steht die Bindung zu den Schülerinnen und Schülern, die an dieser Schulart noch vor der Bildung steht. Wenn die Schülerschaft eine so große Vielfalt mit sich bringt, ist Bindung so wichtig, damit man den Unterrichtsgegenstand überhaupt vermitteln kann. Mich fasziniert die Situation, bei der Planung, Durchführung und Nachbereitung von Unterricht mit dieser Vielfalt umzugehen. Als Lehrkraft sehe ich mich jedes Mal einer neuen Herausforderung gegenüber und das finde ich spannend. Was kann ich besser machen, was passt zu meinen Schülerinnen und Schülern. Man sieht sie vor sich, und versucht, einen guten Weg zu finden, damit jede und jeder mitkommt. Das alles hat mich an diesem Lehramt sehr gereizt, ich kann die Schülerinnen und Schüler in beiden Bildungsgängen durch nachhaltiges Lernen gut auf das Leben vorbereiten. Ich möchte nicht in Routine versinken, sondern jeden Tag aufs Neue flexibel und spontan mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten. Man geht dann auch gut gelaunt und mit viel Energie wieder nach Hause.

REFERENDARIAT UND PRÜFUNG

Wobei braucht man auf diesem Weg Unterstützung?

Primär ist es das ganze Lehrkräfte-Team der Schule, das mich motiviert, Mut zu zeigen und Sachen auszuprobieren. Jetzt ist man

noch in einer Phase, in der man ständig Feedback bekommt. Und wenn man sich jetzt nicht selbst ausprobieren kann, wann dann soll man Neues erproben? Man muss ja schließlich herausfinden, welche Lehrerpersönlichkeit bin ich, wann fühle ich mich wohl, welche Ziele verfolge ich als Lehrkraft, was möchte ich vermitteln. Und wenn dann das Team signalisiert, es ist normal, etwas auszuprobieren, und es ist genauso normal, dass mal etwas schief geht, denn es ist eine Trainingsphase, dann ist das optimal.

Perspektivwechsel anstreben

Was muss man selbst mitbringen?

Auf jeden Fall Flexibilität und Spontaneität und vor allen Dingen so etwas wie Herzblut, um Menschen zu begeistern. Außerdem Empathie, denn ich habe den ganzen Tag mit unterschiedlichen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu tun. Ich muss den Perspektivwechsel anstreben, um mich hineinversetzen zu können, wie ich meinen Unterricht zu planen habe, wie ich beim Elterngespräch empathisch sein kann, wie ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen konstruktiv zusammenarbeite. Daneben braucht man einen Sinn für Organisation. Zwar lernt man im Seminar wichtige Details dazu, doch eine gewisse Grundbegabung sollte man dafür mitbringen.

Wollen allein reicht nicht.
Man muss sich selbst erproben.

Wodurch konnte Ihr berufliches Selbstbewusstsein wachsen?

Vor allen Dingen durch meine Praxiserfahrung. Ich kann das freiwillige soziale Jahr jedem empfehlen, der Lehramt studieren möchte, denn hier wird man herausgefordert, bekommt aber gleichzeitig immer wieder Rückmeldungen über das eigene Handeln, man lernt selbstkritisch zu fragen, was kann ich wo optimieren. Während des Studiums habe ich dann mit PES-Verträgen oder GTS-Verträgen unterschiedliche Erfahrungen im Schulalltag sammeln



Im lebhaften Austausch über
Traumberufe, Unterricht und
Weichenstellungen.





Zur Person: Lena Zimmermann

Sekundarabschluss I an der KARS. Abitur an der BBS Landau. FSJ an der KARS. Studium der Fächer Englisch und evangelische Religion an der Universität Landau. Referendariat an der KARS.

Lena Zimmermann interessierte sich schon sehr früh für die englische Sprache, hat Filme im Originalton gesehen, Bücher in englischer Sprache gelesen, Songtexte übersetzt, Nachhilfe in Englisch gegeben. Seit Kinderzeiten ist sie in der Kirche engagiert und hat den Religionsunterricht ihrer eigenen Schulzeit genossen. Hier kann man während des Schulalltags „entschleunigen“, es ist ein Fach ohne Leistungsdruck und hat wesentlich mehr für das Leben zu bieten als nur Bibelinhalte. Deshalb wäre Ethik zu unterrichten für Lena Zimmermann immer auch eine Option.

können. Denn mit der Vielfalt der Schülerschaft muss man klar kommen, da reicht das Wollen allein nicht aus. Man muss sich selbst erproben. Der Praxisbezug während des Studiums ist extrem wichtig und sollte eigentlich nicht nur auf Freiwilligkeit beruhen.

NACHHALTIGES LERNEN

Was fällt Ihnen zum Stichwort „Schule der Zukunft“ ein?

Mir fällt dazu immer wieder nachhaltiges Lernen ein, da auch ich den Weg von der Realschule plus, über das Gymnasium an die Universität und jetzt ins Referendariat gegangen bin. In allen Phasen ist es wichtig zu wissen, wie man sich zu organisieren hat.

Lernen, wie man richtig lernt

Die Schülerinnen und Schüler müssen lernen, wie man richtig lernt. Solche Bausteine müssen in den Unterricht eingebaut werden, so dass man nicht nur die fachbezogenen Lerninhalte vermittelt, sondern auch eine Haltung dazu, nämlich selbstkritisch zu werden, Dinge zu hinterfragen.

Die Kinder und Jugendlichen müssen lernen: wie arbeitet man mit digitalen Medien, welche Quellen sind vertrauenswürdig, wie trete ich auf, wie formuliere ich. Sie brauchen auch Projektarbeiten. All diese Fähigkeiten braucht man später sowohl im Beruf als auch an der Universität. Deshalb ist es für nachhaltiges Lernen so wichtig, dass diese Fähigkeiten gegenüber den fachlichen Inhalten nicht vernachlässigt werden.

Schule als Schutzraum für entdeckendes und selbstgesteuertes Lernen

Die Lehrkräfte sollten den Jugendlichen auch zeigen, dass es immer mehrere Wege gibt, um zum Ziel zu kommen, gerade Berufreife-schülerinnen und -schüler unterschätzen oft ihre Möglichkeiten, sich nach ihrem Schulabschluss noch beruflich weiterzuentwickeln. Dafür ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler selbst aktiv werden, sie müssen sich etwas zutrauen. Und die Lehrkräfte müssen ihnen das Vertrauen schenken, dass sie das auch können.

Schule ist der Schutzraum für entdeckendes und selbstgesteuertes Lernen. Hier können sich Kinder und Jugendliche ausprobieren, und auch lernen, mit Misserfolg und Frustration umzugehen. Dies gelingt nicht mit 30 Schülerinnen und Schülern in der Klasse. Die Gruppengröße und die Gruppenleitung muss in einem angemessenen Verhältnis stehen. Digitale Medien müssen konstant zur Verfügung stehen, geeignete Räumlichkeiten ebenso. Für mich steht das Thema Nachhaltigkeit absolut im Mittelpunkt für die „Schule der Zukunft“.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de
Fotos: Wolfgang Wünschel



Portrait

Nicole Weiß-Urbach im Gespräch mit Nicolas Cordes –
Lehrbeauftragter im Fachbereich Geographie
an der Uni Koblenz-Landau



Nicolas Cordes ist als Lehrkraft mit den Fächern Erdkunde und Ethik an der Albert-Schweitzer Realschule plus in Mayen tätig. Seit zwei Semestern ist er Lehrbeauftragter für die Didaktik der Geographie im Fachbereich 3 an der Universität Koblenz-Landau. Nicole Weiß-Urbach besuchte ihn nach einer Veranstaltung und führte mit ihm ein Gespräch über seine Motivation und die Erwartungen, die er an seine Tätigkeit stellt. Sie wollte auch wissen, welche Hürden und welchen Aufwand er dafür bewältigen muss.

Motivation: Praxisbezug im Studium

Die Aufgaben des Lehrbeauftragten an der Uni haben mich schon seit meinem Studium interessiert. Ein Angebot meines ehemaligen Dozenten erreichte mich letztes Jahr. Es ging um eine Lehrbeauftragung in der Abteilung Geographie. Ich sollte didaktische Seminare mit Praxisbezug für die Lehramtsstudentinnen und -studenten anbieten. Nach einem Vorstellungsgespräch wurde ich zum Wintersemester eingestellt. Mein Lehrauftrag bedarf nach jedem Semester der Verlängerung.

Mich motiviert, den Studierenden den Schulalltag so praxisnah wie möglich darzustellen. Ich habe mein eigenes Studium damals als zu theoretisch wahrgenommen und mir zielführendere Inhalte gewünscht.

Organisatorische Hürden

Ich bin Lehrkraft an der Albert-Schweitzer Realschule plus Mayen, die Lehrbeauftragung ist „on top“. Einige organisatorischen Dinge

waren vor der Aufnahme meiner Tätigkeit an der Schule zu klären. Ich habe das Glück, dass meine Schulleiterin meine Beauftragung von Anfang an unterstützt hat. Die Schule gestaltet meinen Unterrichtseinsatz so, dass ich an einem Nachmittag nach meinem Unterricht direkt zur Uni fahren kann. Meine Veranstaltungen beginnen in der Regel um 14:00 Uhr und enden um 15:30 Uhr. Vor Semesterbeginn wird der Veranstaltungstag, der Veranstaltungsort und die Veranstaltungszeit mit den Verantwortlichen abgesprochen.

Inhalte und Anspruch an das eigene Wirken

Inhaltlich bauen meine Seminare auf der Vorlesung „Didaktik der Geographie“ auf und bieten dazu einen Praxisbezug als Vertiefung der jeweiligen Themen. Ich versuche dabei zielführende Themen für die Studentinnen und Studenten auszuwählen und diese anhand von PowerPoint-Präsentationen zu vermitteln. Parallel dazu baue ich praxisnahe Übungsphasen ein. Langfristig möchte ich die künftigen Lehrkräfte auf die Aufgaben in der Schule der Zukunft vorbereiten.

Wichtige Ausbildungsimpulse setzen: Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis

Ich möchte aktiv mithelfen, dass unsere Schülerinnen und Schüler von möglichst kompetenten Lehrkräften unterrichtet werden. Wichtig ist dabei, Theorie und Praxis stetig zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Mit meiner Tätigkeit kann ich an der Universität und an der Schule Akzente setzen und eine Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis bilden. Ziel ist auch, den Studierenden einen „Werkzeugkoffer“ mit Handlungsmöglichkeiten zu füllen und ihnen zu zeigen, was im Raum Schule realistisch umzusetzen ist. Wir erarbeiten gemeinsam passende Unterrichtsmethoden zu unterschiedlichen Unterrichtsinhalten. Dabei gehen wir inhaltlich über Lehrwerke hinaus – die Freiheit habe ich. Es ist mir darüber hinaus ein besonderes Anliegen, die Nutzung von neuen Medien, wie E-Books zu integrieren.

Arbeitsaufwand und Vorbereitung für Sommer- und Winterveranstaltung

Da die Seminare inhaltlich auf der Vorlesung „Didaktik der Geographie“ aufbauen, ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Dozenten der Vorlesung notwendig und wichtig. Wir treffen uns regelmäßig zum Gespräch. Ich kann dann in Eigenverantwortung praxisnahe Seminarinhalte mit wissenschaftlichem Hintergrund ausarbeiten.

Im Sommer- und Wintersemester unterscheiden sich die Inhalte. Diese muss ich vor und während der Vorlesungszeit planen und erstellen. Um die 90-minütige Veranstaltung vorzubereiten, benötige ich ca. drei bis vier Stunden pro Woche. Hinzu kommt das Erstellen von Prüfungsaufgaben für die Modulabschlussklausuren und deren Korrektur am Ende jedes Semesters. Dafür kann man pro Klausurdurchgang auch drei Stunden Zeit einrechnen.

Neu hinzu kommt für mich in diesem Semester die Betreuung einer Bachelorarbeit. Dies bedeutet, gemeinsam mit dem Studierenden ein Thema zu finden, die Arbeitsphase zu begleiten und die Arbeit nach Abschluss zu korrigieren. Den Arbeitsaufwand hierfür kann ich jetzt noch nicht abschätzen.

Ein Gewinn für meine Arbeit als Lehrkraft

Durch die Vernetzung von Universität und Schulalltag reflektiere ich auch mein eigenes schulisches Handeln und betrachte die Ergebnisse kritisch. Daraus resultiert eine ständige Weiterentwicklung an beiden Wirkungsstätten, an Schule und Universität. Von meiner Arbeit als Lehrbeauftragter profitieren nicht nur die Studierenden, sondern auch meine Schülerinnen und Schüler, die Kolleginnen und Kollegen an meiner Schule, denen ich schulinterne Fortbildungen anbieten kann, und vor allem ich selbst.

Unterricht an der Uni – eine andere Erfahrung als Lehrkraft

Die Studierenden sind alle motiviert. Vor mir sitzen fachlich versierte Menschen, die mich auch kritisch betrachten und die Inhalte oder meine Methoden hinterfragen. Durch eine installierte Feedback-Kultur nutze ich diese Blickwinkel konstruktiv.

Die Gruppengröße der Seminare beträgt im Wintersemester um die 15 Studierende, im Sommersemester sind es noch ein paar mehr. Im Sommersemester gebe ich ein einführendes Seminar für alle Lehrämter. Diese Veranstaltung vorzubereiten ist aufwändiger,

da ich von Grundschul- bis zu Gymnasialthemen alles abdecken muss. Oft erhalte ich dabei Unterstützung von Referentinnen und Referenten der jeweiligen ADD-Schulreferate. Im vertiefenden Seminar im Wintersemester sitzen dann ausschließlich Lehramtsstudierende für Realschulen plus vor mir.



Nicolas Cordes arbeitet mit diesem Feedback-Sheet um sich konstruktive Kritik einzuholen

Ein schönes Erlebnis in meiner Klasse

Ich hatte mit einer 10. Klasse eine PowerPoint-Präsentation im Unterricht erarbeitet, die ich den Studierenden als Beispiel für ein realistisches Arbeitsergebnis zeigte. Das machte meine Klasse stolz, und sie fragen mich seitdem immer, ob wir noch mal was für die Studierenden erarbeiten können.

Deine Vorstellungen von Schule der Zukunft

Die Schule der Zukunft benötigt Lehrkräfte der Zukunft. Hierzu müssen festgefahrene Strukturen hinterfragt und ggf. neu gedacht werden. Die zukünftigen Lehrkräfte müssten nach meiner Vorstellung in ihrer universitären Ausbildung frühzeitig kontinuierlich Praxiserfahrung sammeln können. Ich könnte mir zum Beispiel einen wöchentlichen „Praxistag“ während der universitären Ausbildung vorstellen, damit die Lehrkräfte der Zukunft in der Schule der Zukunft bestehen können.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Solarboot-Regatta 2022

Interesse an technischen
Zukunftsberufen stärken – PL-Team organisiert
beeindruckenden Wettbewerb



Wettkampf in der Idylle: Auf dem Eppelsee bei Neuburg am Rhein müssen sich die Solarboote in drei Disziplinen bewähren ...

Im Juni fand nach zweijähriger „Pandemie-Pause“ wieder die Solarboot-Regatta am Neuburger Eppelsee statt. Der vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) aufwändig geplante Wettbewerb bringt an zwei Tagen Schülergruppen zusammen, die zuvor an ihren Schulen im Rahmen des Wahlpflichtfaches Technik und Naturwissenschaften (TuN) ein Solarboot konstruieren mussten. Das Solarboot, das neben der Ausrüstung zur Solarstromerzeugung auch noch mindestens eine Steuerfrau oder einen Steuermann tragen muss, soll sich bei den Disziplinen Sprint, Slalom und Langstreckenlauf bewähren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen nicht nur etwas über Technik, sondern auch etwas über Beharrlichkeit, Teampplay und Nachhaltigkeit.

Projekt der Realschule plus

Die teilnehmenden Schulen waren allesamt Realschulen plus. Die diesjährigen Solarboot-Teams stammten aus Speyer, Pirmasens, Mendig, Koblenz, Kandel, Germersheim, Edenkoben und Bad Bergzabern. Das ganze Schuljahr über hatten die Mädchen und Jungen im Fach Technik- und Naturwissenschaften und in ihrer Freizeit an den Booten getüftelt, Sponsoren gesucht, Rückschläge überwunden und auf das gemeinsame Ziel hingearbeitet: Ein

fahrtüchtiges Solarboot für die Regatta abzuliefern. Die Schulen wurden über die gesamte Zeit von Irntraud Rehwalds Team vom Pädagogischen Landesinstitut beratend und unterstützend begleitet. Solche Projekte stärken das Interesse an den Zukunftsberufen in den Bereichen Technik und Naturwissenschaften und sie stärken zudem das Selbstbewusstsein der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler. Diese lernen darüber hinaus, kontinuierlich an einem langfristig angelegten Projekt zu arbeiten.



Wunderbares Event am idyllischen Epplesee

Mit dem Neuburger Epplesee hat das PL eine schöne „Location“ gefunden. Bereits am Tag vor dem samstäglichem Wettbewerbstrafen sich die Schülerinnen und Schüler an dem Badeseesee, um ihre Solarboote aufzubauen. Einige zelteten vor Ort, Platz gibt es in der Umgebung genug. Das PL sorgte mit beeindruckender Teamstärke und mit zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern auch für die Sicherheit und Verpflegung vor Ort. Viele Familien der Schülerinnen und Schüler und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PL waren zugegen, sodass sich die Solarboot-Regatta zu einem Familienfest entwickelte. Auch der koordinierende Referent der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) für die Schulen in Rheinland-Pfalz, Ralf Schaubhut, war vor Ort und zeigte sich beeindruckt vom technischen Knowhow sowie von der Kreativität der Schülerinnen und Schüler. Letztlich durfte sich die Realschule plus Kandel über den Gesamtsieg mit dem Katamaran „Sonnenfänger“ freuen. Die Pirmasenser Landgraf-Ludwig-Realschule plus ist Sieger in der Kategorie Kreativboot.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



So sehen Sieger aus: Das Team der Realschule plus Kandel, das mit seinem Katamaran „Sonnenfänger“ die Solarboot-Regatta für sich entscheiden konnte.

KOMMENTAR

Die Solarboot-Regatta zeigt im besten Sinne, was „Schule der Zukunft“ ausmachen sollte. Die Leistung und das Engagement von Irmtraud Rehwald und ihrem Team vom Pädagogischen Landesinstitut (PL) verdient Anerkennung, denn die Planung, Organisation und Durchführung ist fordernd und zeitintensiv. Das Projekt hebt die Stärken der Schulart Realschule plus hervor: Nicht ausschließlich aber gerade in unseren Wahlpflichtfächern werden die Schülerinnen und Schüler auf zentrale Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Das PL-Projekt muss deshalb einen höheren politischen Stellenwert erfahren – gerade vor dem Hintergrund, dass sich die Landesregierung im Kontext der Initiative „Schule der Zukunft“ doch solche zukunftsweisenden Projekte gewünscht haben dürfte. Eine wahrnehmbare politische Unterstützung ist erforderlich, um das Projekt dauerhaft zu etablieren und langfristig abzusichern. Es lohnt sich, den Weg nach Neuburg auf sich zu nehmen, um sich von der Leistung unserer Schülerinnen und Schüler selbst ein Bild zu machen.



Kreativste Idee: In der Kategorie Kreativboot siegte die Landgraf-Ludwig-Realschule plus Pirmasens.

Cybermobbing – Mädchen stärker betroffen

Im letzten Jahr startete der Verein „Cybermobbing-Hilfe“ (www.cybermobbing-hilfe.de) gemeinsam mit Kooperationspartnern eine Online-Beratungsplattform für Kinder und Jugendliche. Anlässlich des einjährigen Bestehens der Plattform wurde eine Auswertung durchgeführt mit zwei zentralen Erkenntnissen:

- Mädchen suchen sich bei Cybermobbing öfter Hilfe als Jungen.
- Der Ansatz, die Beratung durch Gleichaltrige anzubieten (Peer-to-Peer), ist ein voller Erfolg.

Die Datenerhebung macht deutlich, dass Mädchen besonders intensiv gemobbt werden bei der Veröffentlichung privater Bilder, die sie im Vertrauen anderen Personen geschickt haben. Dies führt zu Scham- und Minderwertigkeitsgefühlen und kann langfristige negative Auswirkungen auf das Selbstbild und die psychische Gesundheit haben.

Bei Mobbing gegen Jungen geht es hingegen eher um ihre Fähigkeiten, etwa beim Sport oder Gaming. Die möglichen Konsequenzen können zu übermäßigem Drogenkonsum, zu Essstörungen bis hin zu Selbstverletzung und suizidalen Absichten führen.

Die Evaluation benennt eine möglichst einfach zugängliche Beratung mit niedrigen emotionalen Hemmschwellen sowie Präventionsarbeit als wichtige Bausteine der Hilfestellung.

In den ersten sieben Monaten haben sich bereits fast 600 Kinder und Jugendliche auf der Plattform registriert, wobei rund die Hälfte der Hilfesuchenden die Beratung wegen akuter Probleme mit Mobbing im Internet kontaktiert hat. Das Durchschnittsalter der Hilfesuchenden liegt bei 16 Jahren.

Lisa Deck
lisa.deck@vrb-rlp.de



Quellen: <https://www.cybermobbing-hilfe.de/cybermobbing>;
<https://jugendsozialarbeit.news/cybermobbing-maedchen-staerker-betroffen-als-jungen/>

Neuaufgabe VRB-Handbuch für Lehrkräfte

Auf dem Stand der aktuellen 60. Ergänzung

Die 60. Ergänzungslieferung des VRB-Handbuches ist erschienen. Der Verlag hat die Neuaufgabe der Loseblattsammlung für die 46. Kalenderwoche angekündigt. Die vorliegenden Bestellungen werden bis Anfang Dezember ausgeliefert sein.

Aktualisiert wurden die Beiträge

- „Rechtsquellen des Beamtenrechts“ (Kapitel 4.1)
- „Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften“ (8.5)
- „Bewerbungsverfahren“ (8.7).

Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet wurden folgende Beiträge:

- „Die Fürsorge- und Treuepflicht des Dienstherrn“ (4.15)
- „Längerfristige Beurlaubungen von Lehrkräften“ (4.20)
- „Steuerfragen: Aktuelle Informationen“ (5.40.2)

- „ABC der Werbungskosten“ Buchstaben „C“, „E“ und „F“ (5.40.4)
- „Grundrechte der Lehrerinnen und Lehrer“ (8.1)
- „Nebentätigkeit von Lehrkräften“ (8.20)
- „Die rheinland-pfälzische Ganztagschule in Angebotsform“ (14.40)
- „Verband Reale Bildung“ (Kapitel 20). Hier wurden u. a. die Übersichten über die Gremien und die Personalvertretungen aktualisiert sowie die „VRB-Grundsätze und Zielsetzungen“ neu eingebracht.

VRB-HANDBUCH

Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.



VRB-Bezirke



- KOBLENZ:** Einstellungssituation und Bewerbungsverfahren: Infoveranstaltung
- NEUSTADT:** Mit Autismus leben: Fortbildungsangebot im Rahmen der Bezirksversammlung
- TRIER:** Arbeiten mit dem I-Pad: Grundlagenschulung im Medienzentrum Wittlich

VRB-Informationsveranstaltung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter



Die Referenten Bengjamin Bajraktari, Andreas Stegmann und Nicolas Cordes (von re.) lieferten aktuelle Informationen zur Planstellensituation.

Auch in diesem Jahr bot der Bezirk Koblenz eine Informationsveranstaltung für die Examenskandidatinnen und -kandidaten des Studienseminars Koblenz an. Ein digitales Forum Anfang Juni zielte auf die Vermittlung aktueller Informationen, und vor allem auf einen gezielten Austausch mit den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern.

Andreas Stegmann, Schriftführer des Bezirksvorstandes Koblenz, und Nicolas Cordes aus dem erweiterten Bezirksvorstand informierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Beginn der Veranstaltung über die Formalien des Bewerbungsvorganges. Hilfreich war darüber hinaus, dass die Referenten ihre eigenen Erfahrungen mit den Teilnehmenden teilen konnten.

Nach der Vorstellung des Bewerbungsprozesses richtete sich die Aufmerksamkeit der Examenskandidatinnen und -kandidaten auf die Thematik der Planstellenvergabe. Hierzu lieferte Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari, er ist auch Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Realschulen plus, aktuelle In-

formationen und gab Hinweise zur Bewerbung auf eine Planstelle oder einen Vertretungsvertrag. Ergänzende wichtige Impulse setzten die stellvertretenden Vorsitzenden Gerhard Hein und Joanna Böhlke.

In einer abschließenden Austauschrunde wurden Fragen der Teilnehmenden beantwortet.

Die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter zeigten sich zufrieden mit der Veranstaltung und bedankten sich für die detaillierten Informationen und die Unterstützung.

Text und Fotos: Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Informationen zu Einstellungsperspektiven und schulartspezifischem Fächerbedarf finden sich unter
https://bm.rlp.de/fileadmin/bm/Bildung/Schule/Lehrerin_Lehrer_werden/Aktuelle_Einstellungsaussichten_Oktober_2021.pdf



Examenskandidatinnen und -kandidaten informierten sich in einer Informationsveranstaltung des Bezirksvorstandes Koblenz über die Einstellungssituation und die Bewerbung auf Planstellen und Vertretungsverträge.



„... nach zehn Stufen kommt keine mehr!“ Fortbildungsangebot Autismus im Schulalltag



Teilnehmerinnen und Teilnehmer simulieren das Bewegen im Raum bei eingeschränktem Sehfeld

„Was heißt es konkret, mit Autismus zu leben?“ Um Antworten auf diese Frage ging es im Fortbildungsangebot des VRB-Bezirks Neustadt bei seiner Bezirksversammlung Ende September in Bad Dürkheim.

Blick auf Einstellungssituation und Bewerberlage

Zunächst begrüßte Christoph Schneider, der Vorsitzende des Bezirks und Mitglied im BPR der Integrierten Gesamtschulen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er stellte dabei die Arbeit des BPR vor und ging besonders auf die Einstellungs- und Beförderungssituation ein. Monika Antoni, stellvertretende Vorsitzende und Mitglied im BPR der Realschulen plus erläuterte die Arbeit des Gremiums. Auch sie legte den Fokus auf die Bewerber- und Einstellungslage und verwies dabei auch auf Möglichkeiten für Kolleginnen und Kollegen mit erstem und/oder zweitem Staatsexamen für das gymnasiale Lehramt über Vertretungsverträge hinaus an Realschulen plus zu unterrichten.

Entwicklungsstörung Autismus: Unterstützung einholen

Im zweiten Teil der Veranstaltung gaben Bettina Pahle und Ulrike Wulf – Autismusbeauftragte der ADD – (vorab) eine Definition der tiefgreifenden Entwicklungsstörung Autismus. Sie benannten klar, dass diese Spektrumsstörung eine lebenslange Beeinträchtigung darstelle, die Auswirkungen auf die Wahrnehmung und das Sozialverhalten

der Betroffenen habe. Zudem ermutigten sie die Kolleginnen und Kollegen, sobald sie zu der Annahme kämen, dass bei einer Schülerin oder einem Schüler eine solche Störung vorliege, über die Schulleitung Unterstützungs- und Beratungsangebote einzuholen. Darüber hinaus betonten sie, dass hier ein wichtiges gemeinsames Interesse von Elternhaus und Schule vorliege. Nur nach einer Diagnose könne den betroffenen Kindern und Jugendlichen das Angebot eines Nachteilsausgleichs gemacht werden.

Selbstverständlichkeiten werden zu Herausforderungen

Durch praktische Übungen oder Rollenspiele machten die Referentinnen deutlich, was es für autistische Menschen bedeutet, Alltag zu leben, der Selbstverständlichkeiten zu Herausforderung werden lässt.

Bettina Pahle und Ulrike Wulf griffen dabei unter anderem folgende Bereiche auf:

Wahrnehmung – hören, sehen, riechen ...

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten die Aufgabe, ihr Sehfeld durch das Vorhalten von zwei Plastikrollen einzuschränken und sich anschließend im Raum und auf

einer Treppe zu bewegen. Dabei wurde erfahrbar, wie es für autistische Schülerinnen und Schüler sein kann, sich im Treppenhaus ihrer Schule zu bewegen.

Bei der anschließenden Reflektion erklärte ein Teilnehmer seine Taktik, wie er das Treppenlaufen bewältigen konnte – er hatte die zu laufenden Stufen gezählt und festgestellt: „...nach zehn Stufen kommt keine mehr.“ Frau Wulf griff diesen Input auf und schilderte, dass genau solche Strategien von autistisch beeinträchtigten Menschen trainiert und genutzt werden, um alltägliche Situationen zu verrichten.

Empathie und Gefühl

Es falle autistischen Schülerinnen und Schülern schwer, ihre Gefühle zu zeigen, obwohl auch sie Gefühle haben. Ebenso sei es für sie problematisch, sich in andere Menschen hineinzuversetzen, sodass sie als desinteressiert an ihren Mitmenschen oder gar gefühllos wahrgenommen würden. Einige Autisten versuchten, durch Beobachten und Nachahmen eine angemessene Reaktion auf die vorliegende emotionale Situation zu zeigen.

Sprache

Wie wichtig exakte Kommunikation – ohne Ironie – ist, zeigten Frau Pahle und Frau Wulf in einem Rollenspiel. Beispielsweise wurde der Satz: „Du willst mich wohl auf den Arm nehmen.“ mit der Feststellung beantwortet: „Nein, das möchte ich lieber nicht, Sie sind mir zu schwer.“

Spezialinteressen

Die Hinwendung zu einem Spezialinteresse könne so ausgeprägt sein, dass autistische Menschen nur um dieses Thema kreisten und dabei die Ideen anderer ausblendeten.

Den Referentinnen war wichtig darauf hinzuweisen, dass nicht alle Einschränkungen vorliegen müssen, um von Autismus zu sprechen. Sie widersprachen auch der verbreiteten Vorstellung, dass Autismus immer mit einer höheren Intelligenz verknüpft sei.

Nachteilsausgleich für autistische Schülerinnen und Schüler

In der abschließenden Fragerunde stellten die beiden zudem Möglichkeiten vor, wie ein Nachteilsausgleich für autistische Schülerinnen und Schüler gestaltet werden könne: Dazu ein Beispiel für die Aufgabenstellung „Passe das Verb ‚denken‘ an das jeweilige Personalpronomen an!“ (siehe Abb. 1).

Bettina Pahle unterstrich hierzu abschließend, dass der Nachteilsausgleich ein echter

Ausgleich sein müsse und keine Herabsetzung der Leistungsanforderungen darstellen dürfe.

Nach dem Dank an die Referentinnen und der offiziellen Verabschiedung durch die Bezirksvorsitzenden nutzen einige Teilnehmende noch die Möglichkeit, bei Snacks und Kaffee Kontakte zu knüpfen und mit Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Text und Fotos: Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Vorgabe	Lösungsvorschlag eines autistischen Kindes
ich	denke
du	denkst
er/sie/es	denken (!)

Besser wäre:

Vorgabe	Lösungsvorschlag eines autistischen Kindes
ich	denke
du	denkst
er	denkt
sie	denkt
es	denkt

Abb. 1: Passe das Verb „denken“ an das jeweilige Personalpronomen an



Bezirksvorsitzender Christoph Schneider begrüßte im Fortbildungsteil der Bezirksversammlung die Autismusbeauftragten der ADD: Bettina Pahle (li.) und Ulrike Wulf.

Der VRB-Bezirksverband Neustadt lädt zu Ausstellungsbesuchen ein



Aus Anlass des 750. Jubiläums der Thronbesteigung Rudolfs I. zeigt das Historische Museum der Pfalz in Speyer die Ausstellung:

Die Dynastie der Habsburger prägte über Jahrhunderte die Geschichte Europas. Die Wurzeln der Familie, die als „Haus Österreich“ bekannt wurde, liegen jedoch unter anderem im Südwesten Deutschlands. Rudolf I., der 1273 als erster Habsburger zum König des Heiligen Römischen Reiches gewählt wurde, legte den Grundstein für den Aufstieg vom Grafen- zum Kaiserhaus. Als er am 15. Juli 1291 in Speyer starb, wurde er beigesetzt „wo mehr meiner Vorfahren sind, die auch Könige waren“, im Kaiserdom zu Speyer. Die Ausstellung nimmt ihren Ausgangspunkt in der Grablege Rudolfs I. und seines Sohnes Albrechts I. und erzählt von hier aufbauend die Geschichte der Habsburger durch das europäische Mittelalter. Sie folgt den Kämpfen um die Königsherrschaft im 13. und 14. Jahrhundert und dem Erstarren des Hauses Österreich im Schatten der Krone bis zur Rückkehr auf den Thron und schließlich Maximilian I. auf die Bühne Europas im 15. Jahrhundert: 300 Jahre Reichsgeschichte und zugleich Erfolgsgeschichte mit schicksalhaften Umwegen und Brüchen. (Historisches Museum)

Für den VRB reservierte Führung:

Donnerstag, 2. März 2023 • 15.00 Uhr • ermäßigter Eintritt 15,- Euro



Die Kunsthalle Mannheim präsentiert ihre ständige Sammlung in neuer Struktur:

- Französische Malerei und neue Sachlichkeit
- Skulptur, Installation, Neue Medien
- Graphische Sammlung
- Auf dem Weg zu mehr Diversität

Bei unserer Führung werden wir die anfänglichen Erwerbungen durch den Gründer der Kunsthalle Fritz Wichert (im Amt von 1909–1923), z. B. die Erschießung Kaiser Maximilians sehen. Sein Nachfolger, Friedrich Hartlaub (1923–1933) führte den Begriff neue Sachlichkeit ein und brachte die realistische Malerei nach Mannheim. Nach 1945 wurde die Kunsthalle zu einem der wichtigsten Museen der klassischen Moderne und der zeitgenössischen Kunst. Dem derzeitigen Direktor der Kunsthalle ist es ein Anliegen, die Sammlung diverser aufzubauen und um Arbeiten von Künstlern und Künstlerinnen aus anderen Kulturkreisen zu erweitern.

Für den VRB reservierte Führung:

Donnerstag, 20. April 2023 • 15.00 Uhr • ermäßigter Eintritt 8,- Euro

Für beide Veranstaltungen gilt: Lassen Sie mich bei Ihrer Anmeldung bitte wissen, ob Sie einen Museumspass oder ähnliches besitzen. Wir treffen uns eine Viertelstunde vor Beginn der Führung am Museumseingang. Wie immer, lassen wir die Veranstaltung im Café ausklingen. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de





VRB-GRUNDLAGENFORTBILDUNG

Arbeiten mit dem Lehrkräfte-iPad

Das Lehrkräfte-iPad ist da! Wie kann man effektiv damit arbeiten? Hierzu lud der Bezirksverband seine Mitglieder zu einer Grundlagen-schulung ins Medienzentrum nach Wittlich ein: Im Mittelpunkt stand die Bedienung und Einrichtung des Endgerätes.

„Ich habe das iPad erstmal geladen“, sagte eine Kollegin vor Beginn der Veranstaltung. Sie freute sich darüber, dass sie nun in der iPad-Grundlagenschulung auch gezeigt bekomme, welche Möglichkeiten sich ihr künftig damit für den Unterricht eröffnen.

Holger Schwab, er ist Realschullehrer an der Friedrich-Spee-Realschule Plus Neumagen-Dhron, Leiter des Medienzentrums Wittlich und Bezirksschatzmeister, brachte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Grundlagen der Bedienung und Einrichtung des Endgerätes Schritt für Schritt näher. Wie die Kamera und Foto-App als Dokumentenkamera und Scanner genutzt werden können, wie Fotos bearbeitet, dupliziert und via Air-Drop geteilt und eingesammelt werden können, konnten die Anwesenden ausprobieren. Das ist bzw. wird Praxis im digitalgestützten Unterricht sein.

Die Lehrkräfte übten auch, wie das iPad auf interaktive Displays gespiegelt wird, um mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam Unterrichtsergebnisse anschauen zu können. Auch der Datenschutz hatte in dieser Auftakt-

veranstaltung seinen Platz. So verwies Holger Schwab u.a. darauf, wie nach dem Arbeiten mit den Schüler-iPads der Verlauf im Safari-Browser gelöscht und wie Daten sicher in MNS+Cloud, iCloud oder MS OneDrive gespeichert werden können.

Nach der zweistündigen Fortbildung, in der viele nützliche Tipps und Tricks im Umgang mit dem iPad erprobt sowie Fragen rund um dessen Einsatz im Unterricht gestellt und beantwortet werden konnten, wird als gemeinsames Anliegen erkennbar: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer möchten an den Tag in Wittlich anknüpfen und weiter im sicheren Umgang mit dem Endgerät geschult werden!

Wie digitale Endgeräte und Apps im Unterricht eingesetzt werden und welchen Mehrwert sie für alle am Unterricht Beteiligten haben können, wird in den kommenden Veranstaltungen vertieft.

Seien auch Sie bei der Fortführung dieser Veranstaltungsreihe dabei, damit die Digitalisierung nicht nur auf dem Papier in unseren Schulen Einzug hält!

Zuspruch fand eine iPad-Fortbildung des Bezirksverbandes im Wittlicher Medienzentrum. Im Mittelpunkt standen Bedienung und Einrichtung der Endgeräte.

Holger Schwab führte in die Grundlagen ein und zeigte sich bereit, die Veranstaltung als Fortbildungsreihe weiterzuführen.



Fotos: Christoph Krier

Katharina Becker
katharina.becker@vr-b-rlp.de



Christoph Krier
christoph.krier@vr-b-rlp.de



MUSEUMSBESUCH „UNTERGANG DES RÖMISCHEN REICHES“

VRB-Mitglieder besuchen das Landesmuseum in Trier

Die Ausstellung „Der Untergang des Römischen Reichs“ lockte Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Trier ins Landesmuseum nach Trier.

Die Ausstellung zeigt, wie gesellschaftliche und politische Entwicklungen im 4. und 5. Jahrhundert n. Chr. nach und nach zum Ende des Römischen Reichs beitrugen. Besonders anschaulich ist dabei das Bild des Sonnenuntergangs, das sich durch alle Räume der Ausstellung zieht: Zu Beginn ist heller Nachmittag, Kaiser Diokletian regierte und modernisierte das Reich durch einige Reformen. Der hohe Lebensstandard zu dieser Zeit wird in den Exponaten sichtbar, die in den ersten Räumen gezeigt werden. Doch nicht alle Reformen hatten nur positive Auswirkungen. So nahm die Zahl der Konflikte innerhalb des großen Reichs und die der Kriege gegen äußere Feinde von Jahr zu Jahr zu. Diese Entwicklung wird in den folgenden Räumen dargestellt: Das Licht verändert sich von Raum zu Raum, es verfärbt sich und wird immer dunkler. Mit den andauernden Auseinandersetzungen nach innen und außen schwand die Autorität des jeweils regierenden Kaisers, und die Macht des Militärs und der Heermeister nahm entsprechend zu. Gebietsverluste und die damit einhergehenden schwindenden Steuereinnahmen verschlechterten die Lebensbedingungen innerhalb des Reichs. Der dunkelste Raum am Ende der Ausstellung zeigt das Ende des Weströmischen Reichs, als Kaiser Romulus Augustulus im Jahre 476 abgesetzt wurde.

Am Ende der Führung stellte sich für einige Besucherinnen und Besucher die Frage, zu möglichen Parallelen in der heutigen Zeit und in unserer Gesellschaft. Trotz dieser durchaus nachdenklichen Momente entschloss sich die Gruppe, den beeindruckenden und informativen Nachmittag mit einem geselligen Beisammensein in einer Weinstube ausklingen zu lassen.

Am Ende der Führung stellte sich für einige Besucherinnen und Besucher die Frage, zu möglichen Parallelen in der heutigen Zeit und in unserer Gesellschaft. Trotz dieser durchaus nachdenklichen Momente entschloss sich die Gruppe, den beeindruckenden und informativen Nachmittag mit einem geselligen Beisammensein in einer Weinstube ausklingen zu lassen.



Die VRB-Gruppe war besonders beeindruckt von der anschaulichen Lichtgestaltung der „Römer-Ausstellung“ im Landesmuseum Trier.

Martina Friderichs
martina.friderichs@vrb-rlp.de
Foto: Katharina Becker



HERZENSSACHE

VRB-Mitglieder besuchen KÖRPERWELTEN-Ausstellung



Unter dem Motto „HERZenssache“ stand der Besuch der KÖRPERWELTEN-Ausstellung im Messepark Trier, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschaulich und plastisch die Bedeutung des Herzens vergegenwärtigen konnten. Neben der Anatomie und den biologisch-chemischen Prozessen stand das Herz als „Motor“ für unser Leben im Fokus. Es ging hier insbesondere auch um die Gefahren, die im Alltäglichen lauern. Stress, Hektik, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel fördern Krankheiten und Gesundheitsschäden, die uns Lebenszeit und Lebensqualität kosten können.

Dass unter der Coronapandemie und den aktuellen weltpolitischen Entwicklungen Schule nicht „normal“ verläuft und sich dies auf uns und unsere Arbeitsbelastung auswirkt, kennen wir alle. Wie man damit umgehen und entgegenwirken kann, darüber kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluss an die Ausstellung noch ins Gespräch.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de
Foto: Holger Schwab



BRIEFE AN DIE REDAKTION

... Ich bin erfreut über die deutlichen Forderungen für die Weiterentwicklung von Schule in einer stark veränderten Zeit. Ich halte es für richtig und notwendig, dass aus der Schule heraus Zukunftsfragen gestellt, Leitlinien diskutiert und Ziele formuliert werden: Was sollen unsere Enkel können? Welche ihrer Anlagen und Bega-

bungen sollten besonders gefördert werden, um die kommenden Jahrzehnte zu meistern? Ich halte dies für eine fällige Diskussion. Hier in Koblenz ist nun eine Hochschule für Gesellschaftsentwicklung beheimatet, die hierbei mitreden könnte.

Regina Tilch, Koblenz



Wegweiser für die Ausbildung im Studienseminar

Der bereits bekannte VRB-Wegweiser wurde komplett überarbeitet und bietet nun noch mehr Informationen rund um den Berufseinstieg für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, aber auch für Quer- und Seiteneinsteiger oder Lehrkräfte, die aus einem anderen Bundesland nach Rheinland-Pfalz kommen. Neben der Vorstellung des starken VRB-Netzwerkes sind darin auch nützliche Tipps aus der Praxis für die Praxis und wesentliche rechtliche Grundlagen auf einen Blick zu finden.

Der Wegweiser ist auf unserer Homepage unter der Rubrik „Junge Lehrkräfte“ herunterzuladen. Er kann aber auch über die Bezirksvorstände als Printversion angefragt werden.



Ratgeber für Senioren

Das Hochschulprojekt VTTNet (Innovationsnetzwerk Vernetzte Technikberatung und Technikenutzung) hat den von ihm herausgegebenen kleinen Ratgeber neu aufgelegt. Der Ratgeber enthält Tipps und technische Helfer für den Alltag älterer Menschen und Menschen mit Einschränkungen. Alle Vorschläge sind praxiserprobt. Der kostenlose Ratgeber beschreibt sowohl Unterstützungsmöglichkeiten durch traditionelle Technik als auch durch digitale Anwendungen.

<https://www.innovativ-altern.de/portfolio/tipps-im-taschenformat-der-kleine-ratgeber/>





Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- analysieren wir die Rahmenbedingungen beim Start ins zweite Schulhalbjahr,
- stellen wir die Referentinnen und Referenten unseres Fachkongresses 2023 vor,
- interviewen wir Dr. Lena Eppelmann vom Leibniz-Institut für Resilienzforschung,
- nehmen wir das Gesamtkonzept der Pilotphase von BEWARE in den Blick,
- schauen wir auf die schulische Situation der Jugendlichen aus der Ukraine,
- fragen wir, wie Defizite der Corona-Schuljahre ausgeglichen werden sollen,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- blicken wir auf das Mentoring-Programm „Frauen in Schulleitungspositionen“,
- sprechen wir mit zwei Schulsozialarbeiterinnen über ihre Alltagsarbeit in der Schule,
- informieren wir über die Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Fünf nach Zwölf

Hausgemachter Lehrkräftemangel an rheinland-pfälzischen Realschulen plus und Gesamtschulen

Der Lehrkräftemangel schlägt inzwischen an immer mehr Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen voll durch. Viele Standorte mussten zu Schuljahresbeginn mit Personallücken starten. Diese negative Entwicklung zeichnete sich seit Langem ab, der Verband Reale Bildung (VRB) fordert seit Jahren von der Landesregierung entschiedenere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität unseres Lehramtes. Das Problem wurde in Mainz „gesehen und erkannt“, „mit- und ernstgenommen“ – den Einsichten folgte bisher kein entschiedenes Handeln zur Lösung. Der aktuelle Lehrkräftemangel ist hausgemacht und von der Landesregierung zu verantworten.

Die Attraktivität des Lehramts Realschulen plus steigern

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für das Lehramt an Realschulen plus (vgl. Grafik S. 51). Unser Lehramt ist im Vergleich zu anderen Lehrämtern weniger attraktiv. Die schulischen Rahmenbedingungen haben im Entscheidungsprozess für ein bestimmtes Lehramt eine große Bedeutung. Unseren Kolleginnen und Kollegen wird die höchste Unterrichtsverpflichtung zugemutet und sie müssen sich dessen ungeachtet einer immer größeren Heterogenität der Schülerschaft stellen – ob nun an Integrierten Gesamtschulen oder an Realschulen plus. Aus der 27-stündigen Unterrichtsverpflichtung resultieren eine gestiegene Berufszufriedenheit und eine notgedrungen wachsende Teilzeitquote. Lehrkräfte reduzieren ihre Unterrichtsverpflichtung und verzichten auf Verdienst, weil die beruflichen Belastungen sie zu überfordern drohen. Die Defizite beim Lesen, Schreiben und Rechnen nehmen beständig zu, soziale Verwerfungen (nicht nur) in den städtischen Ballungsräumen schlagen in den Unterrichtsalltag durch. Und auch die schulische Bewältigung von Migration bzw. Integration und Inklusion bleibt weitestgehend unseren Kolleginnen und Kollegen in den Realschulen plus und Gesamtschulen überlassen.

Mainz reagiert spät und zu zaghaft

Die Berichterstattung über die Personalnot zum Schuljahresbeginn hat Mainz aufgeschreckt. Werbemaßnahmen sind geplant, der Quer- und Seiteneinstieg sowie der Umstieg (Studierenden des Lehramts Gymnasium wird das Referendariat an Studienseminaren für das Lehramt Realschulen plus ermöglicht) werden forciert und auch Wechselprüfungen von Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt Gymnasium sollen die Personalnot lindern. Es mag sein, dass die augenblicklichen Krisen dazu führen, dass sich wieder mehr junge Menschen für „krisenfestere“ Berufe im öffentlichen Dienst entscheiden. Das alles ist aber nicht ausreichend. Die Landesregierung muss endlich die Ursachen für die geringere Attraktivität unseres Lehramtes anerkennen und beherzt die Problemlösung anpacken. Das fängt schon beim Studium an: In Rheinhessen ist die Personalnot mit am höchsten, dennoch kann an der Universität Mainz nach wie vor das Lehramt Realschulen plus nicht studiert werden. Und nochmal: Grundsätzlich müssen die schulischen Arbeitsbedingungen verbessert werden.

KlarText: Die politische Wertschätzung für unsere Arbeit sollte endlich über abgenutzte Politik-Phrasen hinaus erfahrbar sein. Attraktivitätssteigerungen sind ohne eine Reduzierung der Belastungen nicht möglich. Das universitäre Studium unseres Lehramtes sowie die Ausbildung in unseren Studienseminaren müssen der Regelfall bleiben. Es ist bereits fünf nach Zwölf, es gibt keine Zeit mehr für Zaghaftheit beim politischen Handeln.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße	PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.	
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN	BIC	
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



11. FACHKONGRESS INGELHEIM

DEMOKRATIEBILDUNG IN DER SCHULE

9. MÄRZ 2023

**FRIDTJOF-NANSEN-AKADEMIE
INGELHEIM**

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen müssen Schule und Gesellschaft verstärkt dazu beitragen, dass junge Menschen für Demokratie und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Frieden eintreten. „Demokratiebildung in der Schule“ ist das Thema unseres 11. Ingelheimer Fachkongresses, den wir in Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie am 9. März 2023 veranstalten.

Verschwörungstheoretiker und Rechtspopulisten sehnen sich nach einem autoritären Staat. Die zunehmende Diversität unserer Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht ein Segen – doch sie bringt auch Konflikte mit sich, die im Rahmen einer pluralistischen Demokratie friedlich und konstruktiv geregelt werden müssen. Eine solche Demokratie ist anspruchsvoll. Politischer Bildung und insbesondere Demokratiebildung kommen damit eine besondere Rolle in Schule und Gesellschaft zu.

THEMEN UND ARBEITSKREISE MIT DEM SCHWERPUNKT UNTERRICHTSPRAKTISCHER UMSETZUNG

- **Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt.**
Diversität als Chance und Herausforderung für Schule und Gesellschaft (Keynote von Dr. Florian Pfeil)
- **Alltagsorientierter Demokratieunterricht und demokratische Gestaltung des Schullebens.** Aspekte sind Klassenrat, Gestaltung eines Demokratie-tages, didaktisch-methodisch niederschwellige Methoden der Demokratiebildung
- **Europa direkt: Wie funktioniert europäische Demokratie in der Praxis?** Europa-Abgeordnete berichten aus ihrem politischen Alltag. Teilnehmer diskutieren, wie Europa im Unterricht vermittelt werden kann.
- **Werteorientierungen im Vergleich: Was ist in Deutschland anders?** Was ist gut, was schlecht? Wie erfolgen Entscheidungsfindungen in Syrien, Afghanistan oder im Iran? – Ein moderiertes Gespräch mit Menschen aus diesen Ländern.
- **Umgang mit Populismus und Extremismus. Wie politisch darf die Schule sein?** Wie kann Schule den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft festigen, Empathie, Achtung und Toleranz fördern? Beispiele aus der Praxis
- **Innovative Methoden der Demokratiebildung: Der Escape Room „Charta der Vielfalt“.**
Der Escape Room bietet Jugendlichen einen spielerischen und innovativen Zugang zu politischen Themen. „Die Charta der Vielfalt“ setzt dabei auf Vielfaltsdimensionen. Die inneren sieben Kerndimensionen sind: „Alter“, „Ethnische Herkunft und Nationalität“, „Geschlecht und geschlechtliche Identität“, „Körperliche und geistige Fähigkeiten“, „Religion und Weltanschauung“, „Sexuelle Orientierung“ und „Soziale Herkunft“.

Anmeldung: Sie können sich bereits für den Fachkongress anmelden. Ein Anmeldevordruck liegt dieser Zeitschrift bei. Der Fachkongress ist beim PL als Fortbildungsveranstaltung angemeldet. Fortlaufend aktualisierte Informationen finden Sie auf unserer Website:

www.vrb-rlp.de/aktuelles



www.vrb-rlp.de

Reale Bildung
verbindet!